• Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

1. Januar 1979
Jg. 7 Nr.1

Bezirksausgabe für Hamburg/Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG. Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf. Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Carter gegen „anglo-amerikanische Luftbrücke"

z.hef. Carter hat vorige Woche den britischen Imperialisten erneut klar gemacht, wer den Krieg gegen das Volk von Zimbabwe in letzter Instanz kommandiert. Er lehnte deren Vorschlag, „eine große anglo-amerikanische Luftbrücke für die Staatsangehörigen beider Länder vorzubereiten", rundweg ab. Die US-Imperialisten wollen Zeit und Art der Intervention bestimmen. Dazu müssen genügend Siedler im Land sein, die es zu „retten" gilt. Möglichst soll vorher noch eine Scheinwahl die Rechtmäßigkeit der „inneren Lösung" vortäuschen. Der Innenminister des Siedlerregimes ist darüber zurückgetreten. Er ist für „britische Kontrolle bei Aufhebung der Sanktionen." – Durch den Befreiungskampf vertreibt das Volk von Zimbabwe immer mehr Siedler. Über 25000 sind zum „Weihnachtsurlaub" ins Ausland geflogen, bei dem sie mehr Devisen mitnehmen dürfen als bei Auswanderung.

„Wir haben keine Angst vor dem Zionismus"

z.brp. Anfang Dezember haben die israelischen Zionisten auf den Westbanks im Bezirk Ramallah zwei Häuser von Fedajin-Mitgliedern zerstört. Daraufhin führten die arabischen Ladenbesitzer einen kurzen Streik durch; die Schüler weigerten sich, zur Schule zu gehen und demonstrierten. Arabische Bauhandwerker, die auf israelischen Baustellen arbeiten müssen, legten die Arbeit aus Protest gegen den zionistischen Terror nieder. Die Sprengung der Häuser wurde durchgeführt von israelischen Sicherheitsbeamten im Auftrag des Verteidigungsministeriums. – „Die Rückkehr zu diesen brutalen Handlungen ist gekennzeichnet und steht in Verbindung mit der gegenwärtigen Verhandlung zwischen Israel, Ägypten und den Vereinigten Staaten über die vorgeschlagene Selbst-Regierung für das Westufer und den Gaza-Streifen" (Radio Amman).

Montagewerk für sowjetisches Kurzstreckenflugzeug in den USA

z.dab. Das sowjetische Kurzstreckenflugzeug Yak 40 wird ab Ende 1979 in Youngstown (Ohio) montiert. Ein Lizenzvertrag zwischen der amerikanischen ICX Aviation Inc., einer im

Montagewerk für sowjetisches Kurzstreckenflugzeug in den USA

z.dab. Das sowjetische Kurzstreckenflugzeug Yak 40 wird ab Ende 1979 in Youngstown (Ohio) montiert. Ein Lizenzvertrag zwischen der amerikanischen ICX Aviation Inc., einer im

Lufttransport tätigen Beraterfirma und der UdSSR steht vor der Unterzeichnung. – Seit 1973, ein Jahr nach der Unterzeichnung des Handelsabkommens mit den USA hat sich der Warenexport der UdSSR in die USA um 98% erhöht, während im gleichen Zeitraum der Import aus den USA nur um 23% stieg. Dennoch betrug der Import in die UdSSR während dieser Jahre in etwa das Zehnfache des sowjetischen Exports, was im wesentlichen auf die hohen Weizeneinfuhren zurückzuführen ist. Mit dem Lizenzvertrag umgehen die Sozialimperialisten die Importbeschränkungen der USA und bereiten gleichzeitig den Kapitalexport vor.

USA müssen Stützpunkt auf Barbados räumen

z.anb. Mit „Freiwilligkeit" hat es nichts zu tun, daß die USA ihren Flottenstützpunkt auf der östlichen Kleinen-Antillen-Insel Barbados räumen müssen. Über ein Jahr lang hatten sie versucht, der Regierung von Barbados eine Verlängerung des Vertrags über Nutzungsrechte abzupressen, der ihnen von der ehemaligen Kolonialmacht Großbritannien zugeschanzt worden war, nachdem diese der Insel 1966 die Unabhängigkeit zugestehen mußte. Die britischen Imperialisten hatten aber alles andere vor, als die staatliche Souveränität der Insel anzuerkennen. Barbados wurde als assoziiertes Mitglied in den Commonwealth gepreßt, dessen Statut die Außen- und Verteidigungspolitik in die Zuständigkeit der britischen Krone legt. Mit der Vertreibung der US-Imperialisten hat Barbados sich diese staatliche Souveränität praktisch erkämpft.

Auf Guadeloupe trifft sich der innere Kreis der westlichen Imperialisten

z.hev. Der immer deutlicher sich formierende innere Kreis der westlichen Imperialisten kommt auf Guadeloupe in einer Lage zusammen, in der sich die internationalen Widerprüche und die Widersprüche in den imperialistischen Staaten explosionsartig zuspitzen. In Bonn auf dem Weltwirtschaftsgipfel im Juli 1978 hatten sich die Staats- und Regierungschefs der USA, Westdeutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Japans, Italiens und Kanadas getroffen, um mühsam ihre Widersprüche untereinander, ihre verschärfte Konkurrenz zu bändigen, eine Strategie der Unterdrückung der Arbeiter der jeweiligen Länder auszuarbeiten, ihre gemeinsame Aggression gegen die Völker der Dritten Welt fortzusetzen und sich gegenüber der Supermacht Sowjetunion unter der Führung der USA zu formieren. Am 5. und 6. Januar konferieren auf Guadeloupe in der Karibik nur US-Präsident Carter, der französische Staatspräsident Giscard d'Estaing, der britische Premierminister Callaghan und Bundeskanzler Helmut Schmidt. Japan z.B., ein wirtschaftlicher Riese, der den übrigen imperialistischen Staaten allenthalben zu schaffen macht, bleibt außen vor. Japan wird in diesem Jahr einen Rekordhandelsüberschuß gegenüber den USA von ca. 12,4 Mrd. US-Dollar haben, trotz Verschärfung der amerikanischen Importbeschränkungen für japanische Waren. Aber trotz seiner relativen wirtschaftlichen Stärke bleibt Japan ein militärischer Zwerg, ein Manko, das ihm jetzt den Eintritt in den inneren Kreis verwehrt, zu einer Zeit, in der die verschiedenen politischen Widersprüche auf militärische Taten zusteuern.

Die vier, so heißt es, wollen den Schwerpunkt der Beratungen auf „Fragen der Weltwirtschaft und der Rüstungsbegrenzung" legen. Dies zunächst sickerte durch. Inzwischen scheint sich der Themenkreis unendlich auszuweiten. Helmut Schmidt etwa möchte von Carter wissen, wie er sich die Führung der westlichen Welt im neuen Jahr vorstellt, Giscard

„Fragen der Weltwirtschaft und der Rüstungsbegrenzung" legen. Dies zunächst sickerte durch. Inzwischen scheint sich der Themenkreis unendlich auszuweiten. Helmut Schmidt etwa möchte von Carter wissen, wie er sich die Führung der westlichen Welt im neuen Jahr vorstellt, Giscard

Die SALT-Verhandlungen sind an einem Punkt angelangt, wo der Spielraum für die beiden Supermächte, in diesem institutionalisierten Wettrüsten mit ideologischen Entspannungsmanövern ihre wahren Gegensätze zu verhüllen, immer enger wird. Nach dem Erfolg des chinesischen Volkes mit der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu den USA und deren Anerkennung von nur einem, unteilbaren China, hat die Sowjetunion es vorgezogen, zunächst einmal eine Denkpause einzulegen, um einen neuen Anlauf vorzubereiten. Die westdeutschen Imperialisten fürchten jetzt ums Ostgeschäft und ihre langfristige Strategie der Kapitalinfiltrationen des sozialimperialistischen Machtbereichs.

d'Estaing will das EWS platzen lassen, noch bevor es, wie eigentlich geplant, am 1.1.1979 in Kraft getreten ist, weil er den westdeutschen Konkurrenten die Vorteile bei der „grünen Währung" mißgönnt. Die GATT-Verhandlungen sind – ganz entgegen den Beteuerungen vom Bonner Weltwirtschaftsgipfel – nicht am 15. Dezember abgeschlossen worden; weder haben sich die EG-Staaten von der US-Supermacht zur Aufgabe ihrer Agrarschutzpolitik bewegen lassen, noch ist es diesen Räubern gemeinsam gelungen, die Länder der Dritten Welt von deren gerechten Forderungen nach Abbau der für sie nachteiligen Warenkontingentierungen und Zollschranken abzuhalten.

Nach monatelangem Strangulieren durch den IWF mit dem Hauptschirmherrn USA und BRD explodierte die Lage in der Türkei. Ecevit ließ das Kriegsrecht über 13 Provinzen verhängen und „zur Rettung der Demokratie" sämtliche demokratischen Rechte der Volksmassen beseitigen. Die vier Imperialisten können nicht sicher sein,

Fortsetzung Seite 2

US-Farmer gegen Carters „Anti-Inflation" – Preissteigerung bei Nahrungsmitteln: 20%



Eine „Weihnachtsüberraschung" hatten die kleinen Farmer in den USA für Carter bereit: am 24.12. suchten sie ihn in seinem Landhaus in Plains auf und störten die Festtagsruhe. Sie kamen mit ihren Traktoren von weit her, um – wie schon zu Anfang des Jahres 1978 (Bild) – ihre Forderung nach Erhöhung der Aufkaufpreise zu bekräftigen. Während sie ihre landwirtschaftlichen Produkte zu ständig sinkenden Preisen an die Regierung und die großen Nahrungsmittelkonzerne abtreten und ihre eigene Ruinierung besiegeln sollen, ist die Preissteigerungsrate bei Nahrungsmitteln im Oktober 1978 auf die Rekordhöhe von 20% geklettert, bei Steaks und Braten z.B. wesentlich gemäßigter als bei dem schlechten Hackfleisch, das den Fleischkonsum der Massen ausmacht.

Eine „Weihnachtsüberraschung" hatten die kleinen Farmer in den USA für Carter bereit: am 24.12. suchten sie ihn in seinem Landhaus in Plains auf und störten die Festtagsruhe. Sie kamen mit ihren Traktoren von weit her, um – wie schon zu Anfang des Jahres 1978 (Bild) – ihre Forderung nach Erhöhung der Aufkaufpreise zu bekräftigen. Während sie ihre landwirtschaftlichen Produkte zu ständig sinkenden Preisen an die Regierung und die großen Nahrungsmittelkonzerne abtreten und ihre eigene Ruinierung besiegeln sollen, ist die Preissteigerungsrate bei Nahrungsmitteln im Oktober 1978 auf die Rekordhöhe von 20% geklettert, bei Steaks und Braten z.B. wesentlich gemäßigter als bei dem schlechten Hackfleisch, das den Fleischkonsum der Massen ausmacht.

„... immer noch Kaiser von Iran"

z.ges. Fieberhaft suchen die Imperialisten nach Möglichkeiten, die iranische Volksbewegung zu zerschlagen. Der US-Imperialismus hat den Iran stets als einen Teil seines Herrschaftsbereiches betrachtet. Den Schah und seine Regierung kann der US-Imperialismus kontrollieren. Aber mit Hilfe dieser Regierung kann er immer weniger die iranische Arbeiterbewegung und die iranischen Volksmassen kontrollieren. In dem von den USA beherrschten Luftwaffenstützpunkt in Täbris haben die Arbeiter und Angestellten einen Sabotageakt gegen das strengbewachte Computerzentrum des Stützpunktes verübt. Laut Presseberichten haben sie die Computereingabe gestört. „Yankee go home" soll der Computer jetzt ausspucken, welche Daten auch eingegeben werden. Egal ob die bürgerliche Presse diese Anekdote erfunden hat oder ob sie in den Einzelheiten der Wahrheit entspricht, über Charakter und Triebkräfte der Massenbewegung der iranischen Volksmassen enthält sie mehr Wahrheit als die seitenlangen Schwindelberichte über religiösen Fanatismus, der die iranische Volksbewegung angeblich prägen soll. Die imperialistische Ausplünderung des Iran hat im Iran bereits ein modernes Proletariat geschaffen, und dieses moderne Proletariat hat sich an die Spitze der Massenbewegung gegen Imperialismus und ausländische Kontrolle gestellt. Es versteht, wirksam und geschickt zu kämpfen. Die iranischen Ölarbeiter setzen bereits über Monate hinweg ihre Streikbewegung fort und versuchen dabei den Imperialismus und das Schahregime maximal zu treffen und gleichzeitig ein Minimum der Versorgung der Volksmassen zu sichern. Die Militärregierung versucht das Gegenteil: Mit Waffengewalt versucht sie die streikenden Arbeiter zur Wiederaufnahme der vollen Produktion zu zwingen, während sie die Ölversorgung der Massen unterbricht. Die Ölarbeiter nutzen das Bündnis mit den Bauern, kehren teilweise in ihre Heimatdörfer zurück, um sich der militärischen Kontrolle zu entziehen. Den Streik wollen sie fortführen, bis der Schah gestürzt ist.

Eines der Machtmittel des Imperialismus und des Schahregimes ist das Fernsehen. Betrieben wird es nur noch von Streikbrechern, die die Nachrichtensendungen nutzen, um spalterische Gerüchte, Schreckensmeldungen und Ergebenheitsadressen zu fabrizieren. Aber auch dagegen finden die Arbeiter Waffen. Während der Nachrichtensendungen wird die Stromproduktion ganz eingestellt, soweit sie sonst aus Gründen der Energieversorgung der Massen noch aufrechterhalten wird. Zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktion in der iranischen Hauptstadt Teheran reicht sie jedenfalls nicht mehr aus, wie der Innenminister bekannt gab.

In großen Massendemonstrationen verbindet sich die Streikbewegung der Arbeiter mit der Bewegung der bäuerlichen und kleinbürgerlichen Massen. Die Ziele der nationalen Bewegung insgesamt sind zweifellos fortschrittlich und revolutionär.

In einem Aufruf des „Komitees zur Durchführung des Demonstrationsmarsches bei den religiösen Tagen Tasua und Ashura" am 10. und 11. Dezember hieß es zum Beispiel:

„Sturz des Schahs und Abschaffung aller mit seiner Machtausübung verbundenen Einrichtungen, Sturz des kaiserlich-diktatorischen Regimes und Beendigung aller Merkmale und Einflüsse der kolonialistisch ausländischen Mächte und deren Verwurzelung mit dem Regime und den inländischen Machtorganen. Übergabe der Macht an das Volk und Verwirklichung der Rechte und Kontinuität der unabhängigen Macht des kämpfenden islamischen Volkes Irans."

Unter einem anderen Punkt hieß es:

„Beseitigung der Wurzeln fremder Ausbeutung und kolonialistischer Unterdrückung und Abhängigkeit von östlichem und westlichem Imperialismus sowie von Fremdherrschaft in jeder Form. Umwandlung der Ausbeuterbeziehung zur normalen, auf Basis der gleichberechtigten Beziehung mit allen Staaten der Welt, die keine Ausbeutung und Verletzung der international üblichen Völkerrechte beabsichtigen."

In der gleichen Ausgabe, in der die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" diesen Aufruf für ihre großbürgerlichen Leser zur Abschreckung dokumentiert, erhebt sie unüberhörbar den Ruf nach bewaffneter Intervention. Noch bestehe die Möglichkeit, schließlich sei „Mohamed Reza Pahlevi immer noch Kaiser von Iran". Fragt sich eben, wie lange, nachdem die Massenbewegung sich weder durch Manöver mit Regierungsumbildung fangen noch durch die blutige Militärgewalt unterdrücken läßt, nachdem Soldaten nicht nur desertieren, sondern sich mit Waffen auf die Seite des Volkes stellen. Seit Wochen sind Fallschirmjäger der Bundeswehr in Bereitschaft, um den richtigen Moment der Intervention nicht zu verpassen. Der US-Imperialismus, imperialistische Hauptmacht im Iran, hat einen Flugzeugträger vor die Küste des Iran beordert. Auf der anderen Seite sucht der Sozialimperialismus mit Nachdruck nach Möglichkeiten, um die nationale Bewegung um ihren Sieg zu betrügen.

Die Gerüchte mehren sich, daß der Schah zumindest vorübergehend das Land verlassen würde, um einer Zivilregierung Spielraum zu verschaffen. Täglich schafft die herrschende Clique ihre zusammengerafften Gelder ins Ausland. Man soll aber nicht auf leichte Siege hoffen. Wie sagt Handelskammer-Präsident Roentgen? „Die alteingesessenen deutschen Konzerne werden jedoch auf alle Fälle im Iran bleiben!" Diese Leute wissen, warum sie Solidaritätsdemonstrationen in Westdeutschland und Westberlin unterdrücken. Sie wollen den Rücken frei haben für ihre Geschäfte im Iran. Sie fühlen sich in die Zange genommen.

Religiöse Fanatiker am Werk im Iran? Die Fanatiker des Profits sind unter Druck gekommen. Deshalb versuchen sie, den Charakter der Volksbewegung zu verfälschen.

Auf Guadeloupe trifft sich der innere Kreis der westlichen Imperialisten

Fortsetzung von Seite 1
daß Ecevit die politische Kontrolle behält, so wenig wie sie die Situation im Iran im Griff haben. Nachdem die persischen Ölarbeiter nunmehr die Produktion völlig lahmgelegt haben, ließ Carter Flugzeugträger bereithalten, die jederzeit in den persischen Golf einrücken können, nicht ohne der Sowjetunion deutlich zu verstehen zu geben, daß sie gefälligst die Hand vom Iran lassen solle. Zerknirscht stellte Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff in der „Welt" vom 24.12. unter der Überschrift „1979 wird ein gutes Jahr" fest: „Wahrscheinlich könnten wir die Rohölpreiserhöhungen noch sehr viel gelassener betrachten, gäbe es heute nicht bereits die Lieferausfälle aus dem Iran." Die Gelassenheit dürfte nicht allzu groß sein, schlägt doch der deutsche EG-Kommissar Brunner für April eine Erdölkonferenz vor, um die Preiserhöhungen „zu revidieren".

Die Lage in den imperialistischen Brückenköpfen und Besatzerstaaten Rhodesien und Israel spitzt sich weiter zu. Seit mehr als einem Jahr wird in Zimbabwe „innerlich gelöst" mit dem Ergebnis, daß diese liebevoll aufgebaute Rückzugslinie vollkommen ins Wanken geraten ist. Die Rücktritte von Ministern der Smith-Regierung häufen sich, und das Votum der UNO-Generalversammlung war eindeutig. Begin läßt als Beweis für seine Friedensabsichten immer neue Siedlungen im besetzten Westjordanland bauen und fürchtet eine Festlegung des Zeitpunkts für einen Rückzug aus den besetzten Gebieten wie der Teufel das Weihwasser. US-Außenminister Vance scheitert beharrlich bei dem Versuch, den ägyptischen Präsidenten Sadat zu einem Verzicht auf eine solche Festlegung zu bewegen.

Eine Bilanz der bisherigen Ergebnisse des Bonner Weltwirtschaftsgipfels sieht für die Imperialisten insgesamt trübe aus. Sie können auf ihrer Seite zwar einige relative Erfolge verbuchen: Die USA, Frankreich und die BRD haben als „Arbeitsbeschaffung" deklarierte Formen der Zwangsarbeit legalisiert, Frankreich hat erstmals wieder einen Außenhandelsüberschuß erzielt, alle Länder haben ihre Ölvorräte erhöht und weitere Maßnahmen zur Durchführung der Kernenergieprogramme in die Wege geleitet, und alle haben die Steuern auf Kapital vermindert und die Steuern auf Lohn erhöht. Aber völlig gescheitert ist das Programm der Währungspolitik, das „zu größerer Stabilität auf den internationalen Devisenmärkten" beitragen sollte. Stattdessen bilden sich mit EWS und OPEC-Geld regionale Währungsverbände, die gegen die führende Stellung des US-Dollars gerichtet sind.

Mit ihren rabiaten Zielen der Lohnsenkung unter der Tarnung „antiinflationärer Programme" sind sie auch nicht durchgekommen. Carter ist bereits mit seiner 7%-Lohnleitlinie bei einer 10%igen Inflation gescheitert und fürchtet die Lohnkämpfe von 5 Mio. Arbeitern 1979. Er plant jetzt eine Änderung des Gesetzes über die Mindestlöhne, das 1977 verabschiedet wurde und eine stufenweise Anhebung der Mindestlöhne von 2,65 Dollar auf 3,35 Dollar 1981 vorsah. Die Mindestlöhne sollen bei 2,90 Dollar eingefroren werden, „um 450000 Arbeitsplätze für Jugendliche" zu schaffen. Callaghan erlebte mit seiner 5%-Lohnleitlinie geradezu ein Waterloo, und die westdeutsche Arbeiterklasse bereitete den Kapitalisten in zahlreichen und hartnäckigen Streiks schlaflose Nächte und den dauernden Lohnsenkungen ein Ende.

Wirtschaftsminister Lambsdorff rechnet den Arbeitskampf in der Stahlindustrie und die jüngste Ölpreiserhöhung national wie international zu den „weniger schönen Ereignissen". Auch die Deutsche Bundesbank ist „sich leider nicht sicher", ob die Kapitalisten mit der „Korrektur der Verteilungsrelationen zugunsten der Gewinneinkommen" weiterkommen wird. Nach der Hartnäckigkeit und der Unnachgiebigkeit der Stahlarbeiter zu urteilen: sie werden nicht!

Entwicklung des Kapitalexports der BRD-Imperialisten

Jahr	1973	1974	1975	1976	1977
Mrd. DM	32,2	36,8	42	47	52,1

„Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung" sind Verträge zwischen zwei Staaten mit der Festlegung, welches das Land ist, wo die Steuer jeweils entrichtet werden soll. In der Praxis ist es der Verzicht der vertragschließenden Staaten, Steuern auf ein Steuerobjekt, die im anderen Land erhoben werden, im Inland nochmals zu berechnen. Diese Verträge umfassen meist auf seiten der BRD die Einkommens-, Körperschafts-, Vermögens- und die Gewerbesteuer. Tatsächlich haben die Kapitalisten so weitgehend Steuerfreiheit auf den Profit, denn viele Staaten, in denen Kapital angelegt wird, gewähren für „Schaffung von Arbeitsplätzen" Steuerbefreiung. Die BRD hat 28 Abkommen geschlossen, darunter fallen die USA und die EG-Mitgliedsstaaten und 10 Entwicklungsländer (Stand 1975). 1978 sind vier Abkommen neu geschlossen worden.

„Entwicklungshilfe- Steuergesetz" (ursprünglicher Name: Gesetz über steuerliche Maßnahmen zur Förderung von privaten Kapitalanlagen in Entwicklungsländern). Das Gesetz ist seit März 1968 in Kraft und wurde mehrmals verändert. Es regelt die steuerliche Begünstigung westdeutscher Unternehmen in Ländern der Dritten Welt bei: Beteiligung an Kapitalanlagen, Darlehen, Einlagen und Betriebsvermögen. Je nach Kategorie (Gruppe 1: „die am wenigsten entwickelten Länder", Gruppe 2: mehr entwickelte Länder, z.B. Länder der OPEC) konnten die „Kapitalgeber" in der Fassung des Gesetzes von 1974 steuerfreie Rücklagen in Höhe von 80% bzw. 40% der Anschaffungs- oder Herstellungskosten bilden und diese Rücklagen vom 6. Jahr an „gewinnbringend auflösen", d.h. auf der Schuldenseite verbuchen und in jährlichen Raten unversteuert auf die Gewinnseite bringen. Erwerbskosten von Beteiligungen konnten bis zu 100% in eine „gewinnbringende Rücklage" eingestellt werden.

Die Kapitalanlagen der westdeutschen Wirtschaft in Entwicklungsländern wurden von 8553 Mio. DM (1974) auf 12859 Mio. DM (1977) gesteigert. Im Juni 1978 legte Kanzler Schmidt dem Bundestag einen Gesetzentwurf vor, der diesen Kapitalexport durch neue steuerliche Begünstigungen weiter steigern und vor allem auch den Zugriff auf die Rohstoffe der Länder der Dritten Welt erleichtern soll. Die fünf zentralen Änderungen des Gesetzes sind:

– Das Gesetz wird „für langfristige Investitionsplanung" zeitlich unbefristet.

– verstärkte Förderung von Kapitalanlagen in Ländern der Gruppe 1; Verlängerung der Auflösungsfrist für die steuerfreien Rücklagen auf zwölf Jahre.

– verstärkte Förderung von Kapitalanlagen im Rohstoff- und Energiebereich, d.h. besonders in Ländern der OPEC. Die steuerfreien Rücklagen werden hier von 40% auf 60% erhöht und die Auflösungfrist auf 12 Jahre verlängert.

– Erleichterung der Förderung im Rohstoffbereich. Die Mindestbeteiligung deutscher Unternehmen an internationalen Konsortien wird von 15% auf 5% herabgesetzt.

– Ausdehnung der Vergünstigungen für Holdinggesellschaften. Die beiden letzten Punkte zielen darauf, zunehmend auch kleinere Kapitale der BRD ins Ausland zu treiben.

Forderungen der IG Metall: Eine politische Bewegung für Arbeiterrechte zeichnet sich trotz allem ab!

z.maf. Würden die Belegschaften der metallverarbeitenden Industrie die Lohnbewegung so fortsetzen, wie der mißratene Hauptvorstand der IG Metall das über die Tarifkommissionen eingeleitet hat, ja dann könnten die Kapitalisten schon im voraus die Sektkorken knallen lassen und wäre keine Aussicht auf was Vernünftiges da. Wie z.B. kann ein Gewerkschaftsvorstand zulassen, daß jetzt NRW in den tariflosen Zustand hineintrudelt *ohne* Forderung? Man versteht schon, der SPD – Freundeskreis im Hauptvorstand muß das wollen wegen seinem „Gesicht". Es würde ja buchstäblich alles *mögliche* besser aussehen wie das 5%ige Stahlforderungsunglück. 100 DM mindestens z.B. haben die Stahlarbeiter noch nicht. Aber so wie früher ist es auch nicht mehr, als der Hauptvorstand fordern und abschließen konnte *immer* deutlich unterhalb des Kampfwertes der Belegschaften. Schon manches ehrwürdige „Gesetz" ging in den letzen Monaten in den Bach, und es wäre eine Bereicherung, wenn es einmal gelingen würde, die aufgestellte Forderung noch im tariflosen Zustand zu *verbessern*. – Die Tarifkommissionsbeschlüsse zeigen aber auch, daß die kämpfende Arbeiterbewegung mit dem traurigen Erbe der Ära Adenauer aufräumt, als sich der damalig in den Gewerkschaften tonangebende Kreis von SPD – Freunden das Recht zum politischen Streik wegnehmen ließ, als ob das *nichts* wäre. Die Forderungen, wie sie jetzt aufgestellt werden, schreien nach politischem Kampf für politische Rechte. Wer überhaupt gegen die Überstundenschinderei Forderungen erhebt, wird einfach feststellen, daß nur das Verbot nützt. Weitere politische Forderungen nach Selbstverwaltung der Arbeitslosenversicherungen und Beendigung des Kurzarbeitsschwindels werden folgen. Schon jetzt kommt heraus, daß der 1. Mai in diesem Jahre keineswegs mehr davon geprägt sein braucht, daß die Arbeiterbewegung ihre Opposition und ihren Unmut gegen die Veitstänze der Sozialdemokratie demonstriert. Vielmehr werden positive Forderungen gegen die Kapitalisten und ihren Staat die Lage bestimmen. – Was aber die Tarifkommissionen, die man schmählich hereingelegt hat, betrifft, so sollten sie sich nicht ums „Gesicht" sorgen, das vielleicht den einen oder anderen Kratzer abkriegt, wenn stehende Forderungen geändert werden müssen. So ein Kratzer tut nicht weh, wenn darunter der Verstand zum Vorschein kommt, den man sich nicht von Hans Dampfen wie Steinkühler abkaufen lassen muß.

Nordverbund (Schleswig-Holstein, Hamburg, Nordwestl. Niedersachsen, Unterwesergebiet). „Erhöhung der Löhne und Gehälter um 6 Prozent, mindestens aber um 50 Pfennig pro Stunde in den unteren Lohngruppen und entsprechend um mindestens 86 Mark in den unteren Gehaltsgruppen; – die Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 50 Mark im 1. und 2. Ausbildungsjahr und um 40 Mark im 3. und 4. Ausbildungsjahr; – die Verlängerung des Urlaubs um 3 Tage für unter 18jährige, um 4 Tage für über 18jährige, um 4 Tage für über 25jährige, um 3 Tage für über 30jährige; – einen Zuschuß zum Kurzarbeitergeld, so daß 90 Prozent des Netto-Arbeitsentgeltes erreicht werden; – die Vereinbarung von Regelungen, die Mehrarbeit begrenzen und dem Arbeitnehmer die Wahlmöglichkeit geben, sich unvermeidliche Mehrarbeit durch Gewährung von Freizeit abgelten zu lassen."

Niedersachsen. „– 6,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt, für die Lohngruppen 1 bis 6 und die Gehaltsgruppen 1 und 2 im Grundgehalt 93 DM; – 60 DM mehr Vergütung für alle Auszubildenden; – 3 Tage mehr Urlaub in allen Altersgruppen; – Abschaffung der Prozentrelation (Lohnschlüssel); – Tarifvertrag zur Besitzstandssicherung (individuelle und kollektive Verdienstsicherung für Arbeiter und Angestellte)."

Westberlin. „6% mehr Lohn und Gehalt, – Anhebung der Leistungszulagen für Arbeiter um 3 auf 16 Prozent, für Angestellte um 2 auf 12 Prozent, – 40 DM mehr Vergütung je Ausbildungsjahr, – Anhebung des Urlaubs auf 30 Arbeitstage im Stufenplan: bis 18. Lebensjahr 1979 um 2 auf 28 Tage, 1980 auf 29, 1981 auf 30 Tage; über 18. Lebensjahr 1979 um 3 auf 26 Tage, 1980 auf 28, 1981 auf 30 Tage; bis 25. Lebensjahr 1979 um 3 auf 24 Tage, 1980 auf 27, 1981 auf 30 Tage; bis 30. Lebensjahr 1979 um 2 auf 26 Tage, 1980 auf 28, 1981 auf 30 Tage; ab 30. Lebensjahr 1979 um 2 auf 29 Tage, 1980 auf 30 Tage; – Abschluß eines Tarifvertrags zur Sicherung der Eingruppierung und Verdienstsicherung bei Abgruppierung nach dem Modell des Tarifvertrags Nordwürttemberg-Nordbaden auf Berlin zugeschnitten."

Rheinland-Rheinhessen und Pfalz. „– Erhöhung der Löhne um 6%, mindestens jedoch um 50 Pfennig pro Stunde; – Erhöhung der Gehälter um 6 Prozent, mindestens jedoch um 86 DM; – Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 50 DM im 1. und 2. Jahr, um 40 DM im 3. und 4. Jahr; – Erhöhung des Urlaubs auf 25 Arbeitstage (bis vollendetes 25. Lebensjahr); tage (bis vollendetes 25. Lebensjahr); auf 28 Arbeitstage (bis 30. Lebensjahr); auf 30 Arbeitstage (nach vollendetem 30. Lebensjahr); – Freizeitgewährung für geleistete Mehrarbeit."

Saarland. „– Erhöhung der Löhne um 6%, mindestens um 50 Pfennig die Stunde; – Erhöhung der Gehälter um 6%, mindestens 86 DM; – Erhöhung des Urlaubs (in Staffeln wie in Rheinland/Rheinhessen und der Pfalz); – Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 50 DM im 1. und 2. Jahr, um 40 DM im 3. und 4. Jahr. Für die eisenschaffende Industrie des Saarlandes war bereits die 35-Stundenwoche gefordert. Hinzu kommen die Forderungen: – Erhöhung der Löhne und Gehälter um 5 Prozent; – Erhöhung der Ausbildungsvergütungen im 1. und 2. Jahr um 40 DM, im 3. und 4. Jahr um 30 DM."

Hessen. „Löhne und Gehälter sollen um 6%, mindestens jedoch um 100 DM erhöht und der Prozentschlüssel abgeschafft werden. – 6 Wochen Urlaub für alle. – Anhebung der Ausbildungsvergütungen im ersten und im zweiten Jahr um je 50 DM, im dritten und im vierten Jahr um je 40 DM. – Arbeiter sollen im Krankheitsfall in den ersten drei Tagen der Krankheit mit den Angestellten gleichgestellt werden. – Zeiterfassung und Richtzeitenvorgabe für Zeitlöhner und Angestellte sollen für unzulässig erklärt werden. – Freizeitgewährung bei geleisteter Mehrarbeit."

Nordwürttemberg/Nordbaden, Südwürttemberg/Hohenzollern, Südbaden. „Eine Anhebung der Löhne und Gehälter um 6,5%, 30 Arbeitstage Urlaub für alle Arbeitnehmer in einem Stufenplan, die Anhebung der Lohngruppen 1 und 2 auf Lohngruppe 3 und 50 Mark mehr für alle Auszubildenden fordern die Tarifkommissionen des Bezirks Stuttgart für die rd. 800000 Beschäftigten der Metallindustrie in allen 3 Tarifgebieten Baden-Württembergs." (alle vorstehenden Zitate aus: Metall, Nr. 25-26, 13.12.1978).

Bayern. „Gefordert wird eine Verbesserung der nachstehenden tariflichen Regelungen im Gesamtvolumen von 8%: a) durch eine Erhöhung des tariflichen Jahresurlaubs für alle Arbeitnehmer auf 30 Arbeitstage. Dies bedeutet eine durchschnittliche Verlängerung des Jahresurlaubs um 4,25 Arbeitstage und ergibt bei einer Kostenbelastung von 0,4% pro Urlaubstag insgesamt 1,7%; b) durch eine Erhöhung der tariflichen Löhne und Gehälter um 6,3%; c) durch eine Erhöhung der monatlichen Ausbildungsvergütungen um einheitlich DM 40,-." (aus Tarifnachrichten der IGM, Bez.leitg. München)

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon: 0611/730231, Telex 4 13080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer / Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1, Telefon 0611/730238 / Redakteur: Martin Fochler

Zu beziehen ist die Kommunistische Volkszeitung im Vierteljahresabonnement, incl. Porto 10,– DM, bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611 / 73 02 34

Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr.1: 32000

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045, Redakteur: Helga Rosenbaum

Regionalredaktion Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/720876-77, Redakteur: Willi Geike

Regionalredaktion München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348, Redakteur: Matthias Stab

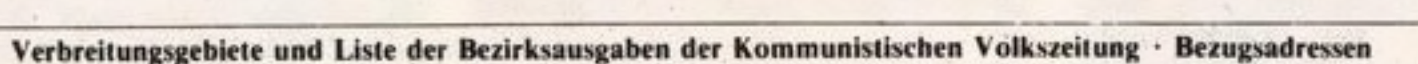
Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'informations et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n. – agence de presse · 437 Av. Louise · B-1050 Bruxelles

a.i.n. Roma · Via C. Magni, 49/B · I-00147 Roma

K.V.Z. News Agency Ltd. · 291, Gray's Inn Road · GB-London, WC1X 80F

Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H. · Rienößlgasse 12 · A-1040 Wien ·


Verbreitungsgebiete und Liste der Bezirksausgaben der Kommunistischen Volkszeitung · Bezugsadressen



Bezirksausgaben: Flensburg (01), Flensburg-Westküste · Kiel (02), Holstein · Hamburg (03), Hamburg-Unterelbe

Geschäftsstelle Hamburg: Chemnitzstraße 73, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/382168

Bezirksausgaben: Bremen (04), Bremen-Unterweser · Oldenburg (05), Weser-Ems · Münster (06), Münsterland-Emsland

Geschäftsstelle Bremen: Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Telefon 0421/6160455

Bezirksausgabe: Westberlin (07)

Geschäftsstelle Westberlin: Oranienstraße 159, 1000 Westberlin 61, Telefon 030/6145099

Bezirksausgaben: Hannover (08), Hannover · Braunschweig (09), Südostniedersachsen · Bielefeld (10), Ostwestfalen

Geschäftsstelle Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045

Bezirksausgaben: Dortmund (11), Dortmund/Westliches Westfalen · Essen (12), Essen-Ruhr · Duisburg (13), Duisburg/Niederrhein · Düsseldorf (14), Düsseldorf/Rhein · Wuppertal (15), Wuppertal/Bergisches Land

Geschäftsstelle Essen: Sybillastraße 15, 4300 Essen, Telefon 0201/252353

Bezirksausgaben: Kassel (16), Kassel/Nordhessen · Gießen (17), Gießen/Sieg-Lahn · Frankfurt (18), Frankfurt/Südhessen · Mainz (19), Mainz/Rheinhessen-Taunus

Geschäftsstelle Frankfurt: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Telefon 0611/730241

Bezirksausgaben: Köln (20), Köln/Rhein-Sieg · Aachen (21), Aachen/Grenzland · Koblenz (22), Koblenz/Mittelrhein · Trier (23), Trier/Eifel-Hunsrück · Saarbrücken (24)

Geschäftsstelle Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/720876-77

Bezirksausgaben: Mannheim (25), Rhein-Neckar-Pfalz · Heilbronn (26), Franken · Würzburg (27), Unterfranken · Nürnberg (28), Mittelfranken · Bayreuth (29), Oberfranken

Geschäftsstelle Mannheim: J7, 14, 6800 Mannheim, Telefon 0621/16279

Bezirksausgaben: Karlsruhe (30), Mittlerer Oberrhein/Nordschwarzwald · Stuttgart (31), Mittlerer Neckar · Freiburg, Südbaden · Konstanz (32), Konstanz-Südschwarzwald · Ulm (33), Ulm-Bodensee

Geschäftsstelle Stuttgart: Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Telefon 0711/611805

Bezirksausgaben: Regensburg (35), Mittlere Donau · Landshut (36), Niederbayern · München (37), München-Oberbayern · Augsburg (38), Schwaben

Geschäftsstelle München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Herausgeber: Zentrales Komitee des KBW · Sekretariat: Mainzer Landstr. 147, Postf. 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel.: 0611/730231, Telex 413080 kuehl d · Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer · Redaktion: Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt, Tel.: 0611/730231 · Redakteur: Jürgen Klocke · Erscheint einmal im Monat im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt · Preis des Einzelheftes: 2 DM, Jahresabonnement (12 Nummern incl. Porto): 24 DM

Kommunistische Volkszeitung – Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst: a) Titelliste der gesamten KVZ-Ausgaben; b) Titelliste der Spezialnachrichtendienste; c) vollständiger Text der ZDF-19-Uhr-Nachrichten; d) Äußerungen der Landesregierungen in den Regionalschauen; e) Äußerungen von Regierungsmitgliedern im ausländischen Fernsehen, übersetzt, sowie Äußerungen von Gewerkschaftssprechern; f) Titelliste der im laufenden Jahr erschienenen Ausgaben von Kommunismus und Klassenkampf; g) Verzeichnis der im Laufe des Jahres hergestellten Bücher und Broschüren · *Heft 02:* Landwirtschaft Ernährung · *Heft 03:* A) Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft // B) Chemische Industrie // C) Stahl // D) Bau · *Heft 04:* A) Maschinenbau // B) Elektrotechnik // C) Fahrzeugbau // D) Schiffbau · *Heft 05:* A) Druck // B) Textil, Bekleidung // C) Handel · *Heft 06:* A) Ausbildung, Schulen, Schüler // B) Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 07:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 08:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 09:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Illustrierte Blätter

– Seit ihrer Gründung schürt die BRD ungerechte Kriege und bekämpft die gerechten –



Patrice Lumumba. Kämpfer in Nord-Katanga. 1960 erkämpft das kongolesische Volk die nationale Unabhängigkeit von der belgischen Kolonialmacht.



Eine Kompanie der FLN, der Nationalen Befreiungsfront Algeriens, die im Mai 1955 gegründet wurde und den Befreiungskampf politisch führt.



Algier 1960: Machtvolle Demonstrationen gegen die französische Kolonialherrschaft und für die nationale Unabhängigkeit Algeriens.



1963 wird die „Organisation für Afrikanische Einheit" (OAU) gegründet. Kwame Nkrumah unterzeichnet die Charta der OAU am 25. Mai 1963.



Bandung-Konferenz 1955: Die unabhängigen Staaten Afrikas und Asiens erklären ihre Unterstützung der Befreiungsbewegungen gegen den Kolonialismus und schließen sich im Kampf für die Wahrung ihrer nationalen Souveränität und gegen die Ausplünderung durch den Imperialismus zusammen.



de Gaulle (16.9.59):
„Die Lostrennung Algeriens würde eine schreckliche Not, ein furchtbares politisches Chaos, ein allgemeines Morden und bald eine kriegerische Diktatur der Kommunisten zur Folge haben. Doch der Dämon muß ausgetrieben werden."

Konrad Adenauer:
„Ich hätte den Eindruck gewonnen, so sagte ich, daß die französische Armee, nachdem in Nordafrika bereits soviel Blut vergossen worden sei, es zu einer Ehrenfrage mache, kein zu starkes Entgegenkommen gegenüber den algerischen Nationalisten zu zeigen..."

F.J. Strauß (1958):
„Natürlich erhielt Frankreich von uns allein in der Zeit vom 1. Januar bis April 1958 über eine Milliarde DM, von denen unmittelbar 630 Mio. DM für die Kriegsführung in Algerien eingesetzt wurden."

„Afrika den Afrikanern!"

Auf der UNO-Vollversammlung im Dezember 1960 verabschiedete die Mehrheit der Länder der Dritten Welt die „Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker". Dieser Erfolg basiert auf dem Voranschreiten des bewaffneten Befreiungskampfes der kolonial und neokolonial unterdrückten Völker. Bis 1960 hatten 22 Völker Afrikas das Kolonialjoch abgeschüttelt und ihre staatliche Unabhängigkeit erreicht. Ihr Zusammenschluß zur vollständigen Ausrottung des Kolonialismus und für den Aufbau ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit im Kampf gegen den Imperialismus und die Gründung der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) waren Siege in diesem Kampf.

1831 Die französischen Kolonialisten lassen ihre Legionärstruppen nach Algerien einfallen. Unter der Führung des Emirs Abdel Kader haben die algerischen Bauern von Anfang an den Krieg gegen die Invasoren geführt.

1923 Algerische Arbeiter gründen die ENA, die Nordafrikanische Schule, die 1927 zum ersten Mal die Forderungen nach Unabhängigkeit für Algerien und nach einer Landreform erhebt.

1945 Die erneute Erhebung des algerischen Volkes gegen die kolonialen Ausbeuter und Unterdrücker wird von den Legionärstruppen blutig niedergeschlagen. Die KP Frankreichs verrät den Kampf des algerischen Volkes und erklärt: „Algerien ist ein unabtrennbarer Teil Frankreichs".

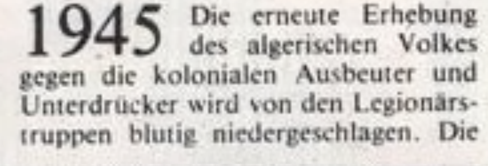
1955 Nachdem Revolutionäre 1954 einen Aufruf an das Volk zum bewaffneten Kampf veröffentlichen, folgt im Mai 1955 die Gründung der Nationalen Befreiungsfront (FLN). Immer mehr schließen sich dem Befreiungskampf an.

1957 Strauß, damaliger Verteidigungsminister, und Speidl, Oberbefehlshaber der NATO-Landstreitkräfte im Mittelmeerraum und früherer General des Hitlerfaschismus, reisen nach Algerien, um die Stärke der deutschen Einheiten der Fremdenlegionäre wie der französischen Kolonialtruppen sowie die algerischen Erdölfelder zu inspizieren.

1958 Die französischen Imperialisten verstärken ihre Kolonialtruppen in Algerien auf 500000 Mann. Der BRD-Imperialismus unterstützt den Krieg der französischen Imperialisten in Algerien mit 630 Mio. DM, mit Kriegsmaterial im Werte von 26 Mio. Franc und Fremdenlegionären. Daraufhin richtet die FLN im April 1958 folgende Botschaft an Kanzler Adenauer: „Die nationale Befreiungsfront möchte feierlich die Aufmerksamkeit der Regierung darauf lenken, daß eine derartige Unterstützung der Kolonialisten in ihrem menschenmordenden Werk einen feindlichen und aggressiven Charakter gegenüber einem um sein Leben kämpfenden Volk annimmt."

1959 Das westdeutsche Monopolkapital zwingt den französischen Erdölkonzern EFNA zur Fusion mit der westdeutschen Schacht- und Tiefbohrgesellschaft mbH Lingen, bringt sich in den Besitz der Aktienmehrheit und spekuliert gleichzeitig auf die alleinige Kontrolle 1959 neuentdeckter Erdölvorkommen südlich von Algier.

1962 Das algerische Volk schüttelt das französische Kolonialjoch ab und erreicht seine Unabhängigkeit.





„Immer noch steht das algerische Volk trotz eines siebenjährigen Krieges der Wiedereroberung aufrecht da und ist entschlossen, seinen Kampf bis zur Verwirklichung seiner nationalen Ziele fortzusetzen. Was dieses Volk in seinen Kämpfen und Opfern am meisten stärkt, ist das Bewußtsein, für Afrika kämpfen und sich opfern zu müssen, für das wirkliche Afrika, für das Afrika der Afrikaner, das ein anderes ist als jenes, das von den Neokolonialisten erträumt wird und von diesen mit Hilfe der einzigen ihnen noch verbleibenden Waffe, der Waffe der Spaltung, verwirklicht werden soll..."
(El Moudjahid Nr. 82/1961, Zeitung der FLN)



Kommunistischer Bund Westdeutschland

Beileidstelegramm zum Tode des algerischen Präsidenten Houari Boumedienne

Kommunistischer Bund Westdeutschland
Zentrales Komitee
Frankfurt, den 28.12.1978

An den Präsidenten der Volksversammlung der Demokratischen Volksrepublik Algerien
Rabah Bitat

Mit großer Trauer haben wir vom Tod des Vorsitzenden des Nationalen Befreiungsrates der Demokratischen Volksrepublik Algerien, Oberst Houari Boumedienne, erfahren.

Oberst Houari Boumedienne war für immer ein Führer des algerischen Volkes in seinem Kampf gegan Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus, für nationale Unabhängigkeit und Befreiung. Oberst Houari Boumedienne wird für immer ein unvergessener Held des bewaffneten Befreiungskampfes des algerischen Volkes gegen das französische Kolonialjoch bleiben. Nach der Zertrümmerung des Kolonialjochs hat Oberst Houari Boumedienne den Kampf des algerischen Volkes gegen imperialistische Bevormundung, Einmischung und Ausplünderung hartnäckig weitergeführt, den Aufbau der Demokratischen Volksrepublik Algerien geleitet und dabei stets auf die nationalen Interessen der breiten Volksmassen Algeriens geachtet.

Oberst Houari Boumedienne hat die Tradition des bewaffneten Befreiungskampfes hochgehalten, und alle Völker, die im Kampf gegen den Kolonialismus zu den Waffen griffen, konnten stets mit seiner Unterstützung rechnen. Als nationalem arabischen Führer lag Oberst Houari Boumedienne der Befreiungskampf des palästinensischen Volkes gegen Zionismus und Imperialismus sehr am Herzen, und das palästinensische Volk war seiner Unterstützung stets sicher. Die afrikanischen Befreiungsbewegungen hatten in ihm einen engen Freund. Oberst Houari Boumedienne war ein hervorragender Kämpfer für die Prinzipien der Arabischen Liga, der Organisation für Afrikanische Einheit und der Blockfreienbewegung. Wiederholt hat er die Versuche der Spaltung der Dritten Welt bekämpft.

Die Siege, die die Völker der erdölproduzierenden Länder durch den Einsatz des Öls als Waffe im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus errungen haben, wie der entschlossene Kampf der Dritten Welt für die Verteidigung und Sicherung ihrer natürlichen Ressourcen und für ihre Verwendung im Interesse ihrer nationalen Interessen, der Kampf für eine neue Weltwirtschaftsordnung werden immer mit dem Namen Oberst Houari Boumediennes verbunden bleiben.

Das ZK des KBW spricht Ihnen und dem mutigen algerischen Volk zum Tod Oberst Houari Boumediennes sein tiefempfundenes Mitgefühl aus.

Hans-Gerhart Schmierer
Sekretär des Zentralen Komitees des Kommunistischen Bundes Westdeutschland

„Geplante Kraftprobe zum Sturz der Regierung Ecevit"

Presseerklärung der Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei TIKP

Die jetzt zwei Tage andauernden Kämpfe in Kahramanmarasch, der Hauptstadt der gleichnamigen Provinz in Südostanatolien, begannen am Freitag, den 22. Dezember mit der Ermordung von zwei Lehrern, Haci Colak und Mustafa Yüzbasioglu, Mitglieder der TIKP (Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei) durch drei MHP-Mitglieder Ömer Kayis, Mükerrem Sevin und Hamdi Kor, Schüler derselben Oberschule, an der die Ermordeten unterrichtet hatten. Diesem Mordanschlag war ein angeblich von „kommunistischen" Kräften organisiertes Bombenattentat auf ein Kino, in dem ein faschistischer Film vorgeführt wurde, vorangegangen.

Der Trauerzug für die zwei Ermordeten am Samstag, dem 23. Dezember, an dem 15000 Menschen teilnahmen, wurde von mehreren hundert MHP-Mitgliedern unter der Führung von 50 Maskierten mit Maschinenpistolen beschossen. Die Teilnehmer des Trauerzuges zogen sich darauf mit den Toten in das Gebäude der Provinzverwaltung und in ihre Wohnviertel zurück. Daraufhin griffen bewaffnete Kommandos systematisch die Wohnviertel an: Nachdem die Häuser mit Maschinenpistolen beschossen und dann in Brand gesteckt wurden, drangen die Kommandos in die Häuser ein und ermordeten die Bewohner mit Schußwaffen und Schlachtmessern. Zwei Distrikte von Kahramanmarasch wurden völlig vernichtet, im Stadtteil Yürük selim verteidigten die Bewohner unter Führung der TIKP ihre Häuser. Die anwesenden Polizei-, Gendarmerie- und Militäreinheiten griffen in die Kämpfe nicht ein.

Der türkische Innenminister Irfan Özaydinli, der im Laufe des Samstags in Kahramanmarasch eintraf, wurde mit dem Provinzgouverneur Tahsin Soylu, den anwesenden Journalisten und 500 weiteren Personen im Gebäude der Provinzverwaltung eingeschlossen; es wurde befürchtet, daß die faschistischen Kommandos einen Vernichtungsangriff auf die Provinzverwaltung planten. Im Laufe des Sonntags wurden türkische Fallschirmjägereinheiten eingesetzt, die die faschistischen Kommandos von Hubschraubern aus mit Bomben angriffen. Die Kämpfe, die immer noch andauern, kosteten nach Augenzeugenberichten ungefähr 500 Menschenleben.

Alle Einzelheiten deuten darauf hin, daß es sich bei diesen Kämpfen um eine systematisch vorbereitete Kraftprobe der MHP und der paramilitärischen Konterguerilla handelt, mit dem Ziel, die von der demokratischen Mehrheit getragene Regierung Ecevit zu stürzen und durch eine Militärdiktatur zu ersetzen. Journalisten am Ort berichten, daß die faschistischen Kommandos organisiert vorgingen, wobei die Befehle von Maskierten erteilt wurden. Seit zehn Tagen waren Mitglieder und Anhänger der MHP in einer Anzahl von über 10000 in Autobussen in Kahramanmarasch eingetroffen, deutlich zu erkennen an ihren Parolen wie: „Nieder mit den Kommunisten!" und: „Es leben die Türken und die Muselmanen!" Die Führung der Aktionen lag in der Hand des MHP-Abgeordneten Yusuf Özbay, Vertreter von Kahramanmarasch in der türkischen Nationalversammlung.

Der Parlamentsabgeordnete der AP (Gerechtigkeitspartei) Faik Türün, vormals General und Kriegsrechtsverwalter von Istanbul, bekannt als Chef der Koordinationskomitees der Konterguerilla, hatte wenige Tage zuvor in einer Pressekonferenz in Adana erklärt: „Wir werden diese Regierung (Ecevit – der Verf.) noch vor Beginn des neuen Jahres unbedingt stürzen."

Unter den demokratischen Parteien und Persönlichkeiten der Türkei besteht weitgehende Übereinstimmung in der Einschätzung dieser Ereignisse. Staatspräsident Korutürk erklärte: „Diese Auseinandersetzungen sind Bürgerkrieg!" Ministerpräsident Ecevit benannte die rechtsradikalen Gegner der Demokratie als Verantwortliche für diese Kämpfe, die er als Völkermord bezeichnete.

Der Vorsitzende der TIKP, Dogu Periçek, erklärte: „Diese Ereignisse sind eine geplante Aktion. Der Provinzgouverneur und der Polizeipräsident von Kahramanmarasch wurden mehrmals darauf hingewiesen, daß die MHP Aktionen plane, sie haben aber keine Maßnahmen dagegen getroffen. Terror und Anarchie können nicht durch Unterdrückungsmaßnahmen gegen das Volk, sondern nur durch entschiedenes Vorgehen gegen die Mörderbanden und ihre Drahtzieher verhindert werden."

Unserer Einschätzung nach handelt es sich bei den Kämpfen in Kahramanmarasch um eine geplante Kraftprobe, die von der faschistischen MHP und der paramilitärischen Konterguerilla systematisch vorbereitet wurde, mit dem Ziel, die Demokratie in der Türkei durch eine Militärdiktatur zu ersetzen. Sie beweisen andererseits, daß diese Kräfte von der Mehrheit der Bevölkerung vollkommen isoliert sind, so daß sie ihre Ziele nicht auf anderem Wege erreichen können.

In dieser Situation erscheint es uns dringend notwendig, daß die türkische Regierung sofort die faschistische MHP verbietet und alle Aktivitäten, alle Pläne und alle Verantwortlichen der Konterguerilla rückhaltlos aufdeckt; daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die „Türkischen Idealistenvereine" als Auslandsorganisationen der faschistischen MHP verbietet und die in die Bundesrepublik eingereisten Angehörigen der faschistischen MHP-Kommandos, die hier Asylantrag stellen, sofort an die türkische Regierung zur Strafverfolgung ausliefert.

Wir fordern alle demokratischen Persönlichkeiten, Parteien und Organisationen in Europa auf, die demokratischen Kräfte in der Türkei bei ihrem Kampf zur Verteidigung der Demokratie zu unterstützen. Eine demokratische Türkei ist eine wichtige Voraussetzung zur Verteidigung der Demokratie in Europa.

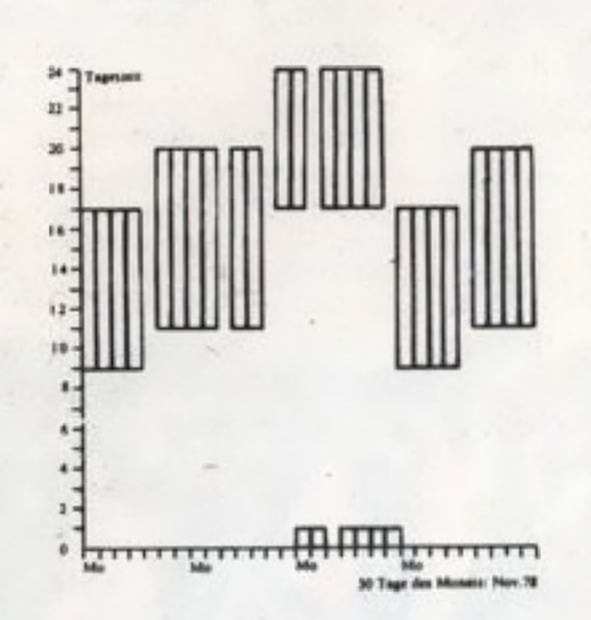
z.maf. **Scheel blödelt oft, und lustig ist das nie:** „Das Erziehen ist schwerer geworden, ich weiß das, ich habe selbst schulpflichtige Kinder. Das liegt sicher auch daran, daß sich die Stellung der Frau in unserer Gesellschaft, auch die der verheirateten Frau und Mutter, geändert hat. Vor 40 Jahren war das einfacher, der Mann arbeitete und brachte das Geld nach Hause und die Mutter sorgte für die Kinder und den Haushalt..." 1978 minus 40 macht 1938. Einfach, oder? Noch ein Jahr, und „der Mann" wird an die Ostfront rücken, die „sorgenden Hände der Mutter" werden von der Rüstungsindustrie entdeckt und schrauben gefühlvoll Zünder in die Granaten. Noch ein paar Jahre später, und die Erziehung wird ganz einfach. Schon die Kleinkinder lernen aufs Sirenengeheul hin in den Keller laufen, und der Halbwüchsigen nimmt sich die Wehrmacht an, sie werden Flakhelfer. – Walter Scheel wird als „Nachtjäger" in den Himmel steigen, weil er ja auch in der Flieger HJ war. Aber solche stürzen ja nicht ab, für ihr Gedeihen sorgt ein Gott im Himmel und ein Einsatzleiter auf der Erden, der guten Willens ist und weiß, daß so verwolfte Menschen besser für den Fortbestand des Vaterlandes aufgespart werden müssen, damit sie nachher Präsident werden und arrogant dümmliche Weihnachtsreden halten, als ob im ganzen Lande niemand von einer vierstelligen Zahl eine zweistellige abziehen kann.

z.ped. **Das Herzstück der neu beschlossenen Werfthilfe, stellt sich heraus, ist das Fregattenbauprogramm.** 660 Mill. DM, die den Werften zufließen, sind zweckgebunden als "Auftragshilfe für technisch höherwertige Schiffe" und "Umstrukturierung mit einem gemeinsamen Strukturkon zept". *Technisch höherwertige Schiffe*
sind schon längst Metier der westdeut- Schiffe" und "Umstrukturierung mit einem gemeinsamen Strukturkon zept". Technisch höherwertige Schiffe
sind schon längst Metier der westdeutschen Werftkapitalisten, bei dem sie dicke Profite einstreichen und die es den Reedern ermöglichen, kürzeste Fahrt-und Liegezeiten mit minimaler Besatzung und maximaler Ladung zu vergolden. Die Spitze des technisch Höherwertigen bilden die sich gegenwärtig im Bau befindlichen ersten sechs Fregatten F 122, denen acht weitere folgen sollen. An Schiffsbetriebstechnik und Materialbearbeitung stellen sie höchste Anforderungen an Werftarbeiter und Seeleute. Blohm und Voss baut jetzt zusätzlich zu seinen zwei F 122 eine ähnliche Fregatte für Nigeria, zwei weitere für Argentinien und liefert für vier weitere Maschinen und Ausrüstung an die argentinische Werft Astilleros. Auf dem Bremer Vulkan geht das bisher größte RoRo-Schiff mit 47000 tdw seiner Ablieferung entgegen. Mit eigenständigen Heck- und Bugstrahlrudern, großer Heckladerampe und vier durchgehenden Ladedecksetagen kann dieses "Handelsschiff" selbständig ohne Schlepphilfe an beliebigem Ort eine Truppe mit schwerem Gerät anlanden. Gleichzeitig werden dort gegenwärtig im Endstadium das Baudock für die F 122 Fregatten, sowie Ausrüstungspier und Simultanschießstand mit Marineunterkünften errichtet. Kriegsvorbereitung, Kriegsschiffbau – sowohl die Baukostenförderung betrifft, als auch das einheitliche Strukturkonzept. Struktur der Auftragsvergabe und -beteiligung am Fregattenbauprogramm sind das einzige einheitliche Strukturkonzept. "Ohne Flankenschutz dem Kentern recht nah" überschreibt denn auch Liselotte von Ranzau-Essberger als Chefin der Deutschen Afrika Linien und der Tankerreederei Essberger ihre Reederrückschau 78 im Handelsblatt am 30.12.78.

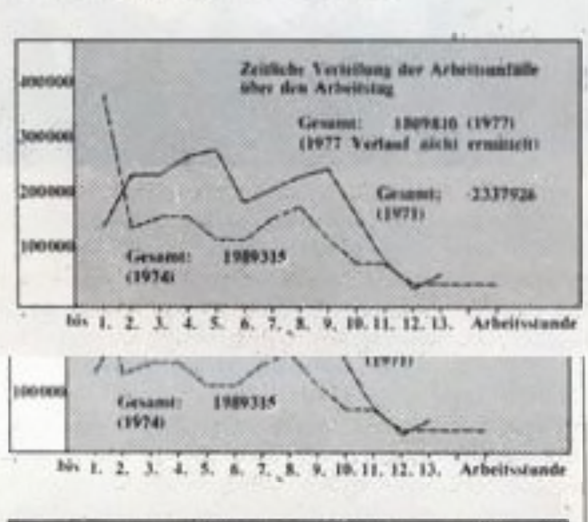
z.inb. **Ab 1.1.79 tritt im Hotel- und Gaststättengewerbe in Hessen ein neuer Tarifvertrag in Kraft.** Folgendes sind die Vereinbarungen: Lohnerhöhung um 5%, was z.B. für einen Koch im 3. Berufsjahr bei einer 51-Stunden-Woche gerade 72 DM ausmacht. Ein Ergebnis, das die Arbeiter den Kapitalisten mit Vorbereitung von Kampf-

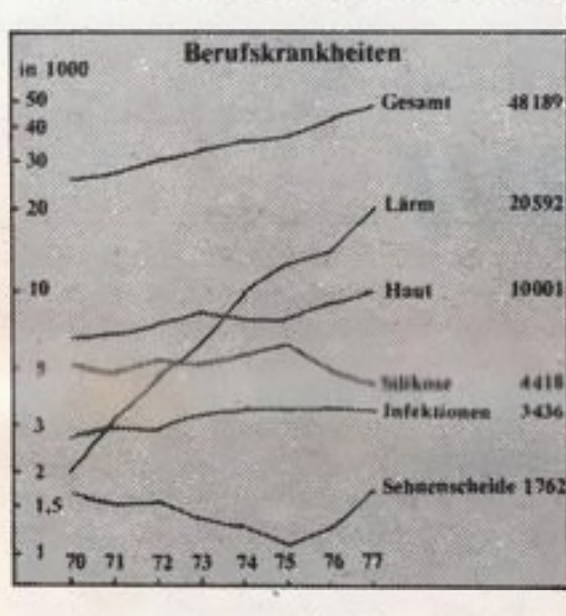


maßnahmen abgezwungen haben. Des weiteren Erhöhung des Bedienungsgeldes von 11% auf 11,5%, sowie die Festlegung neuer Arbeitszeiten. Bis 1982: Abbau der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden, bzw. 47 in einschichtigen Betrieben. Für 1979: Abbau von 44 auf 43 Stunden bzw. 51 auf 50. 1979 zusätzlich einen freien Tag im Monat, bis 1982 vier freie Tage und Erhöhung des Jahresurlaubs von 18 auf 20 Tage.



z.mif. **2044431 Arbeits- und Wegeunfälle, davon 4454 tödlich, auf 25,8 Mio. Erwerbstätige,** meldet der Unfallverhütungsbericht der Bundesregierung (Drucksache 8/2328). Die Zahl der *gemeldeten* liegt weit unter den wirklichen Arbeitsunfällen, gemeldet wird nur ein Unfall mit mehr als drei Tagen Arbeitsunfähigkeit.





Die Verschiebung der Kurve 1974 nach links gegenüber der Kurve 1971 beweist, die Arbeitskraft ist am Morgen nicht wiederhergestellt und nicht der sechsten Arbeitsstunde verschlissen. 437000 Arbeitsunfälle stoßen den Arbeitern nach Ende des 8-Stundentages zu. Neue Daten über die Verteilung der Arbeitsunfälle über den Arbeitstag hat die Bundesregierung im Bericht 1976 zugesagt, aber jetzt nicht erhoben oder nicht veröffentlicht. Beredtes Schweigen! – Das Arbeitssicherheitsgesetz 1973 hat die Betriebsärzte und Sicherheitsbeauftragten direkt dem Kapitalisten unterstellt, den sie bei Fragen „insbesondere des Arbeitsrhythmus, der Arbeitszeit und der Pausenregelung" zu beraten haben, also bezüglich Verwissenschaftlichung der Schweiß- und Blutauspressung. Laut Unfallverhütungsbericht 1976 gab es 1975 2402 Betriebsärzte, davon 616 hauptberuflich, bei einem geschätzten Bedarf von „etwa 9000, um eine betriebsärztliche Betreuung nach den Richtzahlen einer Empfehlung der Europäischen Gemeinschaften aus dem Jahre 1962 zu gewährleisten." Tödliche Arbeitsunfälle 1977: 2970 (1976: 3154); Berufskrankheiten mit tödlichem Ausgang: 179 (161), davon Silikose: 116 (98). Jeder weiß, welch zähen Kampf die Arbeiter zu führen haben, um Berufskrankheiten als solche anerkannt zu bekommen. 5 Milliarden DM für Renten an Verletzte und Hinterbliebene mußten die Träger der gesetzlichen Unfallversicherung 1977 rausrücken, 338 Mio. DM mehr als 1976, und 1,7 Milliarden für Heilbehandlung und Übergangsgelder (1976: 1,5).

z.khg. **Die Begründung der Polizei Hamburg für das Demonstrationsverbot in der Innenstadt lautet:** „Sollte es während des Aufzuges auf dem durch Auflage erteilten Marschweg zu Ausschreitungen kommen, wäre die Polizei weitaus besser in der Lage, diesen angemessen zu begegnen, wenn der Marschweg außerhalb des eigentlichen Innersten, "besonders stark vom Fußgänger- und Straßenverkehr frequentierten Kernbereichs der Innenstadt liegt." Ein Wochentag wäre der Polizei auch noch genehm gewesen. Wenn Hunderttausende aus Hamburg und Umgebung in der Hamburger Innenstadt sind und den Befreiungskampf des iranischen Volkes unterstützen können, fürchtet die imperialistische Bourgeoisie den revolutionären Zusammenschluß der Massen gegen den Imperialismus! – Im Versammlungsgesetz hat sich die Bourgeoisie juristische Möglichkeiten geschaffen, um Demonstrationen zwangsweise an einsame Orte zu verlegen. Es nützt ihr nicht. Gestützt auf die Massen haben in der Innenstadt an drei Sonnabenden trotz Verbot Demonstrationen stattgefunden.

Jederzeitige Abwählbarkeit von Personalräten

Angriff auf den „Abwahlparagraphen" des Bremischen Personalvertretungsgesetzes

r.mab. Unter dem Stichwort „Mundgeruch-Verfahren" verhandelt die bürgerliche Presse Bremens die Anstrengungen der Bourgeoisie, im Angriff auf die vorhandenen Rechte im Personalvertretungsgesetz einen weiteren Schritt voranzukommen. Zum Anlaß wurde genommen, daß ein Amtmann des Bremer Justizvollzugs einen Beschäftigten der „Alkoholfahne" bezichtigte und ihm daraufhin auf einer Personalversammlung mit 306 zu 77 Stimmen das Vertrauen als Personalrat durch die Belegschaft entzogen wurde. Dies ist möglich, denn im §25,1 des Bremischen Personalvertretungsgesetzes ist festgehalten: „Auf Antrag eines Viertels der Wahlberechtigten oder einer in der Dienststelle vertretenen Gewerkschaft können die Bediensteten mit absoluter Mehrheit der Wahlberechtigten in einer Personalversammlung in geheimer Abstimmung die Abberufung einzelner Personalratsmitglieder oder des gesamten Personalrates beschließen."

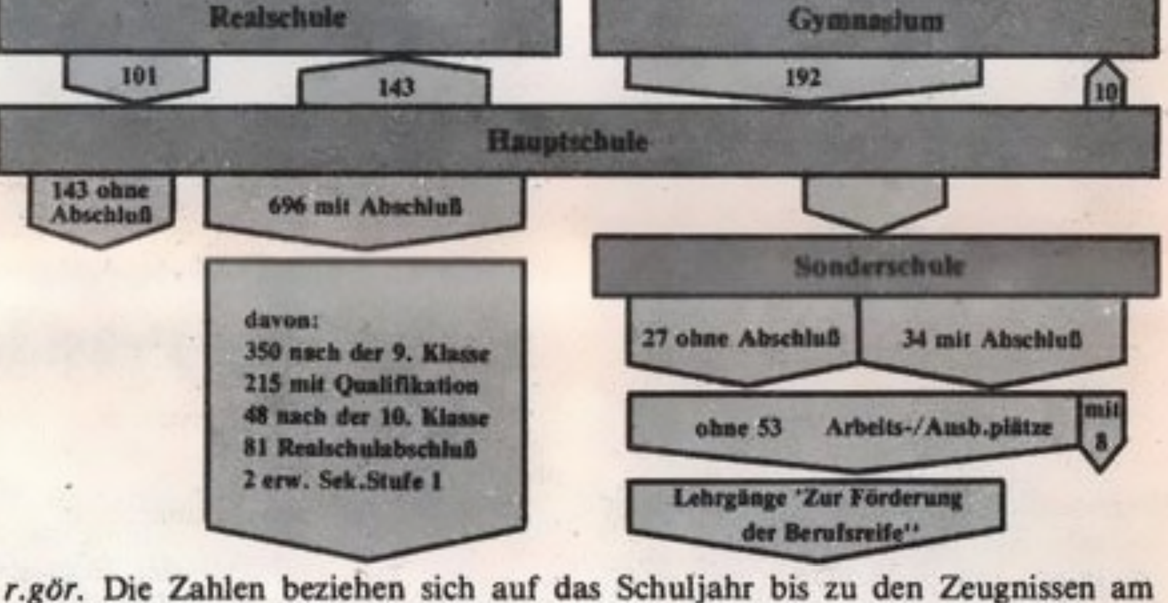
Diesem Paragraphen gilt nun der Angriff. Er ermöglicht die politische Entscheidung der Belegschaften, ihre von ihnen gewählten Interessensvertreter auszuwählen, eine Entscheidung, die es ermöglicht, der Bindung an die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Dienstherrn eine Schranke zu setzen. Das ist es auch, was die Bourgeoisie schäumen läßt, zumal ihr durch den §70 auch noch die Möglichkeit genommen wird, das Verwaltungsgericht zu Hilfe zu nehmen, denn dort heißt es: „Die Verwaltungsgerichte entscheiden außer in den Fällen der §21 (Anfechtung der Wahl) und 25 (über a) Wahlberechtigung und Wählbarkeit, b) Wahl und Amtszeit der Personalvertretungen... sowie Zusammensetzung der Personalvertretungen, c) Zuständigkeit und Geschäftsführung der Personalvertretung." Aufgrund dieser Absichemußten beide Instanzen des Verwaltungsgerichts bislang die „einstweilige Anordnung mit sofortiger Wiedereinsetzung des Amtmannes" ablehnen. Doch in einem anderen Fall hat das Gericht bereits „Möglichkeiten" gefunden: „Das Gesetz sagt allerdings nicht, *wer* befugt sein soll, entsprechende Feststellungen treffen zu lassen. Das Oberverwaltungsgericht zweifelt indessen nicht daran, daß dem Antragsteller jedenfalls in seiner Eigenschaft als Dienststellenleiter ein entsprechender Anspruch zusteht: Das Gesetz weist ihm so zahlreiche Rechte und Pflichten gegenüber dem Personalrat der Dienststelle zu, daß deren Leiter ebenso, wie er nach §21 BremPersVG die (konstituierende) Wahl anfechten kann, auch berechtigt sein muß, die Ungültigkeit einer Abwahl des Personalrates gerichtlich feststellen zu lassen."

Alle Bestrebungen der Bourgeoisie gehen daraufhin, die unzähligen Einmischungen und die polizeilich-bürokratische Bevormundung, die sie sich durch das Personalvertretungsgesetz gesichert hat, weiter auszudehnen. Deshalb soll das Bundesverfassungsgericht sein Machtwort sprechen. Feststellen soll es, daß „dieser Passus im Bremischen Personalvertretungsgesetz verfassungswidrig sei, da die Grundprinzipien der repräsentativen Demokratie... abgeschafft und durch ein Abwahlsystem ersetzt worden sei, ‚das östliche Volksdemokratien kennzeichne.' Die Einführung des Rätesystems in einem wichtigen Teilbereich des Öffentlichen Dienstes stelle einen schwerwiegenden Verstoß gegen die demokratische Grundordnung dar, der auch nicht für eine Übergangszeit hingenommen werden könne."

Für die Aufhebung aller gesetzlichen Einschränkungen der Rechte der Betriebs- und Personalräte sowie der Jugendvertretungen, die gewählt werden auf der Grundlage freier gewerkschaftlicher und politischer Betätigung im Betrieb für jeden Lohnabhängigen, einjährige reguläre Wahlperiode und jederzeitige Abwählbarkeit, auf dieser Grundlage kann der Kampf organisiert werden. Hat der Paragraph 25,1 des BremPersVG auch die politische Schwäche, daß nur durch Verhältniswahlrecht gewählter Personalrat durch einfache Mehrheiten wieder abgewählt werden kann, so bleibt dies doch die ausschließliche Angelegenheit der Belegschaften und muß jeder Angriff des Staates, die polizeimäßige Bevormundung durchzusetzen, zurückgeschlagen werden.

Studentische Vertretungsorgane erkämpfen:

Studentische Vertretungsorgane erkämpfen: Keiner schlechter als Drei



r.gör. Die Zahlen beziehen sich auf das Schuljahr bis zu den Zeugnissen am 1.8.78, Landkreis Lüneburg. Lehrgänge „zur Förderung der Berufsreife" verschleiern Zwangsarbeit. Die SPD-Stadtratsfraktion in Lüneburg hat weitere Zwangsarbeitsmaßnahmen (z.B. Kinderspielplatzbau) bei einem „Taschengeld" von 5 DM gefordert.

r.ulf. In den vergangenen Semestern haben die Politik-Dozenten die Prüfungsunterdrückung zielstrebig verschärft. Im Sommersemester 77 haben sie nur Einsen, Zweien und Dreien verteilt, im Sommersemester 78 waren es bereits zusammen 25% Vieren und Fünfen. Dagegen hat die Fachschaft in diesem Semester den Zusammenschluß organisiert und einen ersten Erfolg errungen: Diesmal bekam jeder mindestens eine Drei. Die Zensurenverteilung im einzelnen: SS 77: 25% eins, 30% zwei, 45% drei; WS 77/78: 5% eins, 40% zwei, 40% drei, 10% vier, 5% fünf; SS 78: 12% eins, 35% zwei, 30% drei, 15% vier, 8% fünf; WS 78/79: 10% eins, 35% zwei, 55% drei.

Bei den Lehramtsstudenten bedeutet schon eine Vier, daß sie mit so „bestandenem" Examen in den nächsten Jahren ihren Beruf nicht werden ausüben können. Bundesminister Schmude drückt das in seinen „22 Orientierungspunkten" so aus: Er ist dafür, daß das Zeugnis... den Beschäftigern hinreichende Auskunft über die vermittelten Qualifikationen, insbesondere über die... erbrachten Leistungen" gibt. Diejenigen, die die Abrichtung der Jugend des Volkes an den Schulen durchführen sollen, überläßt die Bourgeoisie in den Prüfungen nicht allein ihren Professoren, sondern unterhält eigens als Landesdienststelle ein „wissenschaftliches Landesprüfungsamt", das die Prüfungen organisiert.

Als die verschärfte Prüfungsunterdrückung zu Beginn des Semesters bekannt gemacht wurde, herrschte große Empörung. Auf einer Fachschaftsvollversammlung wurde dagegen ein Beschluß gefaßt. Es wurde beschlossen, die Prüfungen zu kontrollieren, das Zugangsrecht des Fachschaftsrates zu den Prüfungen wurde gefordert. Als der Lehrstuhl dies in den Verhandlungen wegen „rechtlicher Bedenken" ablehnte und das Zeugnisrecht praktisch verweigerte, hielten sich jeweils Studenten vor den Prüfungsämtern auf und ließen sich von den Prüflingen vom Ablauf der Prüfungen berichten; Die Prüfungsergebnisse wurden jeweils veröffentlicht; dadurch wurden die Prüfer unter Druck gesetzt. Auch konnten sie trotz Verstärkung durch den Leiter des Wissenschaftlichen Landesprüfungsamtes in Göttingen, Block, die Vorzensur Vier gegen einen KSB-Genossen, der in seiner Examensarbeit die Pünderungs- und Einmischungspolitik der BRD gegen die Staaten der 3. Welt angegriffen hatte, nicht halten und mußten ihm eine Drei erteilen, wie sie auch insgesamt keine Vier oder Fünf durchsetzen konnten.

Die Mathematikstudenten erreichten mit ähnlichen Aktionen die Halbierung des Anteil der Fünfen bei den Einzelprüfungen im Vordiplom auf ca. 15%; in Psychologie, wo das Zugangsrecht der Fachschaft in der Prüfungsordnung verankert ist, konnt der Anteil der Zensuren unter Zwei von 19,2% auf 12,7% gesenkt werden.

Die Landesfachschaftskonferenz hat jetzt Forderungen für die Durchsetzung des Einspruchsrechts in allen Studien- und Prüfungsangelegenheiten aufgestellt; ebenso das niedersächsische Fachschaftentreffen im Dezember. Am 13.1. findet ein zweites Fachschaftentreffen statt, um den Zusammenschluß gegen Regierung und Professorenreaktion landesweit zu festigen.

z.brp. **Zum „Deutschen des Jahres" wählte Springers „Welt" den „unbekannten Polizisten" mit 28 Stimmen Vorsprung vor dem Wehrdienstverweigerer Nico Hübner aus der DDR.** Ein gutes Paar – der Unterdrücker und der Verfechter von Menschenrechten. Nico Hübner als steter Vorwand für die westdeutschen Bourgeois, die Souveränität der DDR anzugreifen und unverhohlen Ansprüche auf die DDR anzumelden, der „unbekannte Polizist", der für „Recht und Ordnung" der Herrschenden den Knüppel schwingen lassen muß. Aggression nach außen, Unterdrückung nach innen. Moral bei „Welt": „Wer sich opferbereit gegen die Gewalt stellt, steht hoch im Ansehen der Bürger." Nur mit Beschwören wird die Moral der Polizeitruppe nicht gefestigt. Jeder Einsatz gegen Kämpfe der Volksmassen hat zersetzende Wirkung, gerade bei den unteren Dienstrangen. – Der Bundestag hat am 13. Dezember 1978 einstimmig eine Stellenzulage von 225 DM für 12925 Polizeihauptmeister beschlossen. Diese Prämie erhalten sie, wenn sie Aufgaben wahrnehmen, „die sich hinsichtlich der Verantwortung und des Schwierigkeitsgrades von den Funktionen der anderen Hauptmeister abheben".

z.fum. **Die Erweiterung der Kontrolle des Energieverbrauchs hat die Landesregierung Hessen mit Erlaß vom 5.12. bekanntgegeben.** Gestützt auf das Energieeinsparungsgesetz (EnEG) von 1973 wurde vorher schon eine Vielzahl von „Bautechnischen Richtlinien zur Einsparung von Energie bei Bauten des Landes" verordnet. Dort wird bemerkt, daß „ein wesentlicher Schlüssel für die Senkung des Energiebedarfs in der Reduzierung der quantitativen und qualitativen Anforderungen der Nutznießer liegt". Auf dieser Linie wird dann festgelegt, daß die Brauchwassertemperatur auf höchstens 60 Grad zu beschränken ist, die Raumtemperatur (in den ständig benutzten Räumen) 20 Grad nicht überschreiten darf. „Ständiges Lüften durch Fenster verursacht unnötige Wärmeverluste. Die Fenster sind erforderlichenfalls nur kurz zu öffnen und danach geschlossen zu halten." Außerhalb der Benutzungszeiten sind die Raumtemperaturen „stärker als üblich" zu senken.

Der Streik trifft die Stahl-Vorwärtsstrategen

Klöckner-Arbeiter bereiten Streik vor

r.ped. „Wir haben die Talfahrt gestoppt, ein leichter Aufwärtstrend ist festzustellen, der Verlust des letzten Geschäftsjahres 1977/78 (30.9.) liegt unter dem des Vorjahres. Aber wir haben noch manche Klippe zu umschiffen. Doch die Weichen für den Weg aus der Krise sind bei uns gestellt." So Gienow, Vorstandsvorsitzender der Klöckner Werke AG im „Handelsblatt" vom 20.12.. Welche Weichen sind gestellt? Roheisen plus 8%, Rohstahl plus 11,2%, Profilstahl plus 5,3%, Flachstahl plus 11,1%, Drahterzeugnisse plus 2,8%, Ausrüstungen plus 3,6% – so lauten die Produktionsergebnisse.

Den ganzen Umfang des darin verborgenen Mehr an Schinderei und Hetze der Arbeiter kann man an der um 5,8% gesunkenen Belegschaftsstärke der Klöckner Werke auf 18711 ansehen. Seit 1970 haben die Klöckner Werke eine Roh- und Walzstahlkapazität von 4 Millionen Jahrestonnen still gelegt und durch neue, vor allem im Flach- und Edelstahlbereich, ersetzt.

„Unsere fortschrittlichen Stahltechnologien machen uns zu einem der technisch modernsten Unternehmen in Europa", schmeißt sich Gienow in die Brust. Dort steckt das ganze Gerede von den *Verlusten*: Obgleich diese „großen Aufwendungen das Klöcknr Ergebnis belastet hätten, würde sich Modernität und Struktur künftig in besseren Ergebnissen auszahlen". Und damit keiner auf den Gedanken kommt, die im vierten Jahr ohne Ausschüttung dahin siechenden Aktionäre hätten so wenigstens für das kommende Jahr einen Platz an der Tränke gebucht, läßt Gienow die wahren Wehrwolf Absichten gleich raus: in dem Bestreben, die Mittel für die Finanzierung „einer geplanten Vorwärtsstrategie" zu gewinnen. Gegenwärtig läßt der Vorwärtsstratege gerade in Ekuador nach geeigneten Minen sondieren. Daß sie durch Rationalisierungen die Aussaugung der Stahlarbeiter erheblich erhöht und dazu Arbeiter entlassen haben können, macht sie zukunftstrunken. „Wir legen Profilstraßen in Hasse und Troisdorf still, wir legen die gesamte Metallurgie in Georgsmarienhütte still und ersetzen sie durch ein KSE-Stahlwerk." Gegenüber herkömmlichen Stahlwerken, aber auch den Ministahlwerken, hätte dies eigene Verfahren bei sonst gleichen Vorzügen den, den Energieverbrauch um 40% zu senken – „ein ganz großer Fortschritt".

Ob sich die Arbeiter ein weiteres Mal Mehrarbeit für die einen, Entlassungen für die anderen bieten lassen? Das Gegenteil wäre für sie *ein ganz großer Fortschritt*, und so wie es aussieht, organisieren sich die Belegschaften: Am 3. Januar tritt Klöckner Bremen mit 6700 Mann in den Streik. Arbeiter und Vertrauenskörper der Bremer Hütte hatten ihre Streikeinbeziehung von Anfang an gefordert. Die Unvernunft der IGM-Führung hat diese Kraft bisher nicht zur Geltung kommen lassen, gar andersherum den Klöcknerkapitalisten dicke Schnitte ermöglicht: Feinblech, warm- und kaltgewalzt noch und nöcher für Daimler Benz, VW, Ford, Opel und BMW haben sie wie wild versucht produzieren zu lassen.

Eine Lieferung war ursprünglich für die Sowjetunion gewalzt worden. Sie wurde geändert und zu Daimler Benz geschafft. Vor Verkündung der Streikausweitung durch die IGM hieß es gar, der Hochofen II solle zusätzlich angeblasen werden. Nach Verkündung der Streikausweitung lief das Telefon in den kaufmännischen Abteilungen der Hütte heiß – jeder Abnehmer wollte seinen Auftrag noch unbedingt vor Streikbeginn geliefert bekommen.

Aber wie denn, wo der Gienow doch nichts außer seine Hosenhinterteile walzen kann und die Arbeiter ganz gegensätzliche Interessen haben.

Auf Ablehnung stieß hingegen die Anweisung der zentralen Streikleitung, daß die 800 Angestellten in der Hauptverwaltung nicht in den Streik einbezogen werden sollen. „Weil es überall so gehandhabt werde", wollte das anwesende Ortsverwaltungsmitglied weis machen. „Spaltung ist das", entgegneten ihm die Vertrauensleute und wandten sich in einem Telegramm an die zentrale Streikleitung gegen diese Ausnahmeregelung und für die Einbeziehung der gesamten Hütte in den Streik. Recht haben sie. Noch immer streikt nicht die gesamte Stahlindustrie, kochen die Kapitalisten nur auf kleiner Flamme und können sich solch tollbrünstige Ausführungen über „Vorwärts" und „Weichen stellen" leisten wie obiger Gienow. Zäh halten die Arbeiter an ihren Interessen und Forderungen fest. Wird jetzt der Streik organisiert und entschieden angepackt, ist die Lage für das drohend angekündigte Rationalisierungs- und Entlassungsprogramm der Klöcknerkapitalisten auch schon ganz anders.

Öffentlicher Dienst: Schon ein Schlichter im Gespräch

z.anl. „Die Regierung fürchtet harte Verhandlungen", schrieb „Bild" am 22.12. Das soll der Grund dafür sein, daß sie sich, noch bevor die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst die Forderungen für die Lohnbewegung beschlossen haben, nach einem Schlichter umsieht. Tatsächlich fürchtet sie den Streik und das gemeinsame Vorgehen der Lohnabhängigen in den öffentlichen Diensten. – Was Höcherl auf die Frage „Sind Sie bereit, notfalls zu schlichten?" geantwortet hat, berichtet „Bild" nicht. Darauf kam es dem Blatt auch nicht an, sondern auf die Tatsache, daß Höcherl gefragt wurde, um an die „Solidarität der Demokraten", an die Einheit der Bourgeoisie und die Dienstherren aller Ebenen zu appellieren, die Reihen gegen die Kämpfe der Lohnabhängigen zu schließen. Höcherl ist Mitglied der CSU und war Landwirtschaftsminister in der Regierung der Großen Koalition. Er hat als Vorsitzender des Untersuchungsausschusses, der herausfinden sollte, wie es kam, daß Schleyer so unverhofft seine Erben beglückte und warum sie so lange auf Gewißheit warten mußten, dazu beigetragen, die Ausbeuter im Inneren sicherer zu machen. Der fette Höcherl soll beruhigend auf die Nerven der Bourgeoisie wirken. Ihre Dienstherren und Spitzenbeamten werden ihr Fett schon kriegen.

Irland: Steuersenkungen für die Kapitalisten

Streikbewegung kann den EG-Imperialisten das EWS-Konzept verderben

z.mat.Liverpool. Die irische Regierung hat mitgeteilt, daß der Steuernachlaß an Kapitalisten für Exportprodukte, der urspünglich bis 1990 gewährt werden sollte, bis 1981 durch eine allgemeine Senkung der Gesellschaftssteuern von 45% auf 10% abgelöst werden soll. Damit hat Irland dem Druck seiner neuen EWS-„Partner" nachgegeben, die sich nach seinem Beitritt zum Währungsverbund sehr für den irischen Binnenmarkt interessieren. Industrieminister O'Malley erklärte dazu, Irland sei sehr zufrieden, daß es dieses neue Verfahren angenommen habe, denn wegen des Auslaufens des alten Verfahrens bis 1990 hätten die ausländischen Investoren es nicht mehr so interessant gefunden.

Die britischen Imperialisten, die Irland als ihr angestammtes Herrschaftsgebiet betrachten, haben den Hauptgegner auch schon ausgemacht. „Man könnte sich denken, daß sich Irland jetzt, wo es die weichen deutschen Kredite ebenso bekommen wird wie die unregulierten britischen, die beste aller Welten eingerichtet hat", schreibt die Financial Times am 21.12. Dem sei aber nicht so und schon gar nicht für Britannien, heißt es weiter, denn die Kreditmenge sei nach den Vorschriften des EWS beschränkt. „Die irischen Behörden werden also weniger borgen und mehr von dieser geringeren Summe aus Deutschland und den verschiedenen EG-Quellen."

Der kräftige Druck der BRD-Imperialisten durch Kreditzusagen an Irland bereitet den britischen Imperialisten deutliche Sorgen. Bisher war das englische Pfund Zahlungsmittel in Britannien und Irland. Irlands Zahlungsbilanz wurde nicht getrennt geführt, sondern verschwand in der Bilanz des Pfundes. War die irische Bilanz negativ, dann boten sich der britischen Regierung damit Möglichkeiten zur Verstärkung der Einmischung, die den Konkurrenten vdrsagt blieben. Nach Irlands Eintritt in das EWS wird das Land eine eigene Zahlungsbilanz veröffentlichen. Man kann gewiß sein, daß die Bundesbank ungeduldig auf die erste negative Bilanz wartet, um dieses Druckinstrument endlich selbst in die Hand zu bekommen.

Die Imperialisten haben Irland immer als Quell billiger Arbeitskraft genutzt. Über ein Viertel der 45000 in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter sind mit der Montage elektrischer Geräte beschäftigt. Wenn das ausländische Kapital jetzt den Binnenmarkt erobern will, ist die Voraussetzung dazu die Ruinierung weiterer Bauernmassen, um die nötigen Lohnarbeiter zu schaffen. Fast ein Viertel aller Erwerbstätigen ist in der Landwirtschaft, Fischerei und Forstwirtschaft tätig (in der BRD sind es 7%). Mit dem Weißbuch über die Zukunft der Wirtschaft, das im Januar erscheinen soll, will die irische Regierung den EG-Imperialisten erläutern, wie sie das Bauernlegen beschleunigen will. Subventionen für Kleinbauern sollen wegfallen, die Anrechnung der Grundstücksabgaben auf die Steuern soll abgeschafft werden.

Bei derart wachsenden Ausbeutungsabsichten will die britische Bourgeoisie ihren historisch errungenen Vorsprung natürlich nicht aufgeben. Nach einigem Zögern hat sie bekanntgegeben, daß sie zwischen dem irischen Punt und dem englischen Pfund keine Devisenkontrollen einführen will, um den Kapitalfluß in die ehemalige Kolonie nicht zu erschweren. Nicht zuletzt trug zu dieser Entscheidung die Furcht vor einer Ausweitung des irischen Befreiungskampfes bei. Denn die Einführung von Devisenkontrollen an der Grenze zur Republik Irland, die täglich von Tausenden beim Einkauf, Verwandtenbesuch oder Arbeitsweg überquert wird, hätte unweigerlich neue Aktionen zur Folge. Ohnehin geraten die britischen Besatzer unter wachsenden Druck. Drei Soldaten wurden während des Weihnachtseinkaufes in einer belebten Straße erschossen, ohne daß die Polizei jemanden hätte festnehmen können. In England sieht sich Nordirland-Minister Mason mit Demonstrationen gegen die Anwesenheit britischer Truppen in Irland konfrontiert.

Das Weißbuch der Regierung kündigt Gespräche mit den Gewerkschaften über ein „umfassendes Paket" an. Es soll zukünftige Lohnerhöhungen, Lohnsteuern, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Sozialabgaben umfassen und dazu dienen, die Arbeiterklasse auf das Konzept der erhöhten Ausbeutung festzulegen. Die Arbeiter werden ihr das Konzept gründlich verderben. Bei Shell haben die Angestellten und Fahrer neun Wochen gestreikt, um eine Nachzahlung von 3000 DM für 18 Monate bis Dezember 1978 zu erkämpfen. Auf dem Flughafen Dublin gab es im Dezember zwei Streiks des Bodenpersonals, an denen sich bis zu 1000 beteiligen. 2200 Busfahrer streiken ab dem 2. Januar für eine Erhöhung des Wochenlohns von 53 auf 70 Pfund. 3500 Telefonistinnen haben Anfang Dezember Kurzstreiks durchgeführt, um die Lohnangleichung an ihre Kollegen zu erreichen, und wollen am 9. Januar in den unbefristeten Streik treten.



Demonstration in Nordirland

Seeleute für 240 DM Festgeld
Verhandlungen geplatzt

z.uwh. Nach drei Verhandlungsrunden hat die ÖTV-Abteilung am 22.12.78 die Verhandlungen mit dem Verband Deutscher Reeder (VDR) für gescheitert erklärt. „1978 ist für die deutsche Handelsflotte das schlechteste Schifffahrtsjahr dieses Jahrzehnts", erklärt John Henry de la Trobe, Vorstandsvorsitzender und Verhandlungsführer des VDR. Zu hohe Lohnkosten und Dollarverfall seien Schuld an den Ertragsausfällen. Dabei wurde im letzten Jahr die Durchschnittsheuer durch Streichung von Zulagen und einen Lohnraubabschluß um 200 DM gesenkt. Schon 1976 aber lagen die BRD-Reeder mit an der Spitze der niedrigsten Besatzungsquoten (z.B. zwölf Mann für große Seeschiffe). Zahlreiche Streiks haben die Seeleute das ganze Jahr über international erfolgreich gegen die Lohn- und Arbeitsbedingungen auf den „Billigflagge"-Schiffen geführt. Die Bedingungen für einen erfolgreichen Kampf der Seeleute für ihre Forderungen von 240 DM sind gut. Anfang Februar läuft die Friedenspflicht aus. Die westdeutschen Seeleute können den internationalen Zusammenschluß der Seeleute und ihre Aktionen in der International Transport Workers Federation am besten unterstützen durch die Erkämpfung eines ausreichenden Lohnniveaus.

LKW-Fahrer beraten Kampfmaßnahmen

z.wel. In Westberlin fand auf Einladung der ÖTV eine Veranstaltung zu den allgemeinen Arbeitsbedingungen der Fahrer im Güterfernverkehr statt. Nach einem Bericht über den Stand der ÖTV-Werbeaktion im Bereich des Güterfernverkehrs trugen die Kollegen ihre Erfahrungen und Anliegen vor. Berichtet wurde vom ständig steigenden Zwang zur Übertretung der Arbeitszeitordnung: Überziehung der Schicht, der Lenkzeit, Unmöglichmachen der Einhaltung der Ruhezeiten durch die Speditionskapitalisten ist ebenso die Regel wie der rasante Anstieg der Verwarnungen und Bußgelder durch die Gewerbeaufsicht. In den seltensten Fällen werden die Kapitalisten selbst durch die kontrollführenden Behörden (Bundesanstalt für den Güterfernverkehr, Landesamt für Arbeitsschutz und technische Sicherheit) zur Rechenschaft gezogen. Besonders empörend war nach dem Bericht eines Kollegen ein Urteil eines Arbeitsgerichtes, das die Kündigung eines LKW-Fahrers für rechtens erklärte, der sich geweigert hatte, seine Schichtzeiten zu überschreiten. Die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen sei kein Grund für eine Arbeitsverweigerung. Die ca. 70 anwesenden Kollegen forderten: Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit der ÖTV. Angenommen wurde der Vorschlag einer fünfstündigen Blockade der Grenzübergänge als erste Kampfmaßnahme in der nächsten Zeit begrüßt.

Mit dem Erlass vom 5.12.78 wird die staatliche Hochbauverwaltung angewiesen, über Heizungstagebücher und Jahresberichte die Einhaltung der Vorschriften zu überwachen und weitere Sparmaßnahmen auszuhecken.

z.bel. **Einen Zentner Kartoffeln, 15 Würste, Baldrian und Verbandsmaterial, Dauerwaren für 30 Tage sollen die Massen für den „Ernstfall" einlagern, „zivildienstmäßige Ausbildung" der ganzen Bevölkerung sei nötig.** Diese Überlegungen knüpfen der Braunschweiger Dezernent für Krankenhauswesen, Feuerwehr und Zivilschutz, Behrens, und der Leiter des städtischen Zivilschutzamtes, Lock, an die „Eisregennacht" vom 9.12.1978. Die „Braunschweiger Zeitung" ließ gleich noch die Bunkerplätze zählen (1055 für 300000 Einwohner). – Zwangsläufig mußten die Schwestern in den Krankenhäusern 16-Stundenschichten und mehr machen, wollten sie nicht die Patienten ganz ohne Versorgung lassen. Viele mußten in Krankenbetten oder im Keller übernachten. „Unsere Kräfte haben gestanden", gierten sie auf solche Art „freiwilligen" Einsatz für die Vorbereitung ihrer Kriegsabenteuer. Von denen, die ihren Dienst nicht antreten konnten, hat die Pflegedienstleitung verlangt, jede ausgefallene Minute nachzuarbeiten. Dagegen hat der Personalrat die Anrechnung der Fehlzeiten als Arbeitszeit gefordert, die vollständige Bezahlung aller Überstunden mußte der Dienstherr schon zugestehen.

z.reb. **Seit einem halben Jahr verhandelt die HBV mit den Einzelhandelskapitalisten um Rationalisierungsschutzmaßnahmen, Absicherung der Jahressonderzahlungen und neue Gehaltsgruppenpläne.** Die HBV fordert u.a. als „Schutz" bei Rationalisierungen die Pflicht zur Information des Betriebsrates und Abfindungen sowie die Ersetzung der bisher bestehenden 4 Lohngruppen für Arbeiter und 5 für Angestellte durch einen Achtgruppenplan, der eine Einstufung nach Punkten für geistige und körperliche Leistung, Grad der Verantwortung usw. vorsieht. Lange legten die Kapitalisten kein Abgebot vor. Jetzt haben sie Lunte gerochen. Sie stürzten sich auf den 8-Gruppen-Vorschlag der HBV und legten Tätigkeitsmerkmale vor, die für die Masse der Beschäftigten Abgruppierung bedeuten. Nicht Aufsplitterung der Lohngruppen, sondern Festgelderhöhung für alle gleich kann den Angriffen der Kapitalisten auf den Lohn und damit die verschärfte Rationalisierung zurückweisen. Die HBV hat das Angebot der Kapitalisten bereits ablehnen müssen.

z.mak. **„Ich weiß, ich rauch zuviel, trink zuviel".** Unter diesem Motto, die Volksmassen über mögliche Gesundheitsschäden, die sich aus deren „satten" Lebensgewohnheiten und zu wenig Bewegung ergeben sollen, hat die Allgemeine Ortskrankenkasse (AOK) in Südostniedersachsen seit einiger Zeit einen „Gesundheitsbus" auf Propagandafahrt geschickt. In Hann. Münden wurde diese Aktion abgeschlossen. Insgesamt haben in vier Tagen 5338 an dieser Aktion teilgenommen. Auf der Computerwaage haben sich 1042 wiegen lassen. Man kann diese Zahl und deren Ergebnisse schon als repräsentativ, auch für andere Städte ansehen. Von diesen 1042 hatten 86 Normalgewicht, 604 Untergewicht und 325 Übergewicht von 4 bis 16 Kilo. Statt „satten" Lebensgewohnheiten der Volksmassen wurde bei über 50% Untergewicht festgestellt. Um diesen Reinfall wieder auszugleichen, wurde behauptet, der Computer wäre nicht in der Lage, nach Alter zu differenzieren, so daß Jugendliche und Kinder die Gewichtstabelle (Untergewicht) beeinflußt haben. Zu diesen Lügen kommt als Krönung noch die Verhöhnung der Volksmassen, die sich mit immer minderwertigeren Lebensmitteln versorgen müssen.

Unterstützung des gerechten Krieges gegen das rhodesische Kolonialregime bis zum endgültigen Sieg



Musiktage der Soldaten- und Reservistenkomitees in München, Mainz und Westberlin



Eröffnungsveranstaltung der Musiktage der Soldaten- und Reservistenkomitees im Hofbräuhaus in München am 27.12.78: ,,Die beiden imperialistischen Supermächte sind die Hauptkriegstreiber. Einheitsfront mit den unterdrückten Völkern im Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus" mit 170 Teilnehmern. Aufgeführt wurden Lieder der Arbeiterbewegung in Europa und in den USA. Ergebnis der Sammlung für die ZANU an diesem Abend: 800 DM. An der Demonstration durch die Münchner Innenstadt mit Abschlußkundgebung am Stachus am 30.12. nahmen 200 Menschen teil.



Gemeinsamer Aufmarsch der Musikzüge der Soldaten- und Reservistenkomitees der Region Mitte. Von Donnerstag bis Samstag, 10.00 bis 12.45 Uhr führten die 260 Teilnehmer Propagandaaktionen in der Mainzer Innenstadt durch und unterstützten dabei die Kandidatur des KBW zu den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz.



In Westberlin werden die Musiktage mit einer Demonstration quer über den Kurfürstendamm abgeschlossen, an der sich 1300 beteiligen. – Die reichlich angefahrene Polizei kann, wie man sieht, nicht richtig feststellen, wo vorne und hinten ist. – Die Straßensammlungen während der Musiktage erbringen etwa 12000 DM Hartgeld für die Druckausrüstung der ZANU.

Spendet für die Druckausrüstung der ZANU!

Stahl: Der Erfolg rückt näher; irgendeinen Schlichtungsdreck muß man nicht schlucken

z.jük. Die IG Metall hat immer noch nicht den Streik in der ganzen Stahlbranche ausgerufen. Das ist, wie mit Gewalt die Niederlage suchen. Sicher, die Einbeziehung von Krupp, Bochum, Thyssen, Krefeld und Klöckner, Bremen ist bedeutend. Erhebliche Stahlteile für die Automobilindustrie können nicht mehr geliefert werden, wenn diese Betriebe in den Streik treten. Doch nebenstehende Aufstellung beweist, daß immer noch verschiedene Ausweichmöglichkeiten für die Stahlbarone im Tarifgebiet vorhanden sind. Dazu kommen dann die Lagerbestände der Automobilkonzerne, die gegenwärtig wie wild versuchen zu horten, was sie können. Und, verschiedene Stahlwerke sind überhaupt nicht in den Streik einbezogen, wie die Werke im Saarland und die Maxhütte, Bayern. Das macht schon was aus. Unlängst ist von einer Mannesmann-Streikversammlung eine Resolution an den Vertrauensleutekörper Neunkirchener Eisenwerke gerichtet worden, in der dieser aufgefordert wird, keinerlei Streikbrucharbeiten im Werk durchzuführen: ,,. . . Unser Streik beginnt den Stahlbossen wehzutun. Durch die heute beschlossene Ausweitung wird es zu Produktionseinbußen kommen. Das ist die wichtigste Voraussetzung, um Zugeständnisse zu erzwingen. Die Stahlherren versuchen verstärkt durch Streikbrucharbeiten, unserem Kampf die Spitze zu nehmen, deshalb lassen sie bei euch in Neunkirchen Vormaterial walzen für die Mannesmann-Werke Düsseldorf-Lierenwerke und Düsseldorf-Rath. In diesen Tagen sollen 190er und 150er Vormaterial eure Werke verlassen und bei uns gefertigt

Die Kraft des Streiks ist ungebrochen, die bisherige Streiktaktik der IGM hat nicht dazu geführt, daß es Kapitalisten und bürgerlichem Staat gelingen konnte, Spaltung in die Streikfront zu treiben. Und die Streikfront kann auch den weiteren hinhaltenden Unverstand der IG-Metallführung überstehen. Und es gibt noch die Urabstimmung. Sie bedeutet Sicherung. Die Tarifkommission hat das bei der ersten Farthmannschen Schlichtung nicht vergessen. Das war gut. Mittlerweile gibt es verschiedene Erklärungen, die deutlich machen, daß die Kapitalisten und Farthmann nicht wieder mit so einem faulen Kompromiß kommen brauchen. Die Kapitalisten sind ,,entsetzt". In der Metallverarbeitenden Industrie herrscht ab Anfang Januar tarifloser Zustand. Thiele von Gesamtmetall ,,appelliert" schon an die Gewerkschaften: ,,Nicht wie in der Stahlindustrie durch falsche Parolen und irreale Versprechungen Erwartungen zu erzeugen, die unerfüllbar sind". Sie werden sich umschauen. Legen sie nicht ein Angebot vor, dann wird die Beharrlichkeit der Stahlarbeiter ein gutes Beispiel sein für die Metallindustrie. Sie ist jetzt schon eine große Ermutigung. Die Stahlbarone verlieren Profite. Und die internationale Konkurrenz lauert. Das können die Arbeiter durchaus ausnutzen. Für ihre Expansionspolitik haben die Stahlmonopole die Ausbeutung Tag für Tag verschärft, rationalisiert und Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit ausgedehnt. Damit haben sich die Stahlmonopole gegenüber ihren internationalen Konkurrenten einen Vorsprung in der Ausbeutung der Arbeiter gesichert, die auch ihre Stellung auf dem Weltmarkt verbessert hat.

Jeder Tag Streik behindert ihre Expansionsabsichten und setzt der Ausbeutung Schranken. Man kann ein Ergebnis rasch erzielen. Falsch wäre es, nachzulassen in der Mobilisierung für den Streik. Die Werke, die jetzt in den Streik gehen sollen, sind schon ein Schlag für die Stahlmonopole, aber sie reichen nicht aus. 5% gleich 120 DM, 35-Stunden an 5 Werktagen.



Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Eilnachricht 29.12.1978

Klöckner Bremen! Krupp Bochum! Thyssen Krefeld! Kapitalisten ,,entsetzt" / 5% = 120 DM!

Urabstimmung / Kundgebung / Streik



Solidarität und zähes Stehvermögen

Bürgerliche Frechheit und Heuchelei



Solidarität bis zum Erfolg



Frankreich: Die französischen Stahlmonopole haben bekanntgegeben, daß 27 105 Stahlarbeiter entlassen werden sollen. Sofort sind dagegen Kampfmaßnahmen durchgeführt worden. Die Zentrale eines Konzerns wurde von 10 000 besetzt. Demonstrationen mit 20 000 und 35 000 Teilnehmern fanden statt. Die Stahlarbeiter von Longwy blockieren seit dem 26.12. sämtliche Zugänge der Stadt einschließlich der Straßen nach Luxemburg und Belgien. Sie haben eine eigene Radiostation eingerichtet, die die Forderungen nach Rücknahme aller Entlassungsankündigungen und nach der 35-Stundenwoche verbreitet.

Lange Wochen hat die IG Metall den Kapitalisten Zeit gewährt zum ,,Einlenken". Die Kapitalisten haben selbstverständlich versucht, sich einzudecken. Aber: Das ging nicht! Die Stahlarbeiter hier machten nicht mit und im Ausland hat der Streik hier die Kampfkraft dort gestärkt, man sehe nur Frankreich. – Jetzt, wo der von der SPD gestellte Schlichter verbraucht ist, fahren die Kapitalisten ihre Richter auf: Sie wollen sich gerichtlich bescheinigen lassen, daß sie keine Lohngelder zahlen brauchen, wenn sie ,,Zulieferschwierigkeiten" haben. Dem Dortmunder Gericht war das zu heiß, aber die Kapitalisten haben ja Berufungsinstanzen. Sie wollen ein verrücktes Pokerspiel: Die Kapitalisten wollen die Arbeiterbewegung in der metallverarbeitenden Industrie durch eine gerichtlich sanktionierte Angriffsaussperrung überfahren, indem sie nicht zahlen, bloß weil sie wegen der Sturheit der Stahlkapitalisten kein Blech und keinen Stahl und nichts dergleichen haben. In ihrer Gier nach Profiten sind die Kapitalisten ganz verrückt. Wie können sie glauben, daß die Arbeiterbewegung in unserem Lande das schluckt? In den Tarifbezirken der IG Metall ist jetzt tarifloser Zustand. Die Forderungen stehen. In vielen Tarifbezirken stehen Mindestforderungen. Es wird *nicht* lange dauern und *entweder* legen die metallverarbeitenden Kapitalisten Angebote vor, die der Abstimmung wert sind, oder sie werden sich umschauen. – Die IG Metall hat immer noch nicht den Streik der ganzen Stahlbranche ausgerufen. Das ist wie mit Gewalt die Niederlage suchen. Aber: Haben die Belegschaften der Stahlwerke einmütig, Arbeiter und Angestellte, Männer und Frauen, die bisherige Streiktaktik überstanden – und das haben sie *glänzend*, so werden sie auch den weiteren hinhaltenden Unverstand von der IG-Metallführung überstehen und ihr Streik, der so vorbildlich durchgeführt, wird ein Erfolg für die ganze Arbeiterbewegung.

Spendet für die Druckausrüstung der ZANU!



31.12.78 Theateraufführung: ,,Panzerzug 14-69"

Dortmund: Gaststätte Stimmgabel, 20.00 Uhr / *Essen:* Wattenscheid, Gaststätte Hölscher, 19.00 Uhr / *Duisburg:* Kettelerheim, 20.00 Uhr / *Düsseldorf:* Gaststätte Fledermaus, 20.00 Uhr / *Wuppertal:* Wuppertal-Elberfeld, Gaststätte Georgseck, 20.00 Uhr / *Kassel:* Nieder-Vellmar, Kulturhalle, 20.00 Uhr / *Gießen:* Dutenhofen, Gaststätte Gambrinus, 19.00 Uhr / *Frankfurt:* Haus Sindlingen, 19.30 Uhr / *Mainz:* Nackenheim, Winzer Haus, 20.00 Uhr / *Köln:* Bonn-Endenich, Gaststätte Harmonia, 20.00 Uhr / *Aachen:* Gaststätte Zum Schwan, 20.00 Uhr / *Koblenz:* Neuwied, Bürgerhaus, 16.00 Uhr / *Trier:* Zum Goldenen Stiefel, 20.00 Uhr / *Saarbrücken:* Neunkirchen, Gaststätte Krämer, 19.30 Uhr / *anschließend:*

Demonstration: Unterstützung des gerechten Krieges gegen das rhodesische Kolonialregime bis zum vollständigen Sieg!

Friedrich Krupp Hüttenwerke Bochum AG (100% Tochter der Friedrich Krupp AG Essen)

Bereiche in Bochum: FKH: 7415 Beschäftigte; FKS: 1800 Beschäftigte (FKS hat rechtlich keine Arbeiter, sondern leiht sie sich von FKH, bei der alle angestellt sind), beide im Streik ab 3.1.79.

Werk Rheinhausen: 10527 Beschäftigte, hauptsächlich Roheisenproduktion und Profilwalzwerk

Werk Hohenlimburg: 964 Beschäftigte, seit Streikbeginn ausgesperrt; Verwaltung: 1873 Beschäftigte, über alle Werksteile verteilt

Untergruppe SSW: Werksgruppe Siegen, Niederschelden, Geisweid (Schwerpunkt Edelstahl); Werksgruppe Hagen (ausgesperrt), Vorhalle, Wehringhausen

Werksgruppe Düsseldorf (im Streik von Anfang an), Dillenburg, Brüninghaus GmbH (2436 Beschäftigte)

Friedrich Krupp Werkseinheit Werdohl (ausgesperrt) (dort wird wohl in erster Linie für die Baufertigung produziert)

FKH Bochum. Schmiedebereich.

Produktion pro Monat ca. 5000 t. Hauptabnehmer: Deutsche Bundesbahn und andere Eisenbahngesellschaften. Exportanteil ca. 50%. Produziert werden: Schienen, Räder, Weichen etc. Diese gehen entweder direkt an die Bundesbahn oder als Vormaterial für Krupp Industrie und Stahlbau (Lokomotiven, Waggons) nach Essen und Rheinhausen.

Zweiter Schwerpunkt: Gesenkschmiede zur Produktion von Achsen, Motor und Kurbelwellengehäuse für Motoren, insbesondere auch Automobilproduktion. Hauptabnehmer VW, Mercedes Benz und andere Automobilfirmen.

Dritter Schwerpunkt: Freiformschmiede. Produktion von Kurbelwellen und geschmiedeten Teilen in großem Ausmaß für Schiffbau, Großturbinen etc. Dieser Bereich hat faktisch seit drei Jahren Kurzarbeit. Hauptabnehmer: Hersteller von solchen Motoren und Großturbinen. Unserer Vermutung nach MAN, Babcock, GHH, KWU, AEG.

Die Produktion in diesen Bereichen kann in Westdeutschland noch gemacht werden in: Gerlach Schmiedewerke im Saarland, evtl. kleinere Aufträge im Schmiedewerk Christine (Freiformschmiede, der Freiformschmiede Wehringhausen und Gesenkschmiede Brüninghausen). Von der Kapazität her kann eigentlich nur Gerlach größere Aufträge übernehmen, die anderen Schmiedebereiche sind alle ziemlich klein.

Friedrich Krupp Hüttenwerk, Stahl- und Walzbereich:

Vorlieferant sind die FKH Werke in Rheinhausen, wo das Eisen geschmolzen wird. Es ist damit zu rechnen, daß es hier ziemlich schnell kracht, weil die Hochöfen in Rheinhausen direkte Auftragsproduktion von Bochum machen, z.T. das Eisen in flüssigem Zustand nach Bochum transportiert wird. In Bochum selbst gibt es 4 SM-Öfen, mindestens einen AOD-Konverter, 2 Elektroöfen. Gewalzt wird: Profile, Breitband, Elektroband, Nirosta-Stähle. Bei den Profilen gibt es einen Großauftrag aus dem Iran, der wahrscheinlich sowohl in Bochum wie in Rheinhausen produziert wird.

Die Nirosta-Erzeugnisse gehen in erster Linie an die Elektrogeräte- und Küchenindustrie: Küppersbusch in Gelsenkirchen und andere AEG- und Siemens-Firmen.

Die weiteren Flachstahlerzeugnisse gehen in ihrer Masse an die Automobilindustrie: VW ist einer der größten Abnehmer, aber auch Mercedes und andere Automobilproduzenten. Der Anteil der Flachstahlerzeugung an der gesamten Produktion ist 57%. Aufschlüsselungen der Umsatzanteile sind uns nicht bekannt.

Hauptkonkurrenten für Stahlerzeugung und Walzbereiche: Innerhalb des Konzerns kann Nirosta-Produktion über die Bereiche der SSW gemacht werden. Bei den Profilerzeugnissen in Rheinhausen. Flachstahlproduktion kann wahrscheinlich in Rheinhausen und bei SSW in begrenztem Umfang gemacht werden. Das kommt auf die Abmessungen der Walzgerüste an.

Drahtproduktion geht an die Vereinigten Drahtwerke in Hamm (früher Krupp-Beteiligung, heute Klöckner).

Thyssen Edelstahlwerke Krefeld

7300 Beschäftigte, davon 5500 organisiert. Niedriger Organisationsgrad für die Stahlindustrie, zurückzuführen auf den großen Anteil von Angestellten in der Hauptverwaltung.

Im Vierteljahresbericht werden als Abnehmer ausdrücklich aufgeführt Fahrzeugbau und Elektroindustrie. Sicher ist, daß für die Ford-Werke produziert wird. Auslieferungslager bestehen in Stuttgart, vermutlich für Mercedes Benz und Bosch, in Berlin und in München.

Produktionsanlagen sind: 2 75t-AOD-Konverter, die jetzt bis zum 8.1. für die Reparatur stillgelegt sind. 2 Elektroöfen, die eigene Stahlproduktion sichern sollten. Walzstraßen I und II, Drahtstraße V. Ein Kaltbandwalzwerk. Titanschmelze. Letztere ist die größte in Europa und liefert für die Flugzeugindustrie etc.

Auf der Drahtstraße ist in den letzten Wochen auch am Samstag und Sonntag gearbeitet worden.

Der andere Teil des Thyssen-Edelstahlbereichs: Werke in Witten und Bochum werden nicht bestreikt, auch keine Aussperrung. In Bochum TEW ist ein kleiner Betrieb, der Spezialstähle macht und evtl. die Titanproduktion übernehmen kann. Er geht auf jeden Fall im Januar auf drei Schichten und liefert für die Flugzeugindustrie und Prothesen für die Zahnärzte.

Klöckner Hütte Bremen

Wesentlich produziert wird Feinblech warm- und kaltgewalzt für die Automobilindustrie. Größter Abnehmer ist Daimler Benz, gefolgt von VW, Ford, Opel und BMW mit dem geringsten Anteil. Von einem Auftrag, der ursprünglich an die Sowjetunion gehen sollte, wissen wir, daß dieses Material geändert wurde und zu Daimler geschafft wurde. Das war etwa eine Woche nach Beginn des Streiks. Warmbreitband wird hauptsächlich an andere Kaltwalzwerke geliefert, darunter die Maxhütte mit 20000 bis 30000 t im Monat, wo es dann wiederum zu Autoblechen verarbeitet wird. VW erhält ebenfalls Warmbreitband und ist mit seinem Anteil an Feinblech der größte Abnehmer der Automobilindustrie für die Hütte Bremen. Den Rest erhält die Zulieferindustrie für Automobilbau. Grobblech warmgewalzt geht im wesentlichen an LKW-Hersteller und Kessel- und Behälterbau, dann Schiffbau und zum Teil Waggonbau. Mittelblech warm- und kaltgewalzt ebenfalls an LKW-Hersteller, Kessel- und Behälterbau, z.T. Waggonbau. Spaltband geht an die Röhrenherstellung.

Gewalztes Halbzeug (Rohbrammen) und Vorbrammen) geht an verschiedene Händler, ist aber kein wesentlicher Teil. Außerdem werden Lohnwalzungen von Edelstahl und Kohlenstoffstahl in Roh- bzw. Vorbrammen zu Warmbreitband für die S ahlwerke Südwestfalen gemacht. Tränenbleche sind äußerst selten, ebenfalls Eisenvitriol, Schlackensand, was Abfall ist.

Nach Bekanntgabe der Streikausweitung auf die Hütte Bremen am Mittwoch sind bei Klöckner die Telefone heißgelaufen, durch Anrufe von Kunden, die sämtliche Aufträge, die in den nächsten Wochen geliefert werden sollten, sofort haben wollen. Es wird jetzt alles, was an Aufträgen fertig ist, rausgeschafft.

Am Freitag hat eine Vertrauensleutevollversammlung stattgefunden, auf der die Organisierung des Streiks festgelegt wurde. Ofen IV soll während des Streiks weitergefahren werden bei 1/3 der normalen Produktion. Das Eisen wird granuliert. Die Begründung dafür ist, daß der Ofen zu altersschwach ist, um eine Stillegung auszuhalten.

Die Angestellten aus der Verwaltung sollen nicht mit in den Streik treten, laut Beschluß der zentralen Streikleitung. Der anwesende Vertreter der Ortsverwaltung und Bremer Streikleitung hat berichtet, daß das bei allen bestreikten Betrieben so ist. Die Empörung darüber ist ziemlich groß. Es wurde ein Telegramm an die zentrale Streikleitung beschlossen, die Angestellten in den Streik miteinzubeziehen, denn sonst würde das Spaltung bedeuten.

Streiks, Demonstrationen und Fabrikbesetzungen der französischen Stahlarbeiter



z.jon.Paris Noch während der Woche vom 11. bis 15. Dezember, in der die französischen Stahlmonopole ihre Pläne für Massenentlassungen und Betriebsstillegungen bekanntgaben, sind zahlreiche Belegschaften französischer Stahlwerke in den Streik getreten. Insgesamt sollen nach den bisherigen Ankündigungen 27105 Stahlarbeiter entlassen werden. Zahlreiche Stahlwerke in den lothringischen und nordfranzösischen Stahlrevieren sollen geschlossen werden, in den verbleibenden soll mit weniger Arbeitern die Produktion gesteigert werden.

Die Arbeiter des von Schließung bedrohten Werkes in Anzin traten am 12.12. in den Streik, am gleichen Tag fanden in Anzin und Valenciennes mehrstündige Demonstrationen von tausenden Arbeitern statt. Am 13.12. demonstrierten Arbeiter aus mehreren Stahlwerken im Raum Valenciennes in Paris vor dem Sitz des Vorstandes des neugebildeten Konzerns Usinor-Chiers-Chatillon gegen die geplanten 7000 Entlassungen in ihren Werken. Am 16.12. wurde die Verwaltungszentrale von Usinor in Trith-St. Léger nach einer Demonstration von 10000 Arbeitern aus Denain, Anzin und Trith besetzt. Die Besetzung wurde fast eine Woche aufrechterhalten. Der zentrale Computer des Monopols, der die Aufträge, Bestellungen und Abrechnungen für alle Werke einschließlich der modernen Anlagen in Fos am Mittelmeer und in Dünkirchen am Atlantik abwickelt, wurde von den Arbeitern stillgelegt. Die Angestellten schlossen sich dem Streik an. Am 19.12. wurde die nordlothringische Stadt Lonwy, wo nach der Schließung des Stahlwerkes fast ein Drittel aller Lohnabhängigen arbeitslos werden soll, von einem Generalstreik lahmgelegt, an dem sich von 35000 Beschäftigten 30000 beteiligten. An einer Demonstration gegen die Massenentlassungen nahmen 20000 teil. Am 22.12. fand eine ähnliche Aktion in Densin mit 35000 Demonstranten statt. Die Stahlarbeiter von Longwy blockieren seit dem 26.12. sämtliche Zugänge der Stadt einschließlich der Durchgangsstraßen zur belgischen und luxemburgischen Grenze. Sie haben eine eigene Radiostation eingerichtet, die die Forderungen der Stahlarbeiter nach Rücknahme aller Entlassungsankündigungen und nach der 35-Stundenwoche verbreitet. Auf einem Schlackenberg, der höchsten Erhebung in weitem Umkreis, haben sie ein weithin sichtbares „SOS" in Leuchtschrift aufgestellt, das die gesamte Arbeiterklasse zur Solidarität aufruft.

Trotz der enormen Kampfbereitschaft der französischen Stahlarbeiter und der Solidarität der Arbeiter aller Industrien ist es bisher zu keinen einheitlichen Aktionen gekommen, die die gesamte Stahlindustrie erfassen. Die Führung der Gewerkschaft CGT, die von der revisionistischen KPF beherrscht wird, und die sozialdemokratische CFDT-Führung sorgen dafür, daß die Streikaktionen und Demonstrationen nacheinander und getrennt voneinander ablaufen. In den nicht von Entlassungen betroffenen Werken wird gearbeitet, obwohl seit dem Sommer ohne Ergebnis über Lohnerhöhungen verhandelt wird. Die Gewerkschaftsführungen erheben zwar die Forderung nach der 35-Stundenwoche, aber gleichzeitig fordern sie die „5. Schicht", also die Erhaltung und Erweiterung des vollkontinuierlichen Schichtbetriebs. Nur eine einheitliche Aktion aller französischen Stahlarbeiter kann verhindern, daß die Stahlkapitalisten ihre Massenentlassungspläne durchführen und zugleich für die nichtentlassenen Arbeiter die Löhne senken, Nacht- und Schichtarbeit ausdehnen, die Arbeitshetze verschärfen.

ligten. An einer Demonstration gegen dehnen, die Arbeitshetze verschärfen.

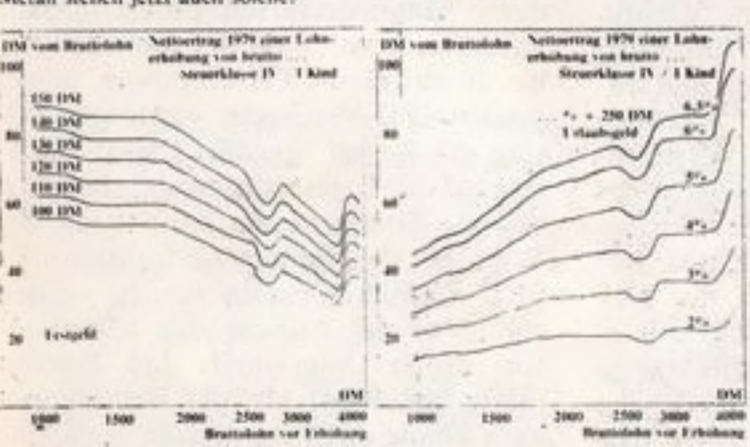
Kommunistische Volkszeitung

Kommunistische Volkszeitung

Ab 1.1.79: Tarifloser Zustand Metallverarbeitung / 1.2.79: VW / 1.3.79: Auch im öffentlichen Dienst

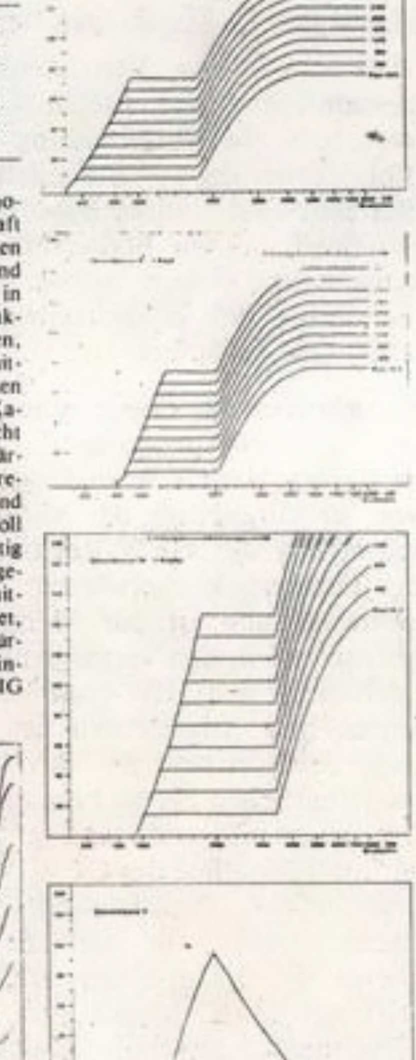
%	mind. 100 DM	120 DM	140 DM	160 DM	180 DM	200 DM
4%	5,02%	5,72%	6,50%	7,32%	8,14%	8,96%
5%	5,51%	6,11%	6,78%	7,53%	8,33%	9,15%
6%	6,15%	6,61%	7,21%	7,86%	8,58%	9,35%
7%	7,01%	7,23%	7,27%	8,30%	8,95%	9,64%
8%	8,00%	8,03%	8,32%	8,82%	9,40%	10,40%
9%	9,00%	9,00%	9,07%	9,42%	9,92%	10,50%

Viel intensive Arbeitsleistung herausholen! Wenig bezahlen! Das bringt die hohen Profite, und wenn es den Arbeitern vorzeitigen Verschleiß ihrer Lebenskraft bringt, auch egal, das ist das Pech der Arbeiter und der Profit ist das Vergnügen der Kapitalisten. – Nach dieser Devise handeln sie, Kapitalisten, Politiker und Anhang. Der Arbeiter *produziert* das Kapital des Kapitalisten. Der Arbeiter ist in der kapitalistischen Gesellschaft ohne Produktionsmittel und ohne Reproduktionsmittel. Der Arbeiter muß seine Arbeitskraft an die Kapitalisten verkaufen, weil und so lang die Kapitalisten die vom Arbeiter geschaffenen Produktionsmittel als ihr Eigentum behaupten. – Schließen sich die Arbeiter im wirtschaftlichen Kampf zusammen, stellt sich sogleich heraus: Nicht die Arbeiter sind auf die Kapitalisten angewiesen, sondern die Kapitalisten auf die Arbeiter! – Daß es nicht so weit kommt, ist ein großes Interesse der Kapitalisten samt Anhang. Gegenwärtig versuchen sie eine große Spaltung: Durch die ab 1.1.79 wirksame Steuerreform will die Kapitalistenklasse den etwas besser verdienenden Arbeitern und Angestellten vorspiegeln, daß sie auf deren Interessen Rücksicht nimmt. Das soll den einheitlichen Kampfwillen der Belegschaften unterhöhlen. – Gleichzeitig versuchen sie Prozentabschlüsse durchzukriegen. Dadurch wird noch weiter gespalten. Wenn genug Spaltung da ist, sinken dann alle Löhne und Gehälter miteinander um so rascher. – Wir haben am Beispiel der Siemens AG ausgerechnet, was eine Mindestforderung in Prozenten der Gesamtlohnsumme ausmachen würde. Es wird anderswo nicht anders sein. Wegen dem allem sind Festgeld und Mindestforderungen so populär und in so etwa der Hälfte der Tarifbezirke der IG Metall stehen jetzt auch solche.



Setzt auf alle Fälle Mindestforderungen durch!

Die sozialdemokratische Lohnsteuerreform spaltet:



Erhöhung des Steuerfreibetrages in Richtung 1500 DM steuerfrei!

KBW Kommunistischer Bund Westdeutschland

Den Stahlkapitalisten wird der Stahl knapper

z.ham. Die Arbeiter der eisenschaffenden Industrie haben im November 1978 2,5 Mio. t Roheisen und 3,44 Mio. t Rohstahl produziert, meldet das Statistische Bundesamt. Die Verbrauchszahlen für November sind nicht veröffentlicht, aber bis einschließlich September liegen sie vor. Danach sind im September 3,7 Mio. t Rohstahl hergestellt und 3,98 Mio. t verbraucht worden. Die Differenz wurde aus Lagerbeständen und durch geringen Import gedeckt, die Höhe der Lagerbestände ist nicht angegeben.

Die *stahlweiterverarbeitenden* Kapitalisten hatten an Lagerbestand im September: Warmwalzwerke 1,657 Mio. t, Stahlrohrwerke 227000 t. Die „Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl" (Düsseldorf) am 22.12.: Flachstahlproduktion zu zwei Drittel eingestellt (wird für Autobleche gebraucht), Röhrenproduktion zur Hälfte, Profilstahl zu einem Drittel. Bis jetzt hätten ihnen, den Arbeitgebern, Streik und Aussperrung 1,5 Mio. t Walzstahl Verlust (in dreieinhalb Wochen) eingebracht. – Das ist eine Menge, die den Lagerbeständen der stahlverarbeitenden Industrie entspricht.

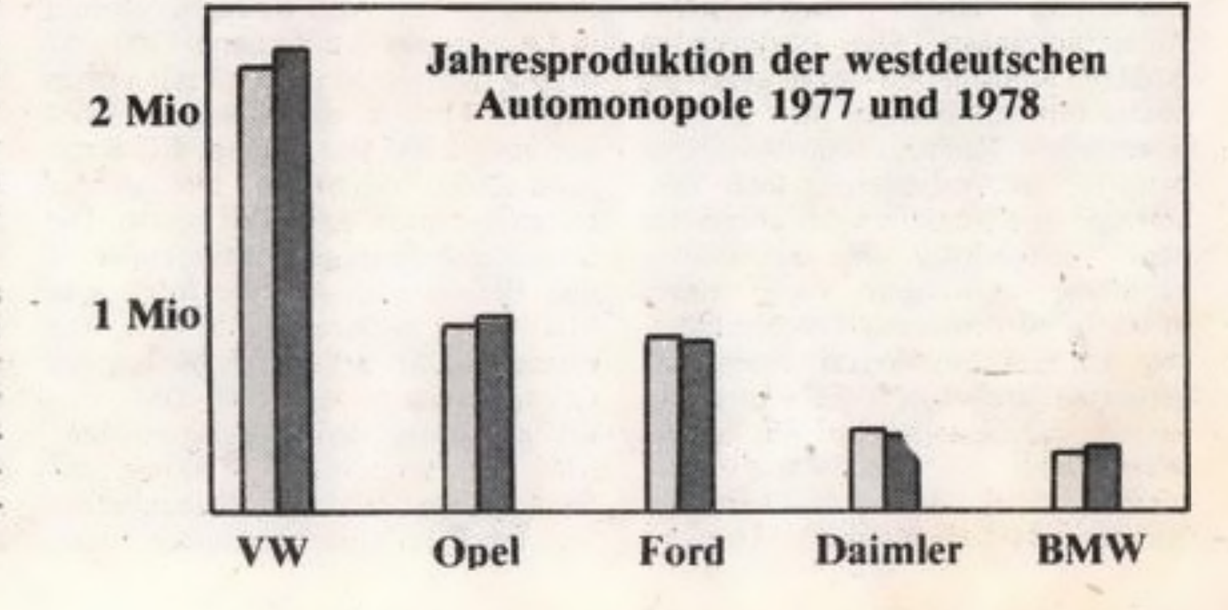
In der *Roheisenerzeugung* sieht es laut Statistischem Bundesamt so aus: Im November 2,5 Mio. t erzeugt, über Verbrauch keine Angaben; September 2,7 Mio. t erzeugt, 2,695 Mio. t verbraucht. Hier ist der Lagerbestand angegeben: 478000 t, das ist die Produktion von 5 Tagen!

Von daher kann man auch verstehen, daß der Vorsitzende des Kapitalistenverbandes Eisen und Stahl im ZDF sagte: „Die Arbeitgeber sind entsetzt über die Entscheidung der Gewerkschaft, den Streik auszudehnen". Sie würden die Eskalation nicht mitmachen und nicht mit mehr Aussperrung antworten. – Er braucht den Stahl.

Neu bestreikt werden sollen die Thyssen Edelstahlwerke Krefeld, Krupp Bochum und Klöckner Bremen (Werk Bremen hat 76/77 eine Jahresproduktion an Blechen für die Autoindustrie von 830000 t). Diese Werke mitgerechnet, werden dann ab 1. Januar '79 je Tag ein Drittel Eisen und Stahl weniger hergestellt.

Ab Mitte Januar haben die Automobilkapitalisten Kurzarbeit angekündigt, vor allem wegen der Zulieferer. Die „Welt" vom 22.12.78: „Erste Engpässe dürften sich dabei bei den Lieferungen von Kfz-Teile-Herstellern zeigen... Ende November noch hatte sich die Branche hinsichtlich eines baldigen Endes des Streiks optimistisch gegeben."

Um eine Milliarde DM Umsatz hätten die Eisen- und Stahlkapitalisten eingebüßt, was nach ihrer Rechnung 75 Mio. DM weniger Gewinn je Woche sind. Durch die Gewerkschaftsforderungen würde eine Tonne Stahl mit 20 DM belastet werden, im Jahr würden sie mit über 600 Mio. DM Mehrkosten rechnen, bei ihrem Angebot wären es 320 Mio. DM – In einer Woche 75 Millionen in den Wind schreiben, wenn es im Jahr um 300 Mio. geht, da werden sich die Herren Krupp und Thyssen noch einig – solange die Läger ihrer Stahlhandelsgesellschaften reichen; aber jetzt wird ihnen der Stahl knapp.



Britannien: Streik der Journalisten

z.mat.Liverpool. Der Streik der Journalisten, die für lokale und regionale Zeitungen arbeiten, hat in mehreren Städten dazu geführt, daß die Lokalzeitungen in verringertem Umfang erscheinen. In Bristol, Nuneaton und Portsmouth erscheinen keine Lokalzeitungen mehr. Die Journalistengewerkschaft NUJ hatte im November mit einem Überstundenstreik begonnen, um eine Wochenlohnerhöhung von 20 Pfund durchzusetzen. Am 4. Dezember traten die 9000 NUJ-Mitglieder gegen ein Angebot von fünf bis neun Prozent in den unbefristeten Streik. Bei der Nationalen Presseagentur PA schloß sich die Hälfte der 200 Journalisten dem Streik an. Die NUJ hatte zum Boykott allen PA-Materials aufgerufen. Obwohl ein Gericht und ein Berufungsgericht den Boykott für rechtswidrig erklärt haben, wird er sogar bei einigen nationalen Zeitungen aufrechterhalten. Mittlerweile beginnt die Front der Kapitalisten überall zu bröckeln. Am 13.12. traten Zeitungsverlage in Belfast, Brentford und London aus dem Kapitalistenverband aus und begannen mit eigenen Verhandlungen. Am 21.12. schlossen die Verleger der Wochenzeitungen in Schottland eine Lohnerhöhung von 14 bis 18% ab. In dieser Woche will der Kapitalistenverband darüber beraten, ob er weiter auf der Wiederaufnahme der Arbeit als Vorbedingung bestehen will.

Portugal: Journalisten streiken für 20% und 35-Stundenwoche

z.rua. Der neue portugiesische Informationsminister Proenca de Carvalho, ehemaliger Polizeichef unter Caetano, hat in seiner Regierungserklärung angekündigt, die staatlichen Subventionen für die seit 1974 in den Volkskämpfen entstandenen Zeitungen zu streichen. Stattdessen will er den reaktionären privaten Presseorganen mehr staatliche Finanzhilfe zukommen lassen. – Die Zeitungskapitalisten nehmen das zum Anlaß, die Löhne der Beschäftigten weiter zu drücken und die Arbeitszeit auszudehnen. Sie wollen die Wochenarbeitszeit der Journalisten von bisher 35 Stunden auf 40 Stunden ausweiten, der Forderung der Journalistengewerkschaft nach 20% Lohnerhöhung setzen sie ein Angebot von 7,5% entgegen. Am 19.12. sind die Journalisten zum zweiten Mal innerhalb einer Woche in den Streik getreten, um ihrer Forderung nach 20%

Portugal: Journalisten streiken für 20% und 35-Stundenwoche

z.rua. Der neue portugiesische Informationsminister Proenca de Carvalho, ehemaliger Polizeichef unter Caetano, hat in seiner Regierungserklärung angekündigt, die staatlichen Subventionen für die seit 1974 in den Volkskämpfen entstandenen Zeitungen zu streichen. Stattdessen will er den reaktionären privaten Presseorganen mehr staatliche Finanzhilfe zukommen lassen. – Die Zeitungskapitalisten nehmen das zum Anlaß, die Löhne der Beschäftigten weiter zu drücken und die Arbeitszeit auszudehnen. Sie wollen die Wochenarbeitszeit der Journalisten von bisher 35 Stunden auf 40 Stunden ausweiten, der Forderung der Journalistengewerkschaft nach 20% Lohnerhöhung setzen sie ein Angebot von 7,5% entgegen. Am 19.12. sind die Journalisten zum zweiten Mal innerhalb einer Woche in den Streik getreten, um ihrer Forderung nach 20%
mehr Lohn – die zwar immer noch nicht ausreicht, um die Inflationsrate auszugleichen, aber auch in allen anderen Bereichen der Wirtschaft aufgestellt wurde – Nachdruck zu geben, und den Angriff auf die Arbeitszeit zurückzuweisen. Die Kapitalisten haben erklärt, sie wollen erst verhandeln, wenn sie staatliche Finanzhilfen bekommen. Am 20.12. haben die Journalisten auf einer Generalversammlung ihrer Gewerkschaft die Fortsetzung der Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung ihrer Forderungen beschlossen.

Streiks gegen Lohnleitlinien in Spanien

z.jon. Die spanische Regierung will 1979 Lohnerhöhungen von mehr als 13% verbieten. Im Staatshaushalt ist eine Steigerung der Personalausgaben von nur 10% vorgesehen. Die offizielle Preissteigerungsrate 1978: 16%. Die revisionistischen und reformistischen Parteien haben diese Pläne kritisiert. Sie schlagen eine Leitlinie von 16% vor. Sie fürchten, daß eine 13%-Lohnleitlinie nicht gegen die Arbeiterbewegung durchzusetzen ist. Am 15.12. streikten die Staatsbeamten gegen die 10%-Lohnleitlinie und für das Recht, Tarifverträge abzuschließen. Allein in Madrid beteiligten sich 10000 Beamte an den Aktionen. Die 8500 Beschäftigten von Rundfunk und Fernsehen streikten vom 18.12. bis 23.12. für die Einhaltung längst ausgehandelter Lohnerhöhungen. Die Postbeamten streikten an mehreren Tagen gegen geplante Einschränkungen ihrer gewerkschaftlichen Rechte, 1800 Assistenzärzte für die Verlängerung ihrer Zeitverträge, die Kopiloten der Iberia für neue Tarifverträge. Die Fernlastwagenfahrer erzwangen nach einem Streik in 40 Provinzen Lohnerhöhungen. Am 27.12. wurde nach einem hart geführten Streik von 30000 Hotel- und Restaurantangestellten auf den kanarischen Inseln ein Tarifvertrag abgeschlossen, der eine 30%-Lohnerhöhung und 44 Tage Urlaub vorsieht.

Zum Januar die erste Ehrenberg-Anpassung

Das Arbeitsministerium bedauert: 1977 ,,immer noch" zwei Drittel der Rentner über 65 Jahre alt

z.frb. Zum 1. Januar werden die Geldbeträge der Renten der gesetzlichen Rentenversicherung, soweit sie schon 1977 gezahlt wurden, um 4,5% erhöht. Arbeitern und Angestellten, die ihre Rente erstmals im Laufe des letzten Jahres erhalten haben, wird noch das ganze Jahr 1979 über der alte Geldbetrag ausgezahlt. Kinderzuschläge, die auch in die Berechnung der Waisenrente eingehen, bleiben auf dem Stand von 1976: 152,90 DM. Seit eineinhalb Jahren ist der Geldbetrag der Renten unverändert und nach der jetzigen Anpassung wird die Rente dem Wert nach weiterhin unter dem Stand von Juli 1977 bleiben. Jedes Prozent Inflation wird sie weiter zusammenstreichen. Weitere Einschränkung der Nahrungs- und Lebensmittel wird damit erzwungen, Ergebnis der Rentenkürzungsgesetze, die Bundesregierung und Bundestag vor einem halben Jahr verabschiedet haben.

Zusätzlich zur zeitlichen Verzögerung der Anpassung und zur Senkung des Prozentsatzes der Rentenanpassung wurden im Ehrenbergprogramm weitere Maßnahmen zur Rentensenkung beschlossen. Sie begannen schon zu wirken, ehe die Hauptwirkung jetzt einsetzt. Im Juli 1977 hat die Arbeiterrentenversicherung für eine Versichertenrente im Durchschnitt 639 DM ausgezahlt, im September 1978 waren es schon 635 DM. Und in der Angestelltenversicherung wurden im Schnitt 16 DM weniger als im Juli 1977 ausgezahlt. Und von dieser schon im Geldbetrag gekürzten Rente muß man noch die Ehrenbergsche Rezeptgebühr abziehen, die – etwa wenn man, wie es im Alter häufig vorkommt, Herzschwäche und Rheuma hat – gut und gern 20 – 25 DM im Monat ausmachen kann.

,,Arbeitskräfte, die uns keinen Profit mehr liefern, schaden der Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft" – so etwa läßt sich das Leitmotiv der Finanzbourgeois für ihre Rentenreform formulieren. Und Ehrenberg hat daraus ein Gesetz gegossen. Intensivierung der Arbeit und Ausdehnung des Arbeitstages erzwingen frühe Verrentung, und die Kürzung der Reproduktionsmittel des Rentners verkürzt die Lebenszeit der für die kapitalistische Produktion nutzlos gewordenen Arbeitskräfte. Unlängst hat das Statistische Bundesamt Ergebnisse einer jährlich

schon 635 DM. Und in der Angestelltenversicherung wurden im Schnitt 16 DM weniger als im Juli 1977 ausgezahlt. Und von dieser schon im Geldbetrag gekürzten Rente muß man noch die Ehrenbergsche Rezeptgebühr abziehen, die – etwa wenn man, wie es im Alter häufig vorkommt, Herzschwäche und Rheuma hat – gut und gern 20 – 25 DM im Monat ausmachen kann.

,,Arbeitskräfte, die uns keinen Profit mehr liefern, schaden der Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft" – so etwa läßt sich das Leitmotiv der Finanzbourgeois für ihre Rentenreform formulieren. Und Ehrenberg hat daraus ein Gesetz gegossen. Intensivierung der Arbeit und Ausdehnung des Arbeitstages erzwingen frühe Verrentung, und die Kürzung der Reproduktionsmittel des Rentners verkürzt die Lebenszeit der für die kapitalistische Produktion nutzlos gewordenen Arbeitskräfte. Unlängst hat das Statistische Bundesamt Ergebnisse einer jährlich
durchgeführten Erhebung vom Mai 1977 veröffentlicht. Darin wird festgestellt, daß 55% der Männer im Alter zwischen 60 und 65 Jahren Rente beantragt haben. Noch ein Jahr zuvor waren es 50% gewesen. Das Ehrenberg-Ministerium kommentierte dazu: ,,Dennoch waren im April letzten Jahres immer noch zwei Drittel (3,3 Mio.) der Männer, die überwiegend von Rente leben, 65 Jahre und älter."

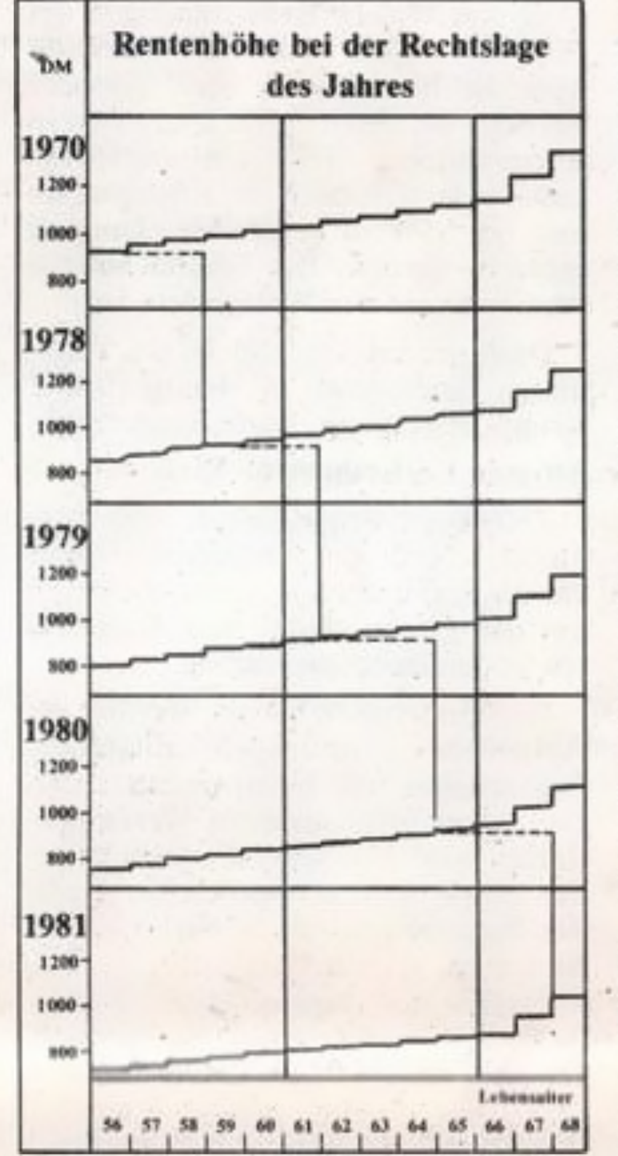
Während die statistischen Angaben eine gesetzmäßige Folge der gesteigerten Ausbeutung belegen, zeigt die Äußerung des Ministeriums den Zweck der Rentengesetze, die dafür sorgen sollen, daß auf frühe Rente nicht langer Rentenbezug folgt und so die Fortschritte in der Profitproduktion wieder reduziert werden. Die Rentenkasse soll ja auch voll sein.

Die Höhe der einzelnen Renten berechnet sich aus dem Verhältnis des Lebens-Lohnes zum jeweiligen Durchschnittslohn aller Lohnabhängigen, (2) den Versicherungsjahren, (3) der allgemeinen Bemessungsgrundlage. Nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung vor dem 20. Rentenanpassungsgesetz errechnete sich letztere aus dem Durchschnittslohn des dreijährigen Zeitraumes, der dem Jahr vor Eintritt des Versicherungsfalles vorausgeht. Demnach hätte die allgemeine Bemessungsgrundlage im Jahre 1978 – und die Höhe jeder Rente bezieht sich hierauf – 21841 DM betragen. Im 20. Rentenanpassungsgesetz (das unmittelbar nach der Bundestagswahl 1976 vorgesetzt wurde) wurde die Bemessungsgrundlage auf 21608 DM gesenkt. Doch dabei blieb es nicht; im 21. Rentenanpassungsgesetz wurde sie nochmals auf nunmehr 21068 DM gesenkt. Da aber zum Zeitpunkt der Verabschiedung dieses Gesetzes das erste halbe Jahr 1978 schon um war und die Neurenten bereits mit der nur einmal gesenkten Bemessungsgrundlage berechnet waren, konnte die zweimal gesenkte Bemessungsgrundlage 1978 zum großen Bedauern des Herrn Arbeits- und Sozialministers erst ab 1. Juli in Wirkung treten. So sind denn die neuen Renten des zweiten Halbjahrs 1978 niedriger als die Neurenten des ersten Halbjahres 1978. Peinlich für die Propaganda, die wie ein Leierkasten wiederholt, die Renten würden nicht gekürzt, sondern bloß ,,vermindert angepaßt".

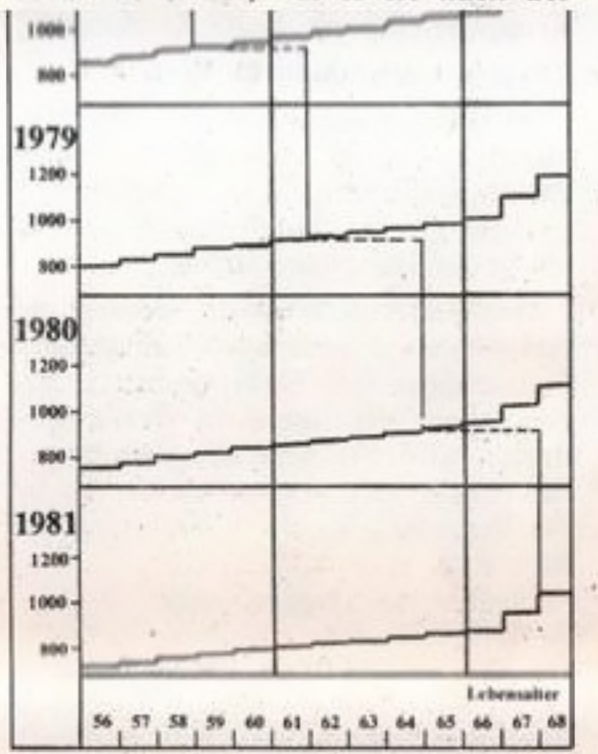
– und die Höhe jeder Rente bezieht sich hierauf – 21841 DM betragen. Im 20. Rentenanpassungsgesetz (das unmittelbar nach der Bundestagswahl 1976 vorgesetzt wurde) wurde die Bemessungsgrundlage auf 21608 DM gesenkt. Doch dabei blieb es nicht; im 21. Rentenanpassungsgesetz wurde sie nochmals auf nunmehr 21068 DM gesenkt. Da aber zum Zeitpunkt der Verabschiedung dieses Gesetzes das erste halbe Jahr 1978 schon um war und die Neurenten bereits mit der nur einmal gesenkten Bemessungsgrundlage berechnet waren, konnte die zweimal gesenkte Bemessungsgrundlage 1978 zum großen Bedauern des Herrn Arbeits- und Sozialministers erst ab 1. Juli in Wirkung treten. So sind denn die neuen Renten des zweiten Halbjahrs 1978 niedriger als die Neurenten des ersten Halbjahres 1978. Peinlich für die Propaganda, die wie ein Leierkasten wiederholt, die Renten würden nicht gekürzt, sondern bloß ,,vermindert angepaßt".

Für 1979, 1980 und 1981 hat er Bundestag eine stufenweise Rentenkürzung selbiger Methode beschlossen. Nach altem Rechtsstand müßte die Bemessungsgrundlage 1981 (rechnet man mit den Annahmen des Rentenberichts über die Lohnentwicklung bis 1979) 26472 DM betragen. In den Gesetzesänderungen wurde sie aber auf 22787 DM gesenkt. Das ist eine Verminderung um 14%. Eine Rente von 900 DM wird dann vergleichsweise um 125 DM auf 775 DM sinken. Und nimmt man die anderen Änderungen hinzu, so kommt man auf eine Rentenkürzung von 20-25% oder von 900 DM auf rund 700 DM.

Um die Wirkung dieser von den Bourgeois im Verlauf der nächsten drei Jahre beabsichtigten Rentensenkung zu zeigen, haben wir das nebenstehende Schaubild erstellt. Es zeigt, wieviel



Jahre länger ein Arbeiter arbeiten muß, damit er im Rechtszustand der Jahre 1978, 1979, 1980 und 1981 dieselbe Rente erhält, wie er sie nach der


Jahre länger ein Arbeiter arbeiten muß, damit er im Rechtszustand der Jahre 1978, 1979, 1980 und 1981 dieselbe Rente erhält, wie er sie nach der

Rechtslage des Jahres 1970 erhalten hätte, wenn er im Alter von 55 Jahren erwerbsunfähig geworden wäre. Es ist stets eine laufende Rente im Jahre 1978 vorausgesetzt, so daß man in der Rechnung allein die Wirkung der Änderung des Rentengesetzes dargestellt hat.

Für die Berechnung haben wir den Lebenslauf eines Arbeiters unterstellt, wie er im Dezemberheft von ,,Kommunismus und Klassenkampf" für die Gesamtlohnrechnung auf Seite 46f vorgestellt ist. Der Arbeiter soll, sofern er nach dem 55. Lebensjahr weiterarbeitet, denselben Lohn erhalten, wie in seinem 52. Lebensjahr. Der Prozentsatz seines Lohnes am Durchschnittslohn beträgt 87% und er kann im Alter von 55 Jahren 39 anrechnungsfähige Versicherungsjahre (einschließlich Ausfall-, Ersatz- und Zurechnungszeiten) nachweisen. Das brächte ihm im Jahr 1977 eine Monatsrente von 926 DM. Für jedes Jahr, das er länger arbeitet, erhöht sich seine Rente, weil er jetzt ein Versicherungsjahr mehr nachweisen kann. Und er muß auch länger arbeiten – sofern er kann. Denn um unter den Rechtsverhältnissen des Jahres 1978 auf dieselbe Renten von 926 DM zu kommen, muß er jetzt schon bis zum Ende seines 57. Lebensjahres arbeiten. Unter den Rechtsverhältnissen 1979 müßte er sich noch weitere drei Jahre schinden. 1980 fordert Ehrenberg für die Kapitalisten Arbeit bis zum Ende des 63. Lebensjahres und 1981 schließlich muß dieser Arbeiter auch sein 67. Lebensjahr arbeiten, um samt der Prämie, die es für Arbeit nach dem 65. Lebensjahr gibt, auf dieselbe Rente zu kommen, wie er sie in den Zuständen von 1970 nach Ende seines 50. Lebensjahres bekommen hätte.

Die erste Wirkung der Rentenreform der letzten beiden Jahre ist die Füllung des Arbeitsmarktes, um die Konkurrenz unter den Arbeitern zu verschärfen. Die gesenkte Rente zwingt zu längerer Arbeit und die niedrigere Rente erzwingt den Verkauf der Arbeitskraft auch nach der Verrentung. Zwölf Jahre mehr Lohnarbeit verlangt die Gesetzesänderung, wollte man das alte Rentenniveau erreichen. Jedermann weiß, daß man nicht einfach 12 Jahre Lohnarbeit zulegen kann. Jedes Jahr übermäßige Verausgabung von Arbeitskraft schränkt die Lebenskraft progressiv ein. Dies ist die zweite Seite der Ehrenberg-Reform.

renberg für die Kapitalisten Arbeit bis zum Ende des 63. Lebensjahres und 1981 schließlich muß dieser Arbeiter auch sein 67. Lebensjahr arbeiten, um samt der Prämie, die es für Arbeit nach dem 65. Lebensjahr gibt, auf dieselbe Rente zu kommen, wie er sie in den Zuständen von 1970 nach Ende seines 50. Lebensjahres bekommen hätte.

Die erste Wirkung der Rentenreform der letzten beiden Jahre ist die Füllung des Arbeitsmarktes, um die Konkurrenz unter den Arbeitern zu verschärfen. Die gesenkte Rente zwingt zu längerer Arbeit und die niedrigere Rente erzwingt den Verkauf der Arbeitskraft auch nach der Verrentung. Zwölf Jahre mehr Lohnarbeit verlangt die Gesetzesänderung, wollte man das alte Rentenniveau erreichen. Jedermann weiß, daß man nicht einfach 12 Jahre Lohnarbeit zulegen kann. Jedes Jahr übermäßige Verausgabung von Arbeitskraft schränkt die Lebenskraft progressiv ein. Dies ist die zweite Seite der Ehrenberg-Reform.

Im Tarifkampf: Forderungen nach Streichung der indirekten Steuern und 1500 DM steuerfrei

z.ere. Ab letzten Montag gilt, was am 28. Juli letzten Jahres als ein ,,Paket von Steuererleichterungen für die Arbeitnehmer" ausposaunt wurde. Das ganze hat sich als ein Programm, die Volksmassen zu betrügen, zu spalten und einen immer größeren Lohnanteil unter staatliche Verwaltung zu bringen, den Kapitalisten weitere Steuern zu ersparen und Gelder in den Rachen zu schieben, entpuppt. Es ist berechnet auf die laufenden Tarifkämpfe. Den etwas besser verdienenden Arbeitern und Angestellten sollte damit vorgegaukelt werden, daß ihre Interessen berücksichtigt wären, womit die Bourgeois meinten, den einheitlichen Kampfwillen der Belegschaften zu schwächen. Eine Vielzahl von Belegschaften hingegen hat daraus den Schluß gezogen, wie schädlich es ist, im Tarifkampf die Forderungen nach Streichung der indirekten Steuern und 1500 lohnsteuerfrei *nicht* aufzunehmen.

Reutlingen. In einer Abteilung bei Bosch in Reutlingen, wo Volvo-Transistoren und Regler produziert werden, wirkt sich die Steuerreform nach den Berechnungen der Belegschaft folgendermaßen aus: Acht Kollegen arbeiten in Lohngruppe 2 mit knapp 1700 DM brutto; weitere 20 in LG 3 mit knapp 1800 DM brutto, eine Kollegin in LG 4 mit etwa 2000 DM, eine in LG 8 mit rund 2600 DM brutto. Der Meister kriegt so um die 3800 DM brutto. Die Steuerreformerträge (Steuerklasse I und IV) verteilen sich wie folgt: acht Mal 7 DM, zwanzig Mal 57 DM, und einmal 72 DM. Bei einer Erhöhung des Grundfreibetrags um 2000 DM jährlich gegenüber den Regierungsplänen wird die spalterische Wirkung der Steuerreform erheblich eingeschränkt und spürbare ,,Erleichterungen" werden geschaffen, für 96,7% aus dieser Abteilung, d.h. acht Mal 43 DM, zweimal 48 DM, einmal 68 DM, einmal 90 DM und einmal 111 DM.

Paderborn. ,,Insbesondere für uns Lehrlinge ist bei einem Lohn von 365 DM im 3. Lehrjahr wichtig, daß wir von unserem ,Taschengeld' nicht auch noch Lohnsteuer bezahlen müssen", heißt es in einem einstimmig angenommenen Beschluß der Berufsschulklasse der Elektroinstallateure aus Paderborn. ,,Zur Zeit wird der Steuerfreibetrag durch ,vermögensbildende Zuschläge' überschritten und es bleibt uns weniger als im 2. Lehrjahr. Deshalb fordern wir einen Steuerfreibetrag von 1500 DM. Die Steuerreform kann uns nicht vom Lohnkampf abhalten!"

Syke. Einstimmig lehnte die ÖTV-Mitgliederversammlung im alten Kreis Grafschaft Hoya in einer Resolution die Steuerreform der Bundesregierung als ,,Reform der Großverdiener" ab. Die ÖTV-Mitglieder forderten, den Einkommenssteuerfreibetrag stattdessen um 2000 DM zu erhöhen. Langfristig sei ein Steuerfreibetrag von 1500 DM anzustreben, erklärte die Mitgliederversammlung.

Braunschweig. Die Jahreshauptversammlung der GEW in Braunschweig verabschiedete am 7. Dezember einen Antrag, worin sie die Aufstellung einer Festgeldforderung von 130 DM für die Besoldungsrunde 78/79 forderte. Die anwesenden GEW-Mitglieder sprachen sich gegen die Steuernovelle der Bundesregierung aus und forderten eine Erhöhung des Steuergrundfreibetrages, so daß für alle Lohnabhängigen ein hoher ,,Reformertrag" herauskomme.

Westberlin. Auf der ÖTV-Mitgliederversammlung des St. Josef-Krankenhauses in Tempelhof wurden folgende Beschlüsse zur Tarifrunde 79 gefaßt: (...) In jedem Fall Festgeldforderung, keine Prozente. Anhebung des Steuerfreibetrags von 3690 auf 5690 DM, 1500 DM steuerfrei, progressive Besteuerung von Vermögen, Einkommen und Erbschaft, Verbot von Schichtarbeit in Bereichen, wo Schichtarbeit unumgänglich ist, mehr Urlaub entsprechend den Tarifverträgen der IGM.

Westberlin. Die Vertrauensleutevollversammlung der Freien Universität verschob die Entscheidung über die Lohnforderung auf Ende Januar. Vier Bereiche sind in ihren Beschlüssen ausdrücklich auf die Steuerreform eingegangen und haben in zwei Fällen die Erhöhung des Grundfreibetrages um 2000 DM gefordert.

Osnabrück. Als Diskussionsgrundlage für Tarifforderungen an das zuständige Referat der GEW wurde ein Antrag von 30 Mitgliedern der Mitgliederversammlung des GEW-Regionalverbandes Osnabrück überwiesen: ,,Der Regionalverband ist der Meinung, daß ebenso wie in den vergangenen Jahren auch die in der GEW organisierten Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes über die Tarifforderung im öffentlichen Dienst beraten müssen. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Teilnahme des GEW-Vorsitzenden an den Tarifverhandlungen des letzten Jahres für den öffentlichen Dienst. (...) Um einen erneuten Angriff auf den Lohnstandard, mit dem gerechnet werden muß, zurückzuschlagen, setzen wir uns für die diesjährige Tarifrunde für eine Festgeldforderung in Höhe von 130 DM ein. Dies würde für einen großen Teil der Kollegen dem Volumen von 5% bzw. 5,5%-Forderungen entsprechen, wie sie in der Stahlindustrie aufgestellt worden sind. Gleichzeitig ist eine solche Forderung geeignet, die Einheit unter den Kollegen im Schuldienst und in den anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes mit niedrigeren Besoldungsgruppen (z.B. Teilzeitarbeiter) herzustellen, die man brauchen wird, um einen angemessenen Ausgleich für die gestiegenen Preise des letzten Jahres zu erreichen, da von der Steuerreform, die für einen großen Teil der Kollegen ,Erleichterungen' von 7 DM bis höchsten 30 DM bringen wird. (...) Wir meinen, daß es notwendig geworden ist, auch in der GEW die Forderung nach einer Anhebung des Steuerfreibetrages aufzustellen."

Heidelberg. Die sofortige Anhebung des Steuerfreibetrages auf 5690 DM hatte ein Arbeiter, der in der Bohrerei der Firma Graubremse in Heidelberg arbeitet, schon in einem Brief seiner Abteilung an die SPD-Bundestagsfraktion und ihren Vorsitzenden Wehner gefordert. Wie mit seinen Kollegen aus der Bohrerei besprochen, trug er, Mitglied des SPD-Ortsvereins Heidelberg, diese Forderung wie auch den Brief seiner Abteilung auf der SPD-Mitgliederversammlung, zur Abstimmung auf der Mitgliederversammlung seines Ortsvereins vor. Von der Mehrheit der ca. 20 auf dieser Versammlung anwesenden SPD-Mitglieder wurde sein Beitrag mit Beifall begrüßt. Dieser Punkt soll auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung kommen, wo dann auch der Brief an die Bundestagsfraktion der SPD endgültig verabschiedet werden soll. Vier der Anwesenden haben sofort durch Unterschrift ihre Zustimmung bekundet. Mit der Bemerkung, man könne doch stattdessen auch eine Senkung der Versicherungsbeiträge fordern, versuchte der Ortsvereinsvorsitzende den Fraktionsvorsitzenden Wehner und die Regierungssozialdemokraten aus der Schußlinie zu ziehen.

„Dran, dran, dran, dieweil das Feuer heiß ist... “

Der Bauernkrieg 1525 im Harz und Vorharzgebiet

r.scd. 1525 zählten der Harz und die Vorharzgebiete neben Süddeutschland und Thüringen zu den am meisten national zersplitterten Teilen Deutschlands. Zahlreiche Landes- und Feudalherrschaften waren aus der Unterteilung ehemaliger Gaugrafschaften entstanden. Sie prägten abgesehen von dem Fürstentum Halberstadt, dem Bistum Hildesheim und den braunschweigischen Herzogtümern, die bereits große Ländereien umfaßten, das Bild.

Neben den Fürsten, fast unabhängig vom Kaiser und mit eigenen Heeren, saugten der mittlere und niedere Adel, die Ritterschaft, die Geistlichen, Kirchen und Klöster, die allesamt ihrem Verfall entgegengingen, die Bauern bis aufs Blut aus. Die Pfaffen versuchten, ihren Reichtum zu vergrößern. Der Adel, bei den Patriziern in den Städten für die zunehmenden und immer wohlfeileren Waren, wie sie der Markt zu dieser Zeit schon bot, verschuldet, wollte so auch noch seine Schulden begleichen. In den Städten mit dem mittelalterlichen Zunfthandwerk, Zentren des aufstrebenden Bürgertums, dem ersten Ort der Anhäufung von Kapital und Ausgangspunkt für Handel mit anderen Städten und Ländern, bildeten sich die Klassen der Patrizier (die reichsten Familien), die bürgerliche Opposition (die reicheren und mittleren Bürger) und die plebejische Opposition, die Masse der städtischen Bewohner, einschließlich der Handwerksgesellen und Tagelöhner, zu denen auch die Bergwerksgesellen der Harzer Bergwerke und Hütten gehörten.

„Unter allen diesen Klassen mit Ausnahme der letzten (plebejische Opposition) stand die große exploitierte Masse der Nation: die Bauern. Auf dem Bauern lastete der ganze Schichtenaufbau der Gesellschaft: Fürsten, Beamte, Adel, Pfaffen, Patrizier und Bürger.“ (Engels, Der Bauernkrieg) Leibeigen oder hörig mußten sie Frondienst leisten, Steuern zahlen und Unmengen immer mehr werdender Sonderabgaben aufbringen. Ziesen auf Bierbrauen im Haus, Wiesenzins, Erden-, Fenster- und Wegegeld, sogar Fräuleinsteuer mußten die Bauern bei Verheiratung von Töchtern des Grundherren zahlen. „Die Allmende, d.h. die gemeinsame Nutzung von Wald, Weide, Wiese und Wasser, war eingeschränkt oder ganz verboten worden.“ (Lawerenz, Harzer Lande-Bauernkrieg)

In den 24 Artikeln, die Graf Botho zu Stolberg am 4. Mai 1525 von den aufständischen Bauern vorgelegt wurden, heißt es: „Wiederherstellung der alten Freiheiten, Aufhebung der Bierziese,... Jagd- und Fischfreiheit, Abschaffung der Herrendienste... “ (Städtisch-Stolbergische Diplomatur; zitiert nach Lawerenz, Bauernkrieg)



Die Forderungen der Bauern nach altem Recht und die Forderungen der aufstrebenden Bürger überlappten sich, hinzu kamen die noch utopischen Forderungen der grade erst entstehenden Arbeiterklasse, wie sie von den Bergwerksgesellen repräsentiert wurde und in Münzers Aufrufen und Agitationen zum Ausdruck kamen. Münzer, in Stolberg im Harz geboren, hatte in Allstedt nahe der Mansfelder Kupferbergwerke seinen Hauptsitz, wo er Anfang 1523 als Prediger die „Brüderliche Vereinigung“ gründete, die u.a. forderte: Verzicht aller auf Privateigentum, Enteignung aller Widerstrebenden, Arbeitspflicht ausnahmslos für alle...

Der Führer der bürgerlich-reformatorischen Opposition war Luther, der die Interessen des Bürgertums vertrat und sich während des Bauernkrieges an die Seite der Fürsten stellte. „Sie nehmen alle Kreaturen zum Eigentum... wo sies finden, schinden und schaben den Bauern und den Handwerker; wo dieser am Allergeringsten sich vergreift, muß er hängen, und zu alledem sagt der Doktor Lügner Amen.“ (aus: Münzers Schrift gegen Luther „... wider das geistlose, sanftlebende Fleische zu Wittenberge“)

Anfang 1525 gab Münzer den Aufruf an die Bergwerksgesellen heraus; der Anschluß an die thüringischen, fuldaischen und südwestdeutschen Aufstände sollte nicht verpaßt werden. „Ihr müßt handeln! Tut ihr das nicht, so ist das Opfer umsonst. Dran, dran, dran, dieweil das Feuer heiß ist – schmiedet Pinkepanke auf dem Feuer Nimrod!“

Vom 24. April an war dann die ganze Grafschaft Mansfeld im Aufstand. Die Grafen zogen sich auf die Burgen zurück, versuchten teils mit Verhandlungen, zeitweiligen Zugeständnissen und Überfällen auf zersplitterte Haufen ihre Haut zu retten.

Zur Entscheidungsschlacht kam es bei Frankenhausen, wo das Bauernheer gegen die zusammengezogenen Fürstenheere unterlag. Das Bauernheer



rekrutierte sich aus nicht unwesentlichen Teilen aus dem Mansfeldischen, aus Allstedt und aus der Goldenen Aue im Südharz. In allen Distrikten kam es im Jahre 1524/25 zu Erhebungen, die allesamt nach kurzer Zeit zurückgeschlagen wurden. Die Masse der Aufständischen wurde mit hohen Geldstrafen an die Fürsten belegt, sofern sie nicht niedergemetzelt worden waren. „Die Zersplitterung Deutschlands, deren Verschärfung und Konsolidierung das Hauptresultat des Bauernkrieges war, war auch zu gleicher Zeit die Ursache seines Mißlingens.“ (Engels, Der Bauernkrieg)

sition, die Masse der städtischen Bewohner, einschließlich der Handwerksgesellen und Tagelöhner, zu denen auch die Bergwerksgesellen der Harzer Bergwerke und Hütten gehörten.

„Unter allen diesen Klassen mit Ausnahme der letzten (plebejische Opposition) stand die große exploitierte Masse der Nation: die Bauern. Auf dem Bauern lastete der ganze Schichtenaufbau der Gesellschaft: Fürsten,



Die Forderungen der Bauern nach altem Recht und die Forderungen der aufstrebenden Bürger überlappten sich, hinzu kamen die noch utopischen

so ist das Opfer umsonst. Dran, dran, dran, dieweil das Feuer heiß ist – schmiedet Pinkepanke auf dem Feuer Nimrod!“

Vom 24. April an war dann die ganze Grafschaft Mansfeld im Aufstand. Die Grafen zogen sich auf die Burgen zurück, versuchten teils mit Verhandlungen, zeitweiligen Zugeständnissen und Überfällen auf zersplitterte Haufen ihre Haut zu retten.

im Jahre 1524/25 zu Erhebungen, die allesamt nach kurzer Zeit zurückgeschlagen wurden. Die Masse der Aufständischen wurde mit hohen Geldstrafen an die Fürsten belegt, sofern sie nicht niedergemetzelt worden waren. „Die Zersplitterung Deutschlands, deren Verschärfung und Konsolidierung das Hauptresultat des Bauernkrieges war, war auch zu gleicher Zeit die Ursache seines Mißlingens.“ (Engels, Der Bauernkrieg)

Zuckerpreis halbiert

scc. Wie berichtet (KVZ 52/78), haben es die EG-Landwirtschaftsminister durchsetzen können, den Preis für Zuckerrrüben innerhalb von zwei Jahren um lediglich 4,7% zu erhöhen, real also zu senken. Die Grundlage dafür sind die wahrhaft gigantischen Preisstürze auf dem Weltzuckermarkt. Innerhalb dieser zwei Jahre, zwischen 1975 und 1977, ist es den Imperialisten gelungen, die Preise für Roh- und Weißzucker von 20,66 auf 8,10 Cents pro Pound zu drücken und damit noch unter die Weltmarktpreise von 1973. Obwohl die Zuckerproduktion in der EG mit fast 11 Mio. t reicht, den Bedarf zu decken, haben die EG-Imperialisten die Zuckereinfuhren, wie die Tabelle über die Zuckerexporte aus den AKP-Staaten zeigt, gesteigert:

Mehr Zucker für weniger Geld

	1975	1976	1977
1000 t	1039	1295	1280
1000 ERE	488303	376896	382110

Während die häufig in Monokultur Zucker produzierenden Länder vor allem des karibischen Raums ihre Erzeugnisse zu Schleuderpreisen abgeben mußten und in ernste Bedrängnis gerieten, verdoppelten 1976 die EG-Staaten ihrerseits ihre Zuckerausfuhren – und verkauften zu einem höheren Preis, als sie für die Importe hatten zahlen müssen.

Baumwolle: Monopole kontrollieren den Handel

z.hev. Nach einem Bericht des UNCTAD-Sekretariats wird der Weltbaumwollhandel von 15 Monopolen zu 80 bis 90% kontrolliert. Diese Handelsgesellschaften schieben sich wie Parasiten zwischen die Produzenten aus den Ländern der Dritten Welt und die Käufer der Baumwolle und sind eng verflochten mit Banken, die ihnen

Baumwolle: Monopole kontrollieren den Handel

z.hev. Nach einem Bericht des UNCTAD-Sekretariats wird der Weltbaumwollhandel von 15 Monopolen zu 80 bis 90% kontrolliert. Diese Handelsgesellschaften schieben sich wie Parasiten zwischen die Produzenten aus den Ländern der Dritten Welt und die Käufer der Baumwolle und sind eng verflochten mit Banken, die ihnen ihre zum Teil langfristigen Transaktionen kreditieren. Die meisten dieser Gesellschaften handeln außerdem mit Getreide, Kaffee, Tee, Gummi oder Sojabohnen, so Volkart, Cargill/Hohenberg, Bunge und Ralli Brothers, und drücken auf die Erlöse der für die Länder der Dritten Welt wichtigen landwirtschaftlichen Exportprodukte. Zu ihren beliebtesten und mit allen Raffinessen angewandten Methoden gehören die Termingeschäfte, meist langfristige Kaufverträge, die dann fällig werden, wenn die Produzenten gezwungen sind zu verkaufen, um sich für die neue Anbauperiode Saatgut, Maschinen usw. beschaffen zu können. Dazu kommen Preisabsprachen der Monopole untereinander über ihre Preisangebote an der Weltzentrale des Baumwollhandels, der New Yorker Börse – Absprachen gegen die Länder der Dritten Welt, die mehr als zwei Drittel der Baumwolle produzieren und deren wirtschaftliche Entwicklung durch die Handelsmonopole stranguliert wird.

Landarbeiter: Wie lange noch 45 Wochenstunden

Gewerkschaft erhebt Forderungen zum Lohn- und Manteltarifvertrag

z.mif. Zum 31.12. hat die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft die Lohntarifverträge sowie die Arbeitszeit- und Urlaubsbestimmungen im Manteltarif für die rund 100000 Landarbeiter gekündigt. Ohne Festlegung eines Betrages fordert die Gewerkschaftsführung, „den derzeitigen Lohnabstand des Landarbeiters zum vergleichbaren Arbeitnehmer, der

Kommunistische Volkszeitung

Mo Di Mi Do Fr Sa So

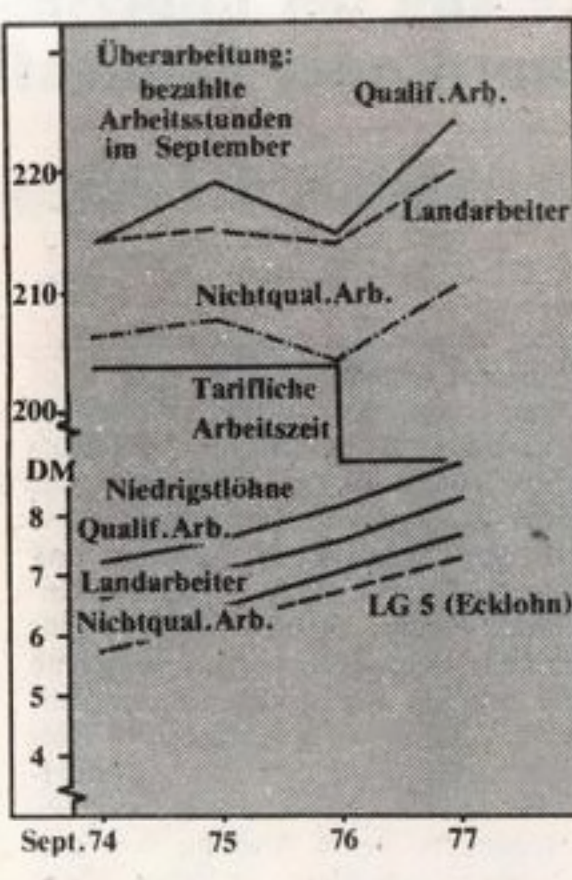
Das Land denen, die es bebauen!

KBW Kommunistischer Bund Westdeutschland

zur Zeit 3,19DM oder 28% beträgt, entscheidend zu verringern“. Sie fordert ferner Erhöhung des Urlaubsgeldes auf 50% eines Monatslohns, Verkürzung der Wochenarbeitszeit „in einem Stufenplan“ auf 40 Stunden, vier Wochen Mindesturlaub und Aufnahme der Auszubildenden und Praktikanten in die Lohn- und Manteltarifverträge.

Die Forderungen gehen in die Richtung, der maßlosen Ausbeutung und den Hungerlöhnen der Landarbeiter gewisse Schranken zu setzen. Der Manteltarifvertrag ist allerdings insgesamt unerträglich und war bereits am 28. Februar 1978 kündbar.

Er enthält acht Lohngruppen; bei den Forstarbeitern, deren Manteltarif ebenfalls offen ist, fordert die Gewerkschaft Streichung der unteren Lohngruppe. Er sieht vor, daß „Minderleistungsfähige“ niedrigeren Lohn erhalten. Er sieht eine jahreszeitlich gestaffelte Arbeitszeit vor: Dezember bis Januar 40 Stunden; März bis Mai 43 Stunden; Juni bis November 45 Stunden. Bis Ende 1976 waren im Sommer noch 47, im Winter 41 Stunden zu arbeiten. Der Vertrag verpflichtet Monatslöhner, „zur Verrichtung betriebsnotwendiger Vor- und Abschlußarbeiten ... bis zu 10 Stunden wöchentlich“ an Überstunden zu arbeiten. Nur jeder vierte Sonntag ist ar-



beitsfrei. Bei Arbeit mit giftigen Stoffen gibt es 10% Zulage; wird keine Schutzkleidung gestellt, 20%. Akkordlöhner kriegen 20% mehr, Nachtarbeitszuschlag 15%. Für Naturalbezüge und Unterkunft wird Lohn abgezogen: 300 DM. Kündigungsfrist 14-tägig.

Die tatsächlichen Arbeitsbedingungen sind oft noch übler. Der Diakonissen-Gutshof Wilhelmsglück bei Schwäbisch-Hall in Franken beutet zwei Landarbeiter in Lohnguppe 3 und 4 zu 625 bzw. 890 DM brutto Grundlohn aus. Für Wochenenddienst zahlt die Muttergottes zwischen 20 und 60 DM Zuschlag. Die Arbeitszeit beträgt 10½ Stunden täglich, samstags 5 Stunden in den Sommermonaten. Im Juni dieses Jahres mußten die Arbeiter 70 Stunden die Woche arbeiten und erhielten keine Überstunde bezahlt, vergelt's Gott. Vom Bruttolohn zieht das Diakoniewerk neben Steuern und Versicherung 300 DM für Kost und Logis ab. Das Diakoniewerk erkennt den Tarif nicht an.

Das Bauernlegen durch die westdeutsche Bourgeoisie war gleichzeitig ein Legen von 600000 Landarbeitern zwischen 1950 und heute. Nach einer Untersuchung der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein sind nur etwa 6% der ständig beschäftigten Landarbeiter unter 35 Jahre alt (ausschließlich der Auszubildenden), 22% sind über 50 Jahre. Sie arbeiten äußerst zersplittert, zwei Drittel sind über die ganze Breite der Betriebsgrößen von unter 1 bis zu 50 Hektar verstreut; auch in den Großbetrieben von über 50 Hektar hat keine Zusammenballung stattgefunden; in 28292 Betrieben werden 32100 ständig beschäftigte Landarbeiter ausgebeutet.

Trotz dieser äußerst schwierigen Bedingungen nimmt die Zahl der organisierten Landarbeiter seit 1975 wieder zu. Die tarifliche Wochenarbeitszeit konnte um eine Stunde gekürzt werden; jedoch der Zwang zur Mehrarbeit blieb, und die tatsächliche Mehrarbeit stieg. Die Notwendigkeit der tariflichen Verankerung der 40-Stunden-Woche ohne Unterschied in der Jahreszeit und unter Verbot von Überstunden springt ins Auge.

Das Klassenbewußtsein der Landarbeiter stärkt sich durch eine Rückbewegung von Teilen des Industrieproletariats aufs Land. Etwa ein Drittel der in Schleswig-Holstein befragten Landarbeiter haben bereits in außerlandwirtschaftlichen Bereichen gearbeitet oder kommen von da, nämlich aus dem Tiefbau, dem Handwerk, Metallberufen, sonstiger Industriearbeit.

Bundesernährungsminister Ertl drückte das bei der Einbringung des Agrarberichts 1978 im Bundestag so aus, „daß bei zurückgehenden außerlandwirtschaftlichen Beschäftigungsmöglichkeiten das landwirtschaftliche Einkommen zwangsläufig auf mehr Menschen verteilt werden muß, als dies bei den bisher gewohnten Abwanderungsraten der Fall gewesen wäre“. Es zeichnet sich ab, daß die Hoffnung, durch die Schaffung von ländlicher Überbevölkerung erneut die Landarbeiter-Löhne drücken zu können, vereitelt wird. Schüler einer Land- und Hauswirtschaftsklasse in Schwäbisch-Hall und die Hochschulgruppe der Gewerkschaft Gartenbau-, Land- und Forstwirtschaft Stuttgart haben Solidaritätsadressen an die streikenden Stahlarbeiter geschickt.

Verteilung der „familienfremden Arbeitskräfte“ auf die Betriebsgrößen, nach „ständig“ und „nichtständig“ beschäftigten, Oktober 1976

Verwendete Arbeitskraft je 100 ha 1974: 153,3 … 3,6

100000 – 50000 – 30000 – 10000

nichtständig / ständig

Betriebsgröße	bis 1–2	2–5	5–10	10–20	20–30	30–50	50 ha
Betriebsfläche in 1000 ha	247,5	576,7	1205,3	2892,4	2579,7	2701,5	2227,9
Zahl der Betriebe	236197	173372	165737	199366	105889	72001	28292

Töpfer expandiert für den Weizenkrieg

z.pel. "Übernationale Gesinnung und humanistische Bestrebungen“ läßt er jährlich die Verleihung von sieben "Europa-Preisen“ – dotiert mit jeweils 25000 DM – fördern: Alfred C. Töpfer, größter europäischer Getreidehändler, Schöpfer der EG-Getreidemarktordnung. Zu 5% will er ab 1.1.1979 die Raiffeisen-Waren-Zentrale, die amerikanischen Genossenschaften Indiana Grain und Goldkist, Uncac (Paris) und Cebeco (Rotterdam) an seinem Agrarunternehmen beteiligen. Seit 1919 ist der Offizier des 1. und 2. Weltkrieges im Getreide-, Sojabohnen-, und Kraftfutterhandel engagiert. Heute umfasst seine Holding, die Alfred Toepfer Verwaltungs AG (Stammkapital 150 Mio. DM) außer dem Handelsunternehmen eine Schiffahrts GmbH, die Intermare Transport GmbH und den Alfred C. Toepfer Eisenhandel. – Einer seiner jährlichen Gewinnsteigerungen bis auf 42,3 Mio. DM 1975/76 bei einem Umsatz von ca. 12 Mrd. folgt in den nächsten beiden Jahren der Fall in die Verlustzone. Der amerikanischen Konkurrenz soll jetzt durch die Übernahme von Silo-, Erfassungs- und Exportkapazitäten in Übersee begegnet werden. Die Uncac soll den Einbruch auf den französischen Markt garantieren. "Nationaler Stolz taugt im internationalen Geschäft wenig“, lobt die westdeutsche Bourgeoispresse.

Änderung der Bundesärzteordnung – Mehr unbezahlte Zwangsarbeit für Medizinstudenten

z.bew. „Der praktische Teil des Medizinstudiums ist auf bis zu 24 Monate zu erweitern. Diese praktische Ausbildung sollte nicht nur in mehr akademischen Lehrkrankenhäusern, sondern auch in allen Krankenanstalten und vor allem in den Praxen niedergelassener Ärzte absolviert werden ...", das hält der von der CDU-Fraktion am 29.11.78 vorgelegte Gesetzentwurf zur Änderung der Bundesärzteordnung fest, d.h. Ausdehnung der kostenlosen Vernutzung der Arbeitskraft der Medizinstudenten im Praktischen Jahr auf 2 Jahre, nicht nur in Akademischen Lehrkrankenhäusern, sondern in allen Krankenhäusern und auch in den Arztpraxen, damit die lohnsenkende und kostendämpfende Wirkung dieser Maßnahme im gesamten Gesundheitswesen zur Geltung kommt.

Weiter sieht der Entwurf eine Verkürzung der Ausbildung an der Hochschule von 5 auf 4 Jahre und zusätzlich zu den zentralen Prüfungen in jedem Abschnitt mündliche Prüfungen vor.

Insgesamt soll er ermöglichen, daß dann auf dem Verordnungswege alle Vorschläge, wie sie derzeit diskutiert werden zur Ausdehnung der unbezahlten Zwangsarbeit für die Medizinstudenten, zur Einführung der Stufenausbildung für Mediziner über Teilapprobationen und zur Verschärfung der Prüfungen eingeführt werden können.

Die SPD hat über ihren Arbeitskreis der Sozialdemokraten im Gesundheitswesen den Vorschlag gemacht, direkt eine Stufenausbildung einzuführen. Als Zugangsvoraussetzung zum Medizinstudium schlägt er vor: einjähriges Krankenpflegepraktikum mit standardisierter Leistungsbeurteilung, danach leistungsgesteuertes Los.

Mitte Dezember ist der Entwurf der CDU im Bundestag beraten worden. Insgesamt plant die Bundesregierung ein Überrumpelungsmanöver. Mit der 2.Novelle zur Approbationsordnung war sie im Dezember 77 etwa genauso weit. Sie hat sie dann Ende Februar 78 verabschiedet.

Schnelle Beratung und Einleitung von Kampfmaßnahmen von Seiten der VDS-Fachtagung Medizin ist jetzt nötig.

Opportunisten-Manöver in Bayern gegen bundesweite Kampfaktionen der Studenten

z.has. Erstmals seit Jahren wurden in diesem Semester bei den Theaterwissenschaftlern und den Germanisten an der Münchener Universität Fachschaftsvertretungen gewählt, hervorgegangen aus hartnäckigen Kämpfen gegen die Stellenstreichungen durch das Kultusministerium, in deren Verlauf bei den Germanisten eine Versammlung von 400 Studenten, bei den Theaterwissenschaftlern ein Aktionstag mit 250 Teilnehmern stattfand. Weit über 1000 Unterschriften waren gesammelt worden. Das gesetzliche Verbot von solchen Versammlungen und Vertretungsorganen hat die Studenten nicht gehindert, sie für ihren Kampf einzusetzen.

Nachdem der Präsident Lobkowicz der Universität München an einem Tag ein Iran-Teach-in und eine Dichterlesung mit Raumverbot belegt hatte, versammelten sich am gleichen Abend 2000 Studenten, um dagegen zu protestieren. An der Technischen Universität in München haben 800 Studenten auf einer Vollversammlung die Forderung nach dem Einspruchsrecht ihrer Vertretungsorgane gegen die ständigen Studien- und Prüfungsverschärfungen beschlossen. 800 Studenten demonstrierten in der zweiten Dezemberwoche gegen Regelstudienzeit und Zwangsexmatrikulation, Stellenstreichungen und Ordnungsrecht.

Unter dem Druck dieser Kämpfe planen die vereinigten Opportunisten und Revisionisten jetzt unter Führung der Marxistischen Gruppe eine Veranstaltung mit anschließender bayernweiter Demonstration „gegen das Raumverbot". Gegen „die politische Offensive von oben" wollen sie „argumentative Auseinandersetzung" wieder möglich machen (Marxistische Gruppe). Eine Vollversammlung an der Universität wollen sie auf keinen Fall – „die wird ja doch verboten", stattdessen Front machen gegen den Aufbau der Vertretungsorgane: „Das sind eh nur Privatvereine." (Marxistische Gruppe) Verhindern wollen sie mit diesem Projekt die bundesweite Zusammenfassung der Studentenmassen im Kampf um das Koalitions- und Streikrecht und die Bezahlung der Arbeitskraft durch eine Demonstration der VDS in Bonn.

Die Fachschaften Geographie und Maschinenbau haben BAFöG-Erhebungen in den Seminaren und Vorlesungen organisiert. In den Wohnheimen wird die angekündigte Mieterhöhung des Studentenwerks bekämpft. Die Medizinstudenten, die als Sitzwachen arbeiten müssen, fordern Lohnerhöhung um 4 DM pro Stunde. Gestützt auf solche Aktionen kann von den Fachschaften der Kampf um die Bezahlung der Arbeitskraft der Studenten geführt werden.

Ägypten und Sudan beschließen gemeinsame Erziehungspläne

z.mih. Die Arabische Liga strebt mit kooperativen Maßnahmen die Erhöhung des wissenschaftlichen und kulturellen Niveaus der arabischen Staaten an. Auf der Tagung der Erziehungs-, Wissenschafts- und Kulturorganisationen der Arabischen Liga (ALESCO) vom 29.7.-2.8.78 in Khartum wurde Djibouti als neues Mitglied aufgenommen. Am 20.8.78 erhielten die Vereinigten Arabischen Emirate zum neuen Schuljahr 300 Lehrer aus Ägypten, Jordanien, Syrien und Sudan. Das Symposium der Arabischen Sprachakademien vom 31.10.-4.11.78 in Damaskus wurde mit dem Aufruf beendet, die Übersetzungen von wissenschaftlichen Büchern ins Arabische zu steigern, mehr spezialisierte Wörterbücher in verschiedenen wissenschaftlichen und technischen Gebieten zu schreiben, und es wurde die Bedeutung der Vereinheitlichung der Dialekte und des Vokabulars betont. Die Jordanische Akademie wurde für die Übersetzung von vier Mathematik-, Chemie- und Biologietexten und die Kairoer Akademie für die Zusammenstellung eines Schulwörterbuchs gelobt.

Ägypten und der Sudan haben jetzt auf der Tagung des Gemeinsamen Technischen Komitees für Erziehung und wirtschaftliche Forschung vom 3.-7.12.78 in Kairo die Koordinierung ihrer Erziehungspläne und die gemeinsame Erstellung von Lehrplänen und Textbüchern beschlossen. Die ersten Schritte dazu sollen in diesem Schuljahr eingeleitet und das Projekt im Schuljahr 1980/81 abgeschlossen werden.

In Sudan soll das Analphabetentum (1975: 80%) bis 1983 auf 50% gesenkt werden. So sind im Fünf-Jahr-Plan 1970-1974 die Lehrpläne den neuen Anforderungen den wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnissen entsprechend revidiert worden. Für 1977-1983 sind 100 Mio. sudanesische Pfund für das Erziehungswesen vorgesehen. Die Zahl der Grundschüler (7-10 Jahre) stieg von 610798 (1969) auf 1162247 (1973/74), die Zahl der Lehrer von 12370 auf 27185 im selben Zeitraum.

Seit dem 1.9.78 ist das militärische Training als nationales Programm Teil des Lehrplans an Hoch- und Technischulen Ägyptens. Neben praktischen Übungen steht die Geschichte Ägyptens auf dem Lehrplan. Das Lernen aus der Geschichte des amtiimperialistischen Kampfes Ägyptens stärkt die Jugend Ägyptens, ihr Land auch weiterhin entschlossen gegen die imperialistische und zionistische Aggression zu verteidigen. Bisher nehmen 432158 Schüler an 574 Schulen an dem militärischen Training teil.

Der VDS-Vorstand muß seine Politik ändern. Wie sonst sollen die Studenten mit Schmude verhandeln?

z.anl. Am 1.12.78 haben 3000 Studenten in Düsseldorf gegen das nordrheinwestfälische Studentenschaftsgesetz demonstriert. Das war eine von den großen Aktionen, die die Studenten gegen die Hochschulgesetze und ihre Verschärfung unternommen haben. Sie waren bei ihren Versuchen, der Regierung auf der Ebene ihrer Bundesländer entgegenzutreten, gespalten. Gegen die erhobenen Forderungen nach Koalitions- und Streikrecht und Ausbildungsentgelt riefen Reformisten und Revisionisten: „Ene, mene, meck, das HRG muß weg" und demütigten die Studenten durch ein abschließendes Saalkonzert mit Hannes Wader, Eintritt 3 DM.

Das BAFöG ist das zentrale Mittel der herrschenden Klasse, mit dem sie die besitzlosen Studentenmassen zwingen will, sich zu entscheiden: entweder in der von ihr gesetzten Zeit zu lernen, die Ideologie der Bourgeoisie zu reproduzieren, oder gleich das Schicksal der ungelernten Arbeiter zu teilen, nämlich der industriellen Reservearmee zugeschlagen zu werden. Über die Ausweitung des BAFöG-Geltungsbereiches auf immer neue Teile der Jugend des Volkes beschlagnahmt der bürgerliche Staat zunehmend größere Kontingente unverbrauchter Arbeitskraft und erweitert die Plünderung der Familien der Arbeiterklasse und des Volkes. Mit dem 6. BAFöG-Änderungsgesetz hat die Regierung bereits angekündigt, über das BAFöG für Bauernkinder die kleinen Bauern, die demnächst zur Buchführung gezwungen werden sollen, doppelt auszuplündern und sie, die nicht die Mittel haben, ihren Landhunger zu stillen, zur schnelleren Abgabe des Landes an die Agrarkapitalisten zu zwingen.

Die Bewegung der besitzlosen Studenten hat im Aufbau der Fachschaften Fortschritte gemacht und große Zusammenschlüsse gegen die Spalterei der Bourgeoisie erreicht. Sie muß ihre Kräfte jetzt darauf konzentrieren, sich eine zentrale Vertretungskörperschaft zu schaffen, mit der Schmude über die Bezahlung der Arbeitskraft und die Rahmenbedingungen des Studiums verhandeln muß. Mit allen geeigneten Mitteln muß man den VDS-Leitkrokodilen ihre klebrigen Tränen trocknen und sie aus dem Parlamentssumpf jagen. Wissen sie sich auf dem Boden der Klasseninteressen der besitzlosen Studenten nicht zu bewegen und hören sie nicht auf deren Aufträge, so muß man sie aus ihren Funktionen entfernen.

Die Landesfachschaftenkonferenz Sozialwesen hat auf ihrer Sitzung in Essen beschlossen:

„Die Landesfachschaftenkonferenz Sozialwesen vom 9./10.12.78 fordert die VDS auf, auf der nächsten Mitgliederversammlung der VDS den Beschluß der Bundesregierung zum BAFöG, der die Verlängerung der Laufzeit des BAFöG um ein Jahr, bis zum 1.10.79 und dann die Erhöhung des Höchstsatzes um 40 DM, ansonsten um 6%, anschließend Dynamisierung um 3% bedeutet, auf der Tagesordnung zu behandeln, um 1. eine bundesweite Untersuchung über die Wirkung dieses Gesetzes einzuleiten und 2. bundesweite Maßnahmen gegen diesen Beschluß einzuleiten."

1300 Studenten der Universität Frankfurt haben auf ihrer Vollversammlung am 7.12.78 beschlossen:

– zu Fachschaftswahlen mit einer Satzung mit politischem und imperativem Mandat dieses Semester aufzurufen
– Wahlen zum Studentenparlament vom 22.–26.1.79 durchzuführen
– sich gegen den Radikalenerlaß und Anhörungen auszusprechen und Vernichtung aller Eintragungen in die Personalakten zu fordern
– den Kampf des iranischen Volkes zu unterstützen und Ausweisungen und Verbotsdrohungen zu bekämpfen.

Beschlüsse der VDS-Fachtagung Ernährung, Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Gartenbau:

Brief an den VDS-Vorstand:
„Die Fachtagung ELFG gibt dem VDS-Vorstand folgende Auffassung zur Kenntnis und fordert ihn auf, seine Auffassung entsprechend zu überprüfen: Wir halten eine Anhebung des Elternfreibetrags auf 1500 DM oder mehr für erforderlich. Wir sind der Meinung, daß jeder BAFöG-Bezieher 100 DM mehr erhalten muß."

Brief an die Gewerkschaft GGLF:
„Die Fachtagung ELFG begrüßt den Beschluß des Hauptvorstandes der GGLF, Auszubildende und Praktikanten in die Lohn- und Manteltarifverträge einzubeziehen, sowie die 40-Stundenwoche an fünf Tagen einzuführen ..."

Aus dem Beschluß des 2. Kongresses der Fachschaften und Fachbereichsgruppen Baden-Württembergs am 9.12.78 in Stuttgart:

„Um die Einheit der Studentenbewegung gegen die Regierungsbeschlüsse zum BAFöG herzustellen auf Grundlage der Forderungen: 100 DM mehr für alle BAFöG-Bezieher, 1500 DM Elternfreibetrag, rückwirkend ab 1.10.78, Koalitions- und Streikrecht, führen die Fachschaften und Fachbereichsgruppen am 17.1.1979 einen ‚Tag der Fachschaften gegen die dauernden BAFöG-Senkungen' durch. Dieser Tag soll an allen Fachbereichen und Instituten Baden-Württembergs durchgeführt werden als Warnstreik oder mit warnstreikähnlichen Aktionen, in denen der Lehrbetrieb oder Teile des Lehrbetriebs lahmgelegt werden ... Zur einheitlichen Organisierung der Studentenbewegung in Westdeutschland und Westberlin gegen die Regierungsbeschlüsse zum BAFöG und die dauernden BAFöG-Senkungen, für Bezahlung der Arbeitskraft, schlagen wir vor, daß der Vorstand der VDS im Januar in Bonn ... eine Demonstration der Vereinigten Deutschen Studentenschaften organisiert und dazu aufruft ... Wir sind entschieden gegen seine bisherige Politik, die Unterwerfung unter und die Kapitulation vor den Regierungsbeschlüssen bedeutet ... Der VDS-Vorstand ruft die ASten auf: ‚... arbeitet mit dem offenen Brief, tretet mit exemplarischen Einzelfällen von BAFöG-Opfern Eurer Hochschulen an die Öffentlichkeit' und er rät, diese den Bundestagsabgeordneten vorzuführen, auf daß es ihr Herz erweiche ..."

Die Fachschaftskonferenz der Universität Karlsruhe hat am 18.12.78 beschlossen:

1. den VDS-Vorstand aufzufordern, bis Ende Januar 79 zu einer bundesweiten Kundgebung und Demonstration gegen die Regierungsbeschlüsse aufzurufen, 2. den VDS-Vorstand darüberhinaus aufzufordern, in der Zeit vom 15.1.79 zu bundesweiten vorbereitenden Aktionen aufzurufen.

Jean Paul Sartre und der imperialistische Krieg: Selbstmord oder Fahnenflucht

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung
Herausgegeben von der Kommunistischen Hochschulgruppe Westberlin für die Freie Universität
18. Dezember 1978 Jg. 1 Nr. 26

z.müp. Immer wenn sich die Klassenwidersprüche zuspitzen und der Klassenkampf sich verschärft, benötigt die Bourgeoisie Ideologen, die es verstehen, diese Widersprüche abzustumpfen und das Proletariat ideologisch zu entwaffnen. Jean Paul Sartre ist einer von ihnen, die sich in dieser Hinsicht weltweit einen Namen gemacht haben. Ein Beispiel, wo Sartre sich für die Bourgeoisie verdient gemacht hat, ist seine Haltung zum Algerien-Krieg der französischen Imperialisten.

Am 1. November 1954 begann das algerische Volk erneut mit dem bewaffneten Befreiungskampf gegen die französischen Imperialisten. Schnell konnten Erfolge erzielt werden im bewaffneten Kampf. Als die Imperialisten schon fast am Rande einer Niederlage standen, wurde ein riesiges Expeditionskorps 1956 nach Algerien verschifft, um die Lage zu wenden. 1957 im Mai meldete sich dann Sartre in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „Les temps modernes" zu Wort. Eine Broschüre von heimgekehrten französischen Soldaten über die Folterungen an algerischen Befreiungskämpfern war erschienen und Sartre empfahl sie jedem zu lesen. „... und ich wünsche, daß alle Franzosen sie lesen werden. Wir sind nämlich sehr krank, sehr krank. Fieberhaft und besessen von seinen alten Siegesträumen und dem Gefühl der eigenen Schande quält sich Frankreich in einem unbestimmten Alptraum, den es weder fliehen noch deuten kann." Wer ist besessen von alten Siegesträumen und vom Gefühl der Schande? Sartre hat die Frage schon selbst beantwortet: Frankreich und die Franzosen. Begeistert greift er die Propaganda der westdeutschen Imperialisten von der Kollektivschuld des deutschen Volkes an den Verbrechen des Hitler-Faschismus auf und versucht sie auf die französischen Arbeiter und Bauern anzuwenden. „Falsche Unschuld, Flucht, Unaufrichtigkeit, Einsamkeit, Schweigen, zurückgewiesene und zugleich angenommene Komplizität, das haben wir im Jahre 1948 Kollektivschuld genannt. Zu der Zeit durfte die deutsche Bevölkerung nicht beanspruchen, keine Ahnung von den Konzentrationslagern zu haben. Geht doch, sagten wir." Abgesehen davon, daß es die westdeutschen Gegenstücke zu Sartre wie Hochhuth und Böll waren, die das Gerede von der Kollektivschuld in die Welt gesetzt haben und die westdeutsche Arbeiterklasse dies nie akzeptiert hat, abgesehen davon zeigt sich hier der Wert der Sartre'schen Auffassung für die Bourgeoisie. Weil es der Arbeiterklasse nicht gelungen ist, die Verbrechen am algerischen Volk zu verhindern, trägt sie auf einmal die Verantwortung für diese Verbrechen. Damit ist die Grundlage geschaffen dafür, daß sich das französische und das algerische Volk niemals zusammenschließen können. Was bleibt, ist die Hinwendung, der Appell an die eigenen Bourgeois. „... sehen wir der Wahrheit ins Antlitz. Sie nötigt jeden von uns, öffentlich die begangenen Verbrechen zu verurteilen oder sie bei vollem Bewußtsein auf sich zu nehmen." Daß es die Bourgeois waren, die in ihrem Streben nach Höchstprofit diese Verbrechen bei vollem Bewußtsein begangen haben, ist aus der Welt. Sartres konkrete Haltung zum Algerienkrieg hat seine Grundlage in seiner allgemeinen existentialistischen Haltung zum Krieg. „Wenn ich in einen Krieg einberufen werde, ist dieser Krieg mein Krieg, weil ich mich jederzeit ihm hätte entziehen können, durch Selbstmord oder Fahnenflucht. Da ich mich ihm nicht entzogen habe, habe ich ihn gewählt ..., denn es hätte von mir abgehangen, daß dieser Krieg für mich und durch mich nicht existiert, und ich habe entschieden, daß er existiert." Selbstmord oder Fahnenflucht, was ja in solchen Zeiten wohl nur eine andere Form des Selbstmordes ist, diese Alternative kennt man aus dem Religionsunterricht bei der Behandlung des Faschismus. Mit Hilfe der existentialistischen Theorie von der „Freiheit der Wahl", d.h. daß jedes Individuum in jeder Situation die Freiheit hat, sich so oder so zu entscheiden, wird das schlichte Überlebensbedürfnis der in der Armee gepreßten Proletarier, die ja wissen, daß die Verhinderung eines Krieges nicht das Werk einzelner Individuen ist, sondern Ergebnis der bewußten Anstrengung der ganzen Klasse, dazu benutzt, ihnen die Verantwortung für den Krieg aufzubürden. Die Schlechtigkeit der Proletarier, ihre Selbstsucht ist es also, die es verunmöglicht, den Krieg zu verhindern, bzw. ihm eine Ende zu bereiten.

Die westdeutschen Arbeiter haben Erfahrung mit solcherlei Theorien und sie haben ihre Lehren daraus gezogen. „Gelingt es dem Proletariat nicht, einen weiteren imperialistischen Weltkrieg zuvorzukommen, so wird es zu seiner Aufgabe, den imperialistischen Krieg in den Bürgerkrieg gegen die eigene Bourgeoisie zu verwandeln." (Programm des KBW)

17 Mio. DM für die Mobilmachung – Unterhaltssicherungsgesetz im Verteidigungsausschuß

z.brp. Die Geldleistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz wollen sie der wirtschaftlichen Entwicklung anpassen, haben die Bundestagsabgeordneten am 14. Dezember feststellen lassen. Der entsprechende Gesetzentwurf – Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung des Unterhaltssicherungsgesetzes (Drucksache 8/2356) – wurde an den Verteidigungsausschuß weitergeleitet.

Das Unterhaltssicherungsgesetz in der jetzt gültigen Fassung vom März 1975 legt „allgemeine Leistungen", Einzelleistungen und Sonderleistungen für den Grundwehrdienst leistenden Wehrpflichtigen und den Grundwehrdienst leistenden Sanitätsoffizier" fest. *Allgemeine Leistungen* erhält der Wehrpflichtige, wenn er – gerichtsoffiziell festgestellt – unterhaltspflichtig gegenüber engen Familienangehörigen ist. *Und* wenn er mindestens 12 Monate lang gearbeitet hat, sozialversicherungspflichtig. Verheiratet zu sein, genügt nicht, um Anspruch auf Unterhaltssicherung zu haben; so wirken die Bestimmungen aus dem Unterhaltssicherungsgesetz als Transmissionsriemen, die Frau des Wehrpflichtigen für jedweden Lohn in die Fabrik zu pressen. Mindestens ein Kind mit „Unterhaltsanspruch gegen den Wehrpflichtigen" muß da sein. Auf Basis des Nettoeinkommens des Wehrpflichtigen – unberücksichtigt bleiben nach der noch gültigen Regelung: der Wehrsold, Lohnbestandteile wie Weihnachtsgeld, Übergangsgelder und -beihilfen, Einkünfte des Wehrpflichtigen aus seiner Tätigkeit vor der Einberufung die während des Wehrdienstes eingehen – errechnet sich das Unterhaltsgeld: bei 600 DM netto erhält er bei einem Unterhaltsanspruchberechtigten: 427 DM, bei 1000 DM: 605 DM, bei 1500 DM: 831 DM monatlich.

Apel schreibt in der Begründung des neuen Gesetzentwurfes: „Mit dem Gesetzentwurf sollen in erster Linie die Leistungen der wirtschaftlichen Entwicklung angepaßt werden... Die derzeitigen Tabellensätze gelten seit dem 1. April 1973. Seit der Zeit sind die Einkommen allgemein um ca. 35 v.H. gestiegen... die Tabellensätze (stellen) den Lebensbedarf in jedem Fall sicher." Bei gleichen Voraussetzungen erhält der Wehrpflichtige bei 600 DM netto nach dem Gesetzentwurf: 486 DM, also nicht 35% mehr als bisher, sondern 11,3%. Bei 1000 DM: 656 DM gleich 8,4% mehr; bei 1500 DM erhält er wie bisher 831 DM. Wobei jetzt von dem Nettolohn des Arbeiters noch der Wehrsold, die Lohnbestandteile und die Übergangsgelder und -beihilfen *abgezogen* werden.

Sonderleistungen, die 90 v.H. der Unterhaltszahlungen nicht übersteigen dürfen, werden zusammengestrichen: die Zuschüsse zur privaten Krankenversicherung fallen weg; Begründung: in der Bundeswehr gibt es das San-Wesen und das reicht; die Beiträge zur freiwilligen Höherversicherung in der Rentenversicherung oder Beiträge zur überbetrieblichen Alters- oder Hinterbliebenenversorgung werden nur noch mit 60% erstattet.

Der Köder ist die Neufassung der Mietbeihilfe, sie kann jetzt bis zu 90 v.H. des Unterhaltssicherungssatzes betragen. Nur – wer wohnt als unverheirateter Wehrpflichtiger nicht bei seinen Eltern oder als verheirateter nicht mit seiner Frau zusammen? Und wem kann die Bundeswehrführung nicht zumuten, das Mietverhältnis aufzulösen, wo sie doch mit der Kasernierung den wehrpflichtigen Soldaten ein Dach über dem Kopf gewährt?

Voller Tücke ist der neue Gesetzentwurf, Mittel, Jugendliche mit Versprechungen, die Unterhaltssicherung würde den Wehrsold entscheidend aufbessern, in die Armee mit Zeitverpflichtung zu locken, Mittel, den Kampf der Soldaten für die Bezahlung ihrer Arbeitskraft zu zersetzen. 35% mehr Einkommen seit 1973? so wie das eine Lüge Apels über die Löhne der Arbeiterklasse ist, ist es eine Lüge, die Unterhaltssicherung würde den Lebensbedarf, der Reproduktion, genügen.

Dennoch sollen die jährlichen Mehrausgaben 17 Millionen DM betragen. Aus Mehrkosten für die Unterhaltssicherung kommen sie nicht. Es ist die *Verdienstausfallentschädigung*, die die Bundeswehr zahlt, „wenn der Wehrpflichtige eine Wehrübung oder unbefristet Wehrdienst leistet" – wenn er zu Reserveübungen einberufen wird oder wenn er für die Bourgeoisie in den Krieg geschickt wird. Ledige und verheiratete Soldaten erhalten dann Mindesttagessätze, höchstens jedoch 150 DM täglich (bisher 100 DM). Die Mindesttagessätze, gestaffelt nach den Dienstgraden, sind bei verheirateten Wehrpflichtigen in allen Dienstgraden verdoppelt und bei ledigen verdreifacht worden. Erste Voraussetzung der Einsatzfähigkeit der Truppe ist, daß die Soldaten *da* sind. Bei den diesjährigen Reservistenübungen waren die Reservisten *nicht da*. Teilweise sind nur 10% dem Einberufungsbefehl gefolgt.

Luftunterstützungswaffen der NATO-Panzerverbände

Stationierung des amerikanischen Erdkampfjägers A-10 in der BRD geplant

r.kea. Das Hauptquartier der US-Luftwaffe in Europa hat bekanntgegeben, daß noch 1979 eine Staffel des Erdkampfjägers A-10 auf dem Bundeswehrflugplatz Ahlhorn bei Oldenburg stationiert werden soll. Ein Bundeswehrsprecher des Stützpunktes bestätigte, daß die Flugzeuge der US-Luftwaffe für drei Monate Übungsflüge in der Region durchführen sollen. Die „Fairchild A-10 Thunderbolt" ist ein schwerer Luft-Boden-Jäger, dessen militärische Aufgabe darin besteht, Luftunterstützung für angreifende Panzerverbände zu geben bzw. feindliche gepanzerte Bodenwaffen anzugreifen.

Der Luftwaffenstationierungsplan in Ahlhorn ist ebenso wie die bereits stattgefundene Stationierung der 4000-Mann-Panzertruppe in Garlstedt Teil der neuen amerikanischen Kriegsplanung in Europa. 1978 hat der US-Imperialismus seine Besatzertruppen in der BRD um 8000 Mann verstärkt. Schon seit 1977 haben die USA den Langstrecken-Luftjäger F-15 „Eagle" in der Eifel stationiert. Der US-Imperialismus will für den Kriegsfall das unbestrittene militärische Übergewicht *auf europäischem Boden* herstellen und seine Kräfte *im Einsatzgebiet* üben. Zu diesem Zweck ergänzen sich die Garlstedter Panzertruppe und die geplante Staffel des Luftunterstützungsjägers hundertprozentig.

Die BRD-Imperialisten haben in Konkurrenz zum US-Imperialismus innerhalb der NATO eigene Luftwaffenprojekte durchsetzen können. Beispielsweise sollen die Leichten Kampfgeschwader (LeK) 41 Husum und LeK 43 Oldenburg mit dem neuen Alpha-Jet anstelle der alten Fiat G-91 ausgerüstet werden. Der Alpha-Jet ist wie die A-10 ein Erdkampfjäger. Von dem schwergepanzerten amerikanischen Flugzeug unterscheidet sich der Alpha-Jet (BRD/Frankreich) durch seine leichtere Bauweise, höhere Wendigkeit und Geschwindigkeit. Was den Fluglärm der beiden Tiefflieger angeht, so stehen sie sich in nichts nach.



Bild oben: 8 Tonnen an Kampfmitteln, mehr als die Hälfte seines Leergewichts kann der US-Erdkampfjäger A-10 pro Einsatz abfeuern. Bild unten: der „europäische" Erdkampfjäger Alpha-Jet und Teile seiner Bewaffnung.

Zentralkomitee der Katholiken: „Gewissensentscheidungen müssen begründbar sein"

z.bil. „Freiheit der Gewissensentscheidung" ist eine bürgerliche Parole, weil die „Freiheit" gibt's nicht, genausowenig wie die Gedanken „frei" sind, eine andere bürgerliche Losung, die die Bourgeoisie zwecks Roßtäuscherei hegt. Soll man sie verteidigen? Gegen das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken, daß in seiner neuesten Erklärung nicht die „Freiheit der Gewissensentscheidung", sondern die „Gewissensprüfung" befürwortet? Es ist eine richtig scharfe Erklärung. „Hinter der Meinung, daß das Gewissen weder rechenschaftsfähig noch rechenschaftspflichtig sei, stehe eine Tendenz zur Privatisierung der Moralität, die weit über die Auseinandersetzung zur Wehrdienstverweigerung hinaus für das Leben in einem freiheitlich demokratischen Staat von Bedeutung sei... Wer seine Gewissensentscheidung gegen eine rational-kritische Überprüfung immunisiert, der verkürzt sein Recht auf sittliche Selbstbestimmung zu einem Privileg persönlicher Willkür". Ernst zu nehmen ist die Sache, das Zentralkomitee der Katholiken empfiehlt als Grundlage für ein neues Zivildienstgesetz folgendes: Der „Verweigerer" soll aufgrund einer ausführlichen schriftlichen Begründung durch einen Ausschuß anerkannt werden, der sich aus einem staatlichen Beauftragten und zwei weiteren Mitgliedern zusammensetzen soll, die „Erfahrung in der Jugend- und Sozialarbeit haben". Lehnt der Ausschuß ab, wird eine „Anhörung" vorgeschlagen, bei der die „Glaubwürdigkeit des Antragstellers maßgebend ist". Das vordergründige Gezeter um das „Gewissen" stellt sich so als „Zivildienstübung" zur Abrichtung auf den Arbeitsdienst heraus. Wer sich so hat „überprüfen" lassen und mit seinem „Gewissen" bestanden hat, ist wohl auch gut für den Arbeitsdienst. Der Bedarf ist groß. Im Bereich des Umweltschutzes sollen bis 1980 60000 Zivildienstplätze her. Die Zeitschrift „Zivildienst" bemängelt, daß die unzureichende Belegung zum überwiegenden Teil auf den Grundsatz der Freiwilligkeit zurückzuführen sei". Entsprechend sind die Aufgaben, in die die Zivildienstpflichtigen gezwängt werden: bis jetzt rund 50 „Beschäftigungsmöglichkeiten wie Aufforsten von Windbrüchen, Deichbau, Mithilfe bei Sperrmüllabfuhr, Bauaufsicht, Luftreinhaltung, Verfolgen von ungenehmigten Unratsablagerungen". Ein Zivildienstpflichtiger sollte spätabends „Schmutzfinken" fotographieren. Schon 1971 haben die Zivildienstpflichtigen das „Modell Umweltschutz" durch Streik verhindert. Iven ist zwecks Erhöhung der Zivildienstpflichtigenzahlen an die Wehrverwaltung herangetreten. Besser kann nicht bewiesen werden, daß das „Gewissen" zentral durch Anerkennungsquoten festgelegt ist.

Die Pläne der Bundesregierung sind bekannt: Die Reform des Wehrdienst- und Zivildienstgesetzes sieht Grundausbildung in Kasernen vor. Knapp 51% schon unterworfen. Ein Sofortprogramm von 50 Mio. DM ist zur Errichtung weiterer „Dienstunterkünfte" beschlossen. Vorbereitung auf den Arbeitsdienst ist auch die Erklärung des Zentralkomitees deutscher Katholiken. Wie die hartnäckigen Kämpfe der Zivildienstpflichtigen zurückschlagen, die von der Arbeiterbewegung unterstützt werden? Die Bourgeois erinnern sich noch gut an den Streik der Zivildienstpflichtigen im Februar. Jede Erklärung jetzt zur Unterstützung des Stahlarbeiterstreiks, die Forderung nach Gewährung des vollen Dienstausgleichs für Zusatzdienste und auf Einhaltung der 40-Stunden-Woche beweist die Kampfkraft der Zivildienstpflichtigen.

Rumänien: Die nationale Verteidigung ist Sache des ganzen Volkes

Gegen Tributforderungen der Sozialimperialisten: Kürzung des Militärbudgets

z.pek. Am 20. Dezember hat die rumänische Regierung eine Kürzung des Militärhaushalts für das Jahr 1979 um 500 Mio. Lei, das sind 4% des ursprünglichen Voranschlags, bekanntgegeben. Der bei den Militärausgaben gekürzte Betrag wird zur Erhöhung der staatlichen Familienzuschüsse verwendet werden. Weiters wurde die Anhebung der Mindestrenten für Kriegsversehrte vonn 800 Lei auf 1400 Lei sowie deren allgemeine Erhöhung um 10 bis 78% beschlossen. Die Maßnahmen richten sich direkt gegen die Forderungen der Sozialimperialisten nach Erhöhung der Tributzahlungen für die Streitkräfte des Warschauer Pakts. Diesen Ausplünderungs- und Unterwerfungsansprüchen der Neuen Zaren ist Rumänien auf der Tagung des Warschauer Pakts in Moskau Ende November offen entgegengetreten. Präsident Ceausescu erklärte, daß „die Festigung der Verteidigungsfähigkeit unseres Landes auf dem vielseitigen Aufschwung der Volkswirtschaft gründet und daß die zu diesem Zweck getroffenen Maßnahmen die Erfüllung des Programms zur Hebung des materiellen und kulturellen Lebensstands des Volkes nicht verhindern dürfen" und daß sich die rumänische Armee „ausschließlich den Führungsstellen von Partei und Staat in unserem Vaterland unterordnet und sich vor dem eigenen Volk verantwortet".

Gegen die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte fordert Rumänien die Auflösung der beiden imperialistischen Militärbündnisse NATO und Warschauer Pakt und verstärkt gleichzeitig seine Anstrengungen zur Verteidigung seiner nationalen Souveränität. In zahlreichen Telegrammen haben Soldaten und Offiziere der rumänischen Armee die entschlossene Haltung Präsident Ceausescus auf der Tagung des Warschauer Pakts unterstützt und erklärt: „Wir sind uns der Verantwortung bewußt, einen erhöhten Beitrag zur Festigung der Verteidigungsfähigkeit des Landes zu erbringen und jederzeit bereit zu sein, die Urväterscholle, die nationale Unabhängigkeit und Souveränität des sozialistischen Rumänien ergeben und selbstlos zu verteidigen."

Die militärische Verteidigung der nationalen Souveränität wird vom ganzen Volk getragen. Unmittelbar nach der sozialimperialistischen Invasion in der CSSR im Jahr 1968 wurden in Rumänien die „Patriotischen Garden" als bewaffnete Organe des Volkes aufgebaut. In ihnen sind die Arbeiter und Bauern zur Verteidigung ihrer eigenen Betriebe und Ortschaften zusammengeschlossen. Der Beitritt zu den Patriotischen Garden ist freiwillig. Die Ausbildung erfolgt durch Offiziere der Armee. Die Armee stellt auch die Bewaffnung und Munition zur Verfügung. Zu den Aufgaben der Patriotischen Garden gehört auch die Störung der Nachschub- und Verbindungslinien eines eingedrungenen Aggressors.

Die Frauen nehmen gleichberechtigt an den Aufgaben der militärischen Verteidigung teil. Die Arbeiterinnen der Industriebetriebe erhalten ihre militärische Ausbildung bei den Patriotischen Garden, – Schülerinnen der Mittelschulen werden in den Jugendorganisationen militärisch ausgebildet. An den Hochschulen wurden eigene Einheiten zur militärischen Ausbildung der Studentinnen eingerichtet.

Zu den Aufgaben der Armee gehört auch die Teilnahme der Soldaten an der produktiven Arbeit zum Aufbau der nationalen Wirtschaft. Dazu erklärt Präsident Ceausescu: „Mit der Teilnahme der Soldaten wird das Entwässerungs- und Bewässerungsprogramm, das zusammen 4 bis 5 Mio. Hektar umfaßt, durchgeführt. Überdies müssen die großen Wasserläufe reguliert werden und wir werden den Kanalbau wieder aufnehmen und in einigen Jahren beenden, um die Donau in einem kürzeren Flußbett mit dem Meer in Richtung Konstanza zu verbinden."

Der Verschärfung der Rivalität der beiden Supermächte auf dem Balkan tritt Rumänien unter den Forderungen nach „friedlicher Zusammenarbeit zwischen den Ländern dieses Raums, ohne ausländische Truppen und ohne Militärstützpunkte" entgegen. Mit dem „Gesetz über die Organisation der nationalen Verteidigung" vom Dezember 1972 hat Rumänien seine feste Entschlossenheit ausgedrückt, jeden Aggressor zurückzuschlagen. Es heißt dort in den allgemeinen Bestimmungen: „Es ist verboten, jedwede Handlung eines fremden Staates oder gleichwelche Situation, unabhängig von ihrer Art, einschließlich die allgemeine Kapitulation oder die Besetzung des Landes zu billigen oder anzuerkennen." Das ist eine deutliche Warnung an beide Supermächte.



Übung der Patriotischen Garden: Arbeiter verteidigen die eigenen Betriebe, Bauern die eigenen Ortschaften

US-Imperialisten fürchten um Existenz des Pak-Regimes

z.pek. Die diplomatische Anerkennung der Volksrepublik China, mit der die US-Imperialisten die diplomatischen Beziehungen zur Tschiang-Clique abbrechen und Taiwan als Bestandteil der Volksrepublik China anerkennen mußten, ist eine Schlappe für ihre weitere politische Einmischung in



Asien. Schon sorgen sie sich um „die bröckelnde Allianz mit Südkorea". Dabei ist es gerade ein halbes Jahr her, daß der Sonderbeauftragte Carters, Brzezinski, dem US-imperialistischen Marionettenregime Pak Jung He anläßlich „der bevorsteheneden Normalisierung der Beziehungen zu China" ausdrücklich „die Treue der USA zu ihren Verpflichtungen" versicherte. Carter's Kriegsminister wagte bei seinem Besuch in Seoul Anfang Dezember diese Versicherung, Südkorea weiterhin militärisch besetzt zu halten und auszubeuten, nicht mehr offen auszusprechen.

In mehreren Demonstrationen forderten die Studenten der Universitäten von Seoul und Koryo in den vergangenen Monaten den Sturz des Pak-Regimes, die Aufhebung der Notstandsgesetze und volle Organisationsfreiheit für die Studenten- und Arbeiterbewegung.

Der Kampf des koreanischen Volkes für friedliche Wiedervereinigung auf der Grundlage der Vertreibung der US-Besatzer wird von der Volksrepublik China unterstützt. Die Außenministerkonferenz der Blockfreien Länder hat ihre Unterstützung für die friedliche Wiedervereinigung Koreas im Juli erneut bekräftigt. Mit dem Vorschlag der „Aufnahme beider koreanischer Staaten in die UNO" versuchen die US-Imperialisten, die Spaltung des Landes zu verewigen und die politische Isolierung des Pak-Regimes aufzuhalten. Vergeblich. Im September hat Afghanistan die diplomatischen Beziehungen zur südkoreanischen Pak-Clique abgebrochen und mit der alleinigen Anerkennung der Demokratischen Republik Korea seine Unterstützung für die Wiedervereinigung des Landes ausgedrückt.

Angola: Supermächte verstärken Einmischung und Aggression

z.elb. Mit der Entlassung einiger angolanischer Regierungsmitglieder, die für die volle Unterwerfung Angolas unter wieder vollständig in Alarmbereitschaft zu versetzen. Sie versucht, die Regierung Angolas zu erpressen mit

Angola: Supermächte verstärken Einmischung und Aggression

z.elb. Mit der Entlassung einiger angolanischer Regierungsmitglieder, die für die volle Unterwerfung Angolas unter den Sozialimperialismus eintraten und die Ausdehnung wirtschaftlicher Beziehungen zu westlichen Ländern boykottieren wollten, versucht Angola, sich Luft zu verschaffen gegen die totale Ankettung an die SU-Imperialisten. Besatzung durch kubanische Söldnertruppen; ein „Freundschaftsvertrag" mit der Sowjetunion, der Angola zu Konsultationen über „Fragen, die verschiedene Angelegenheiten betreffen, darunter solche in internationalen Organisationen und auf internationalen Konferenzen" zwingt; massivste Ausplünderung, indem dem angolanischen Volk Rohstoffe und landwirtschaftliche Erzeugnisse weit unter Welthandelspreisen gestohlen werden – das ist die „friedliebende" Außenpolitik, die Politik des „gegenseitigen Nutzens" der einen Supermacht, der UdSSR. Die andere nutzt die Lage und treibt ihre südafrikanische Söldnerarmee zur Intervention an, so daß die angolanische Regierung gezwungen war, ihre Armee wieder vollständig in Alarmbereitschaft zu versetzen. Sie versucht, die Regierung Angolas zu erpressen mit der Forderung nach Abzug der Kubaner als Vorbedingung zur Normalisierung der Beziehungen zwischen Angola und den USA. Die EG-Imperialisten können mit den Supermächten nicht ganz mithalten, ihre Absichten sind aber nicht geringer. Als der belgische Außenminister Simonet Ende August Angola besuchte, bekundete er sein lebhaftes Interesse an den Diamantminen und Erdölvorkommen, an denen die belgischen Imperialisten noch Anteile besitzen.

Trotz Erpressung und Bedrohung hat sich Angola der Comecon-Assoziationsforderungen der Sozialimperialisten bislang widersetzen können. Vielmehr erwägt die Regierung, sich den AKP-Staaten anzuschließen (53 Staaten Afrikas, des Pazifik und der Karibik), die sich gegenüber der EG im Abkommen von Lomé wirtschaftlich zusammengeschlossen haben.

Einmischung des Papstes in die Angelegenheiten Chiles und Argentiniens

z.hef. Kurz bevor er selbst nach Mexiko fährt, schickt der Papst seinen Kardinal Samore nach Chile und Argentinien. Er soll im Streit zwischen den beiden Ländern um drei Inseln im Beagle-Kanal „vermitteln".

1881 regelten Argentinien und Chile verschiedene Grenzfragen in einem Vertrag und legten fest: Das Land nördlich des Beagle-Kanals sollte zu Argentinien, südlich des Kanals bis Kap Horn zu Chile gehören. Chile hat die Inseln im Besitz und vertritt, daß der Kanal nördlich der Inseln verlaufe. Die Regierung Argentiniens fordert die Herausgabe mit der Begründung, der Beagle-Kanal verlaufe südwestlich der drei Inseln. Seitdem beide Länder die 200-Meilen-Zone erklärten, haben die Inseln eine viel größere Bedeutung. Chile ist nicht bereit, über die Inseln selbst zu verhandeln, wohl aber über die Grenzziehung zwischen den jeweiligen 200-Meilen-Zonen, die wesentlich davon abhängt, wessen Staatsgebiet die Inseln sind.



Chile und Argentinien versuchen seit ihrer Unabhängigkeit, ihre Widersprüche unter sich zu lösen. Die Imperialisten nehmen diese Widersprüche immer wieder zum Anlaß, sich einzumischen. 1902 setzte der britische Imperialismus durch, daß Chile und Argentinien die *britische Regierung* als Schlichter in Streitfragen festlegten, diesselbe Regierung, die bis heute Inseln als Kolonien besetzt hält, die zu Argentinien gehören. 1972 beschlossen Chile und Argentinien, mit Britanniens Schlichtungseinmischung für die Zukunft Schluß zu machen. Aber noch 1977 konnte die britische Königin den Schiedsspruch einer von der britischen Regierung bestellten Schiedskammer offiziell verkünden, wonach die Inseln zu Chile gehörten. Mitglieder der Kammer waren Vertreter der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Schwedens und Nigerias.

Chile und Argentinien stimmten Ende 1978 überein, den Streit mit Hilfe der Organisation Amerikanischer Staaten beizulegen. Die Einmischung des Papstes kam dem zuvor. Der Papst vertritt die Interessen der Imperialisten. Er macht es gern. Ein nicht unbeträchtlicher Teil des Kapitals der katholischen Kirche hat schließlich seinen Ursprung in geraubtem Gold aus Lateinamerika.

„Gemeinsamer Markt für Kohle" – eine Bilanz

Kumpanei zwecks Raub und Ausbeutung / Wachsende Konkurrenz unter EG-Kohlekapitalisten

z.scc. Was trieb, vor gut 27 Jahren, die Imperialisten Frankreichs, der BRD, Italiens, der Niederlande, Belgiens und Luxemburgs, die „Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl" (EGKS) zu gründen? Den „gemeinsamen Markt für Kohle" zu errichten, der als erster „gemeinsamer Markt" am 1.2.1953 in Kraft trat und dem sich 1973 Großbritannien, Irland und Dänemark beigesellten?

Sicherung der Energiebasis – Grundlage der Expansion

Ob auf der Sieger- oder der Besiegtenseite: deklassiert, zermürbt, geschwächt, wachsendem Druck durch die imperialistische Hauptmacht USA ausgesetzt, waren die westeuropäischen Imperialisten aus dem zweiten Weltkrieg hervorgegangen. Sofern sie, wie die westdeutschen und italienischen Imperialisten, ihre ehemaligen Kolonien nicht längst verloren hatten, war unübersehbar, daß sie sie und mit ihnen einen Grundpfeiler ihrer alten Macht und ihres alten Reichtums in absehbarer Zukunft verlieren würden: Der Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt nahm stürmischen Aufschwung.

Besonders hart kam die zwar geschwächten, in ihrer Raublust aber ungehemmten westeuropäischen Imperialisten der drohende Verlust der afrikanischen, nahöstlichen und asiatischen Ölfelder an. 1948 hatten sie u.a. unter ihrer Kolonialherrschaft: Nigeria, Libyen, die Vereinigten Arabischen Emirate, Kuweit, Indonesien, Algerien, Katar, Oman, Gabun, Brunei, Angola, Tunesien, Bahrein, Zaire, Länder also, deren Erdölproduktion *1977* genau 20% der Weltförderung ausmacht. Schlag auf Schlag schüttelten diese Völker das Kolonialjoch ab. Daß sie über deren Reichtümer nicht mehr frei verfügen können, haben die westeuropäischen Imperialisten bis heute nicht verwunden.

Die Sicherung der Energiebasis wurde für sie zur Lebensfrage. Ohne diese Frage zu lösen, hatten sie keinerlei Aussicht, ihre Profitwirtschaft zügig in Gang zu bringen, eine Spitzenstellung in der Ausbeutung der Arbeiter zu erreichen, erneut die Expansion voranzutreiben und den Kampf um die Weltherrschaft wieder aufzunehmen.

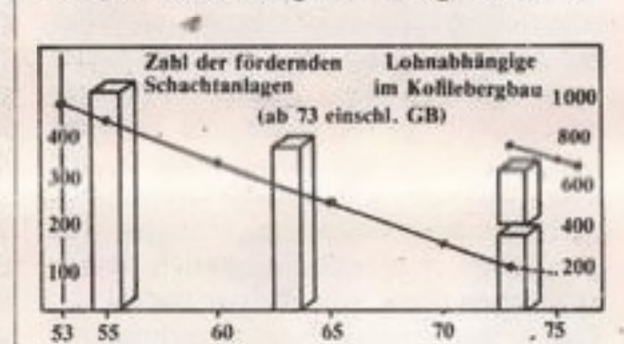
Zwei Tatsachen vor allem zwangen die westeuropäischen Imperialisten, sich dazu in der Montanunion zusammenzuschließen: Erstens die Notwendigkeit, sich gegen erst einen, nach dem Farbwechsel der Sowjetunion zwei übermächtige Konkurrenten zu behaupten. Zweitens „gemeinsame Not": daß sie nämlich allesamt nicht über eine ausreichende Rohstoffbasis verfügten und vor allem einen schmerzhaften Mangel an *ausreichend billigen* Energieträgern verspürten.

Schichtleistung der westeuropäischen Bergarbeiter 1953/76





Vergeudung von Produktivkräften – Massenentlassung von Bergarbeitern



BRD-Imperialisten beherrschen den Kohlemarkt

Zwar verfügten sie trotz jahrhundertelangem Raubbau immer noch über große Reichtümer an Kohle. Neben einem mehr oder weniger zusammenhängenden Gürtel, der sich von Großbritannien über Nordfrankreich, Belgien, die Niederlande bis ins Ruhrrevier erstreckt, gibt es eine Reihe vereinzelt gelegener Kohlebecken, wie die Reviere Saar, Lothringen, Centre-Midi, Provence und Sardinien. Gegenüber dem Raub fremden Ölreichtums ist die Ausbeutung der Kohle, der westeuropäischen insbesondere, jedoch unprofitabel. Die Kohleproduktion zu einem profitablen Geschäft zu machen, den Kohlereichtum zur Basis ihres Energieprogramms auszubauen, um sich den Rest, vor allem Erdöl, durch Kapitalexport und Eroberung zu sichern, zu diesen Zwecken warfen die westeuropäischen Imperialisten ihre Potenzen in der EGKS zusammen.

Kampf um die Beherrschung der EGKS

Insoweit ist ihr Interesse einheitlich. Am 1. Februar 1953 fielen zwischen den sechs beteiligten Staaten die Grenzen für Kohleex- und -importe, fielen die mengenmäßigen Beschränkungen, die Ein- und Ausfuhrzölle, wurden die Konkurrenzbedingungen auf dem Gebiet der Frachten und Beförderungsbedingungen angeglichen. Zwischen 1954 und 1977 erhielten die Kohlebarone allein durch die EGKS fast 900 Mio. ERE an teilweise verbilligten Krediten für Rationalisierung und Investitionen. Mit weiteren Millionen – 1978 sind es 16 Mio. ERE – treibt die EGKS die Kohleforschung voran, die Voraussetzungen, durch Kohlevergasung und -hydrierung Erdgas- und Erdölprodukte aus Kohle zu gewinnen. Diese Forschung ist einer der Hauptschwerpunkte des EG-Energieprogramms: noch nämlich werfen diese Verfahren keineswegs den Profit ab, der sie für die Imperialisten als Konkurrenz zu Erdöl und Erdgas interessant macht. Hydrierbenzin nach dem Consol Synthetik Fuel-Verfahren z.B. ist immer noch rund doppelt so teuer wie Mineralölbenzin. Eine weitere Verwirtschaftlichung der Verfahren ist Voraussetzung für die Imperialisten in der EG, ohne oder mit nur verhältnismäßig kleinen Ölfeldern in den Kampf um die Weltherrschaft aussichtsreich einzugreifen.

Ihr gemeinsames Interesse setzt die Konkurrenz unter den westeuropäischen Bourgeois nicht außer Kraft. Im Gegenteil erweitert der „gemeinsame Markt" das Feld, auf dem sie sich austobt. Die französische Bourgeoisie hatten die Montanunion seinerzeit in der

Ihr gemeinsames Interesse setzt die Konkurrenz unter den westeuropäischen Bourgeois nicht außer Kraft. Im Gegenteil erweitert der „gemeinsame Markt" das Feld, auf dem sie sich austobt. Die französische Bourgeoisie hatten die Montanunion seinerzeit in der Erwartung initiiert, sich dadurch festen Zugriff auf die westdeutschen Kohlevorräte zu sichern und sich neue Märkte für ihre expandierende Stahlindustrie zu öffnen. Indes gelang es den westdeutschen Imperialisten, von den Fesseln des Ruhrstatuts befreit, sowohl im Bereich der Kohle wie auch im Bereich Stahl ihren Produktionsanteil auszudehnen und sich ihrerseits neue Marktanteile zu erobern. „Im Gemeinsamen Markt kommt als unmittelbare Konkurrenz für die deutsche Kohle nur das Steinkohlenrevier in Lothringen in Frage", resümieren sie 1960. Den französischen Imperialisten war es gelungen, die höchste Leistung pro Mann und Schicht aus den lothringischen Arbeitern herauszupressen: 1977 forderten sie ihnen 4390 t ab, bei einer durchschnittlichen Schichtleistung in Frankreich bei 3011 t, der Ruhrkohle AG von etwas über 4100 t. Allerdings – und das erweist sich in dem unerbittlich tobenden Konkurrenzkampf als bedeutend – ist die Lothringer Kohle nur als Industriekohle, nicht zur Verkokung, nicht also als der unabdingbare Hilfsstoff für die Stahlindustrie verwendbar. Die französische Stahlindustrie wird zunehmend und bis heute von westdeutschen Kokslieferungen abhängig, damit direkt von ihren unmittelbaren und schärfsten Konkurrenten, den westdeutschen Stahlkapitalisten, die eng mit den Kohlekapitalisten verflochten sind.

Eigenheimbau in der DDR: „Erschließung von Reserven"

z.hku. „Seit 1971 sind 64000 Eigenheime neu errichtet worden ... (Mit der neuen Verordnung) verfügen Betriebe und öffentliche Organe auch künftig über große Möglichkeiten, örtliche Material- und Leistungsreserven ... zu erschließen und zu nutzen." (Radio DDR, 7.12.78) Kräftige Eigenbeteiligung mit Geldmitteln und vor allem *Arbeitskraft* ist Voraussetzung, dann *können* Kredite für den Eigenheimbau auch mal zinslos vergeben werden; in der Regel soll die Zins- und Tilgungsbelastung so hoch sein wie die vergleichbare Miete – *umsonst* hat der Staatsapparat der DDR dann schon mal die von den Arbeitern verausgabte Arbeitskraft. – Die neue Bourgeoisie der DDR will von 1976 bis 1990 3 Mio. Wohnungen bauen oder renovieren lassen. Der Wohnungsbestand der DDR ist veraltet – 52% sind vor 1919 gebaut – und die Kritik der Arbeiter an den Wohnverhältnissen wird lauter. Ihr Wohnungsbauprogramm will die Bourgeoisie der DDR durchziehen durch „Erschließung von Reserven" – Bau von Eigenheimen, „Bürgerschulungen" in Handwerken, um die Arbeiter den „Berg von Wohnungsreparaturen" selbst abbauen zu lassen; und durch verschärfte Ausbeutung der Bauarbeiter. „*Nicht immer* seien die Bauarbeiter für Stockungen im Baugewerbe verantwortlich", hat der Vorsitzende der „Gewerkschaft Bau – Holz" erklärt; aber doch so weit, daß ihre Prämien enger an die „termin- und qualitätsgerechte Fertigstellung der Projekte" gebunden worden sind. Auf dem letzten Gewerkschaftskongreß haben Delegierte den „unvertretbar hohen Überstundenanteil und die wachsende Zahl von Sonderschichten" angegriffen.

30000 polnische Beamte werden wegrationalisiert

z.dab. 30000 polnische Beamte werden 1979 umgeschult oder versetzt, um den „Arbeitskräftemangel" in der Industrie und der Landwirtschaft zu beheben. Offizielle Begründung: weil die Direktoren, Chefs und Manager „wie Pilze nach dem Regen aus dem Boden" schössen und sich gegenseitig überflüssig machten. (Süddeutsche Zeitung, 9.12.78) Der gerechte Haß der polnischen Volksmassen auf den staatlichen Unterdrückungsapparat wird zum Vorwand für scharfe Rationalisierungsmaßnahmen auch in diesem Bereich. – Polens Auslandsverschuldung beläuft sich bei 12-14 Mrd.$. Das Plansoll wurde in „einigen Bereichen" nicht erfüllt. So stieg die Industrieproduktion im ersten Quartal 1978 statt um 8,6% nur um 5,8%. Engpässe bei fast allen Nahrungsmitteln, insbesondere bei Fleisch sind zu verzeichnen, bei gleichzeitiger Erhöhung der Fleischpreise im Juni um 20%. „Die ersten Schätzungen der wirtschaftlichen Ergebnisse des ersten Halbjahres zeigen, daß das Steigerungstempo der Geldeinkünfte höher als geplant ist, während die Marktproduktion nicht das im Jahresplan angenommene Tempo erreichte." So umschreibt Gierek das geplante Programm der Lohnsenkung.

Werftarbeiter sperren Direktoren ein

z.jon.Paris. Am Abend des 20.12. stürmte Bereitschaftspolizei das Rathaus der französischen Stadt St. Nazaire und das Büro des Bürgermeisters,

Die Kohleproduktion zu einem profitablen Geschäft zu machen – diese gemeinsame Devise der westeuropäischen Kohlebarone hieß (und heißt) vor allem eins: Durchrationalisierung der Produktion in den profitablen bei Stillegung aller unprofitablen Schachtanlagen. Schaubild I erhellt den Erfolg ihrer Anstrengungen. Die Reduzierung der fördernden Schachtanlagen von 475 1953 auf 83 1976 (Sechsergemeinschaft) bzw. von 1360 auf 326 (Neunergemeinschaft) ist jedoch alles andere als Ergebnis schiedlich-friedlichen Strebens. Ein erbarmungsloser Vernichtungskampf vollstreckt das „gemeinsame Programm“. Die westdeutschen Imperialisten vermögen sich zu behaupten.

Zwar liegen sie, was die Höhe der Steinkohleförderung angeht, nur an zweiter Stelle hinter der britischen National Coal Board, dem staatlichen Kohlemonopol. Aber die britische Kohleproduktion ist weit weniger zentralisiert, und die britische Kohle kann aufgrund ihrer Beschaffenheit – als Kesselkohle eignet sie sich hauptsächlich als Kraftwerkskohle – die Vorherrschaft der westdeutschen Kohlemonopole nicht brechen. Diese beherrschen, angeführt von der Ruhrkohle AG, den „innergemeinschaftlichen Handel“, von dem sie 1976 79,3% bestreiten. Von den 139 belgischen Schachtanlagen 1953 wurden bis 1976 123 niederkonkurriert. Die niederländische Kohleproduktion hielt der Konkurrenz ebenfalls nicht stand und wurde 1974 ganz eingestellt.

Die Bergarbeiter zahlen die Rechnung

Die rücksichtslose Vergeudung der Produktivkräfte, die das Energieprogramm der Imperialisten bedeutet, zeigt sich am schroffsten in den Massenentlassungen bisher ungekannten Ausmaßes. Zwischen 1955 und 1973 warfen die Kohlekapitalisten über 1,1 Millionen Bergarbeiter, 64%, auf die Straße. Die Verbleibenden wurden umso schärferer Ausbeutung unterworfen. Im gleichen Zeitraum sank die Kohleproduktion „nur“ um 43,4%. Tonne um Tonne wurde die Schichtleistung erhöht. Die Produktion wurde mechanisiert, der herkömmliche Vortrieb mit Schießarbeit bei der Streckenauffahrung in der Kohle oder im Gestein immer mehr durch maschinellen Vortrieb abgelöst; immer mehr Teilschnitt- oder Schlagkopfmaschinen wurden eingesetzt, bei der Auffahrung von Hauptgesteinsstrecken große Vollschnittmaschinen. Durch den verstärkten Einsatz von modernen Hobelanlagen oder Hochleistungsschrämladern in der Kohlegewinnung, bei denen die Imperialisten bisher nur beklagen, daß sie derzeit zu höchstens 35 bis 40% ausgelastet sind, wollen sie die Schichtleistung in absehbarer Zeit auf über 6000, ja 8000 t hochtreiben. Ein rasches Anwachsen der Investitionen seit 1975 kündet die weitere Verschärfung der Ausbeutung, weitere Massenentlassungen an.

Dennoch hätten die Kohlebarone die Förderung längst gesteckt, denn die immer noch erheblich niedrigeren Erdölpreise drücken ihre eigenen Profite, und um der Kohle willen produzieren sie nicht, selbst um des schönsten Energieprogramms willen nicht. So springt der imperialistische Staatsapparat mit Milliarden und Milliarden ein, um der Finanzbourgeoisie die Kohleförderung als Grundlage ihres Energieprogramms *und* den Kohlemonopolen die Profite zu garantieren.

Allein zwischen 1959 und 1968, den Jahren nach Ausbruch der „Kohlekrise“, haben die westdeutschen Kohlekapitalisten über 15 Milliarden DM an staatlicher „Beihilfe“ kassiert (nach: Peter Wegehenkel, Die Beihilfen zur Bekämpfung der Steinkohlekrise in der BRD für den Zeitraum 58-68, Dissertation, Hamburg 1970). Keinen Pfennig haben sie ihre großzügigen Investitionen gekostet. Von Anfang der 60er Jahre bis heute liegen die „Beihilfen“ teilweise um ein Vielfaches über den Ausgaben für Investitionen:

	Investitionen pro t Förderung	Beihilfen pro t Förderung
1971	0,59	2,16
1972	0,59	3,66
1973	0,78	3,52
1974	0,93	4,16
1075	1,72	3,78

Angaben in RE

Ein nicht unbeträchtlicher Teil der „Beihilfen“ sind direkte Lohnzahlungen. In dem Maße, wie die Kohlekapitalisten die Schichtleistungen hochschraubten, versuchten sie die Löhne der Bergarbeiter zu drücken. Zum großen Teil ist ihnen das gelungen. Im Verhältnis zu den Durchschnittslöhnen in anderen Industriezweigen sind die Löhne der Bergarbeiter in den letzten 13 Jahren, teilweise erheblich, gesunken. Daß sie nicht noch weiter gesunken sind, dafür haben die Bergarbeiter in zähen und hartnäckigen Kämpfen gesorgt. Als 1961 die Bergarbeiter des Saarreviers für ihre Lohnforderungen in den Streik traten, sprang nach acht Tagen die Adenauer-Regierung den Kohlekapitalisten zur Seite: von den Lohnerhöhungen, die die Arbeiter durchsetzen konnten, übernahm der Staatsapparat im ersten Jahr 30 Mio. DM, insgesamt 200 Mio. DM.

Die Milliarden, die der imperialistische Staat den Kohlekapitalisten auf diese Weise in den Rachen stopft, müssen die Volksmassen zahlen. Allein 1978 hat die Schmidt-Regierung über 2 Mrd. DM über den „Kohlepfennig“ eingetrieben. Die westeuropäischen Konkurrenten stehen den Imperialisten in nichts nach. Auch die harte Konkurrenz um die höchstmögliche Ausplünderung ist eine Bilanz von nahezu 26 Jahren „gemeinsamem Markt für Kohle“.

Große Kämpfe der westeuropäischen Bergarbeiter

Januar 1970. Die belgischen Kohlebarone handeln mit den reformistischen Gewerkschaftsführern ein „Sozialprogramm“ aus, das Massenentlassungen großen Umfangs und weitere Lohnsenkungen festschreibt. Über 30000 Bergarbeiter des Limburgischen Kohlereviers treten in den Streik. Die Bourgeois weigern sich, mit ihren Streikkomitees in Verhandlung zu treten. Mit brutaler Gewalt versuchen sie, den Streik niederzuknüppeln. Die Bergarbeiter setzen sich zur Wehr. Sie setzen einen garantierten Monatslohn durch;

weitere Zechenschließungen und Massenentlassungen können sie nicht verhindern.



Billige Kredite, „mobile“ Arbeitskraft, neue Ausbeutungsmethoden – Aufgaben der Montanunion

z.hef. Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), auch Montanunion genannt, war seit 1953 der erste gemeinsame Markt in Westeuropa. Inzwischen ist die EGKS eine Untereinrichtung der EG und wird von der EG-Kommission verwaltet. Ihre Aufgaben für die westeuropäischen Imperialisten zeigen die geplanten Ausgaben der Montanunion für 1979:

Verwaltungsausgaben 5,0 Mio. ERE
Anpassungsbeihilfe 67,0 Mio. ERE
Forschungsbeihilfe 47,0 Mio. ERE
Zinsverbilligungen 55,0 Mio. ERE
Kokszuschuß 6,0 Mio. ERE
Zuschuß für den Bau von Arbeiterwohnungen 17,5 Mio. ERE
(Europäische Rechnungseinheiten z.Zt. 2,50 DM)

Anpassungsbeihilfen umfassen Wartegelder, Umzugsbeihilfen und Umschulungszahlungen für Arbeiter, die
schulungszahlungen für Arbeiter, die
in der Kohle- und Stahlindustrie entlassen werden. Das jeweilige Land muß in der Regel mindestens Zahlungen in gleicher Höhe für den gleichen Zweck zahlen. Die Maßnahme zielt auf die „Mobilität“ der Stahl- und Kohlearbeiter, ebenso wie die *Bauzuschüsse* für Werkswohnungen, z.B. an neuen Stahlwerken in Küstennähe.

Forschungsbeihilfen. Die EG-Kommission nennt als wichtigste Ziele: bei Stahl „Verringerung der Produktionskosten“, „qualitative Verbesserung der Erzeugnisse“, „effizientere Verwendung von Stahl“ und „neue Verfahren“; bei Kohle die Themen „Bergbautechnik“ und „Kohleveredelung“ (u.a. „Verflüssigungs- und Vergasungsverfahren“); bei „sozialen Forschungen“ unter anderem „Arbeitshygiene im Bergbau“ und „Ergonomie“.
giene im Bergbau“ und „Ergonomie“.

Zinsverbilligungen: Das Hauptmittel der „Strukturpolitik“ mittels EGKS ist die Aufnahme von Anleihen auf dem Kapitalmarkt und die Vergabe dieses Geldes an Kohle- und Stahlmonopole als Darlehen. Die EGKS hat 1977 Darlehen in Höhe von 742 Millionen ERE vergeben. Die Kapitalisten haben zweierlei Vorteil: Die EG garantiert die Kredite, da sie als Darlehensnehmer gegenüber den Banken auftritt. Und sie erhalten Zinszuschüsse: „Zinsverbilligung kann für Investitionen gewährt werden, die für die Umstrukturierung und langfristige Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der Eisen- und Stahlindustrie der Gemeinschaft von größtem Interesse sind“, schreibt die EG-Kommission. Zinsverbilligte Darlehen werden auch für „neugeschaffene Arbeitsplätze“ (bis zu 20000 ERE) und für Berufsbildungszentren an die Kapitalisten gegeben.

Kokszuschuß wird zur „Aufrechterhaltung der Förderung der Versorgung der Hochöfen der gemeinschaftlichen Eisen- und Stahlindustrie“ gezahlt. Die Imperialisten wollen die Produktion des Koks, den sie als Hilfsstoff für die Stahlproduktion brauchen, aus strategischen Gründen auf jeden Fall trotz starker Weltmarktkonkurrenz aufrechterhalten.

Diese Ausgaben der Montanunion werden über eine Umlage aufgebracht. Jedes Migliedsland zahlt 0,29% des errechneten EG-Durchschnittspreises für die im Land produzierten Tonnen Kohle und Stahl. Die EG-Kommission fordert dringend die Einbeziehung der Zolleinnahmen aus Kohle- und Stahleinfuhren in den EGKS-Haushalt. Denn es „muß für Zinsverbilligungen betreffend Darlehen zu Umstrukturierungszwecken ein höherer Betrag vorgesehen werden.“

Aufgliederung des Gesamtbetrags der von der EGKS von 1954 bis 1977 ausgezahlten Darlehen

Bereich	Belgien Luxemburg Niederlande	Dänemark	Westdeutschland	Frankreich	Irland	Italien	Vereinigtes Königreich	Summe in Mio. EUC
Eisenerzbergbau	0,8	–	32,8	10,6	–	14,5	37,3	96,0
Umstellung*	84,3	–	132,0	116,3	0,5	56,4	67,5	457,0
Stahlindustrie	272,8	32,8	834,9	629,0	–	664,0	584,1	3017,6
Kohlenbergbau	3,3	–	394,7	88,3	–	6,8	393,4	886,5
Wärmekraftwerke	8,9	–	56,3	60,0	–	4,3	–	129,5
Arbeiterwohnungsbau	55,9	1,2	124,3	34,1	0,5	15,2	2,6	233,8
Anpassung	–	–	–	0,5	–	–	–	0,5
Technische Forschung	1,0	–	2,0	0,6	–	0,1	–	3,7
Verschiedenes	4,9	–	8,2	–	–	2,9	–	16,0
Insgesamt	431,9	34,0	1585,2	939,4	1,0	764,2	1084,9	4840,6

* für „Arbeitsplatzbeschaffung“
Quelle: 11. Gesamtbericht über die Tätigkeit der EG, Brüssel – Luxemburg, Febr. 1978

Tonne um Tonne wird die Ausbeutung gesteigert

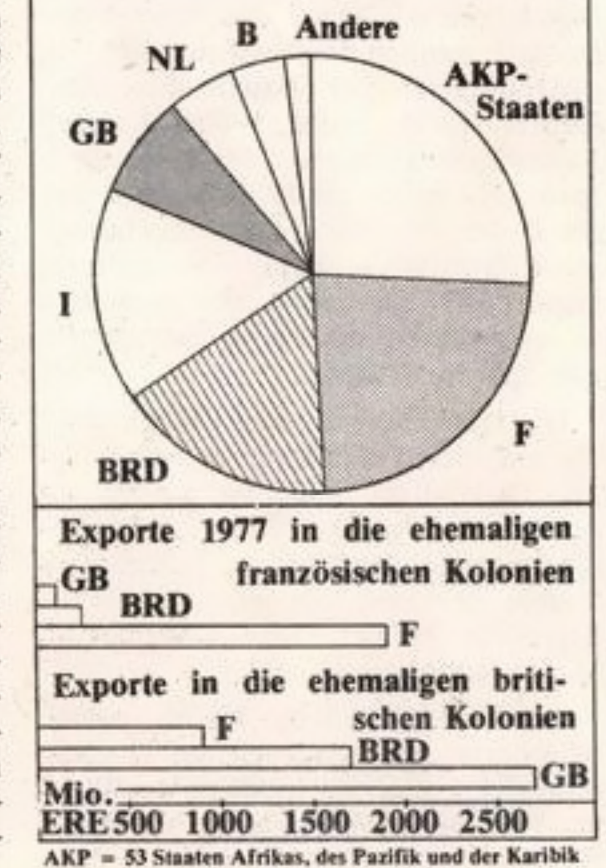
Tonne um Tonne wird die Ausbeutung gesteigert

Britische Bergarbeiter während ihrer Kampfaktionen im Winter 1973/74. Sie bestreikten ab Mitte November die Überstunden im Kampf für ihre Lohnforderung. Die Überstunden sollten nach der Ölpreiserhöhung durch die OPEC-Länder gerade erhöht werden. Der Streik richtete sich gegen ein 13 bis 16%-Angebot des staatlichen „National Coal Board“, des staatlichen Kohledirektoriums. Dieses Angebot lag innerhalb der von der Regierung Heath verordneten gesetzlichen Lohnleitlinie. Mit einem Anti-Streikgesetz von 1971 sollten diese gesetzlichen Lohnsenkungen durchgesetzt werden: Die Unterstützung illegaler Streiks wurde verboten, Streiks gegen die staatliche Lohnleitlinie waren fast immer illegal. Die Aktion der Bergarbeiter folgte auf mehrmonatige Streiks der Automobilarbeiter. Die Regierung verkündete unter Berufung auf angebliche Energieknappheit nach der Ölpreiserhöhung und durch den Überstundenstreik Ende Dezember 1973 den Notstand. Die Industrieproduktion wurde für 2/3 der Industrie auf 3 Tage pro Woche beschränkt, die Heizung von mehr als einem Raum pro Wohnung verboten, die Armee zum Einsatz gegen den Streik bereitgestellt, Polizeivorschriften über Haussuchungen zur Kontrolle der Heizung erwogen. Die Bergarbeiter setzten den Überstundenstreik fort und beschlossen mit 83%, ab dem 10. Januar in den Vollstreik zu treten. Die ganze Arbeiterklasse unterstützte sie. Am 8. Februar 1974 trat daraufhin die Regierung zurück, Neuwahlen wurden ausgeschrieben. Die Bergarbeiter setzten mit ihrem Streik den Großteil ihrer Forderungen durch. Die folgende Labour-Regierung mußte sowohl das Anti-Streikgesetz wie die gesetzlichen Lohnleitlinien aufheben.

um vier Direktoren der Alsthom-Atlantique-Werften zu befreien, die dort von Arbeitern der Werft seit dem Vormittag festgehalten wurden. Die Alsthom-Kapitalisten hatten den Zusammenbruch der Stromversorgung in ganz Frankreich am Dienstag, dem 19.12., zum Anlaß genommen, um die Belegschaft von 7800 Mann für den ganzen Tag ohne Lohn auszusperren. Das war nur die vorläufig letzte einer Serie von Lohnraubmaßnahmen: unbezahlte Feierschichten, häufige Kurzarbeit, Zwangsurlaub zwischen dem 21.12 und dem 3.1. Als die Kapitalisten sich am 20.12. weigerten, über die Zahlung des einbehaltenen Lohns zu verhandeln, wurden sie von den Arbeitern aus ihren Büros geholt und in einem Demonstrationszug von mehreren Tausend ins Rathaus gebracht. Nach dem Polizeieinsatz demonstrierten am Donnerstag, 21.12., über 10000 in St. Nazaire. Viele Betriebe wurden bestreikt, um die Forderung der Werftarbeiter nach Zahlung ihres Lohns zu unterstützen. Die Gewerkschaftsführungen vereinbarten am Freitag mit den Alsthom-Kapitalisten, daß die ausgefallenen Stunden im Januar nachgearbeitet werden.

BRD: Nutznießer des EG-Entwicklungsfonds

Verteilung der Aufträge des 4. EEF (1. April 1976 – 31. März 1978)



AKP = 53 Staaten Afrikas, des Pazifik und der Karibik

z.elb. Die westdeutschen Imperialisten haben den von ihnen ergatterten Anteil der Aufträge des 4. Europäischen Entwicklungsfonds (EEF), um die sich die EG-Imperialisten heftig schlagen, gegenüber dem 3. EEF von 10,35% auf 16,24% steigern können. Über die EG und den Entwicklungsfonds haben sie sich Kapital- und Warenmärkte in den ehemaligen britischen und französischen Kolonien erobert, die ihnen bislang weitgehend verschlossen waren.

VW-Kapital nach Ecuador

z.brp. Bis 1980 wollen die VW-Kapitalisten in Ecuador ein Montagewerk errichten, in dem jährlich 30000 Fahrzeuge des Typs Golf montiert werden sollen. Die Kfz-Industrie Ecuadors rechnet bis 1983 mit Umsätzen von 360 Mio. Dollar, wovon 250 Mio. Dollar durch den Fahrzeug-Export realisiert werden sollen. Die VW-Kapitalisten nutzen bei ihrem neuerlichen Kapitalexport in Lateinamerika die 100%ige Steuerbefreiung und die 100%ige Befreiung von Importabgaben auf Maschinen, Ausrüstungen und Ersatzteile. Sie nutzen die große Arbeitslosigkeit, unter den Landarbeitern bei 30%, um die Arbeitskraft zu niedrigem Lohn zu vernutzen. Die gesetzlichen Mindestlöhne in Ecuador betrugen 1976 für Landarbeiter 960 bis 1080 Sucres (83 bis 94 DM), für Handwerker 1140 Sucres (99 DM) und für Industriearbeiter 1500 Sucres (131 DM). Westdeutsche Ingenieure erhielten 1976 moeatlich zwischen 2620 bis 5240 DM, Mechaniker und Monteure zwischen 1746,70 und 2183,40 DM. – Bis 1975 hatten die BRD-Imperialisten bereits 11,6 Mio. DM in Ecuador direktinvestiert; 1977 exportierten sie für 400 Mio. DM chemische Erzeugnisse, Maschinen und Fahrzeuge und importierten für 181 Mio. DM vor allem Obst, Südfrüchte, Kakao und Kaffee.

Südafrika: Massenvertreibungen geplant

z.hef. In dieser Woche will das Kolonialregime in Südafrika die Wohnsiedlung Crossroads bei Kapstadt endgültig räumen und zerstören lassen. Mit mehreren Überfällen haben sie in den letzten Wochen diesen Großangriff vorbereitet. Polizeihorden von 600 Mann stürmten die Häuser, verprügelten und verhafteten Bewohner kurz vor Sonnenaufgang. Sie wurden mit heftigem Widerstand empfangen. Bei einem Angriff brachte die Polizei drei Arbeiter um, die sich wehrten, bei zwei Gelegenheiten wurden jeweils über 400 Azanier festgenommen, mehrere Tage ins Polizeigefängnis gesperrt und dann wegen „illegalem Aufenthalt“ in diesem Gebiet zu 50 Rand Geldstrafe oder 50 Tagen Gefängnis verurteilt.

Die meisten der 20000 Bewohner sollen in das über 600 km entfernte Reservat Transkei vertrieben werden. In dem Gebiet um Kapstadt, dem zweitgrößten Industriegebiet Südafrikas, sind Azanier nur als „Kontraktarbeiter“ erlaubt: eingesperrt in besonderen Wohnlagern, getrennt von den Familien, die in den Reservaten leben, leicht hin und her zu verfrachten oder ins Reservat zurückzuschicken. Mit der Zerstörung der illegalen Siedlungen (drei wurden schon zerstört) sorgt das Kolonialregime für die Lieferung billigster Arbeitskraft an die imperialistischen Monopole. 35000 haben bisher eine Protesterklärung gegen die Räumung unterschrieben.

Die Dritte Welt ringt um den Preis ihrer Rohstoffe

z.rua. Im *September 1973* beschloß die 4. Gipfelkonferenz der blockfreien Staaten in Algier ein Aktionsprogramm, in dem die volle Souveränität jedes Staates über seine Naturreichtümer und sein Recht auf Nationalisierung der Produktionsstätten bekräftigt wird. Sie rief die Länder der Dritten Welt auf, sich zur Verteidigung ihrer Rohstoffpreise zusammenzuschließen.

Ende 1973 erhöhte die OPEC die Preise für ihr Erdöl und gab damit den anderen Ländern und Organisationen der Dritten Welt ein Beispiel. Die kupfer-, eisenerz-, bauxit-, kautschuk-, kaffee- und kakaoproduzierenden Länder konnten ihre Preise relativ festigen. Die Imperialisten heulten getroffen auf und versuchten, die „ärmsten Entwicklungsländer" als „Hauptleidtragende" von der OPEC abzuspalten und den Zusammenschluß der Länder der Dritten Welt zu zerstören. Vergeblich.

Vom 9.4.-2.5.1974 fand auf Antrag Algeriens in New York die Sondertagung der Vereinten Nationen über Rohstoff- und Entwicklungsprobleme statt. Der algerische Präsident Houari Boumedienne griff in der Eröffnungsrede die Raubpolitik der Imperialisten an: „Der Wille, die Rohstoffe der ganzen Welt in Besitz zu bekommen und zu halten, bildet die Richtschnur für die imperialistischen Großmächte. ... Die industrialisierten Länder werden akzeptieren müssen, daß die Entwicklungsländer wieder in ihre legitimen Rechte eingesetzt werden und alles erhalten, was ihnen zusteht. Dazu gehört, daß sie den Entwicklungsländern für ihre Rohstoffe gerechte Preise zahlen." Während die Länder der Dritten Welt sich für die Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung einsetzten, die basieren muß auf der völligen Souveränität und Gleichheit, und auch schon teilweise, wie die Philippinen, Venezuela und Madagaskar für die Schaffung eines gemeinsamen Rohstoffonds und die Anlegung von Ausgleichslagern aussprachen, versuchten die Imperialisten, sich ihre Raubpolitik verbürgen zu lassen. Scheel als damaliger Außenminister und gleichzeitig Ratsvorsitzender der EG forderte die Einrichtung eines „Rats der Weisen", der die Rohstoffprobleme untersuchen solle und die verstärkte Kreditvergabe der Weltbank und der imperialisti- der Weltbank und der imperialistischen Staaten. Kissinger als Vertreter des US-Imperialismus forderte die Einrichtung einer Expertengruppe zur Erkundung der Weltrohstoffreserven und die Aufhebung von Handels- und Zahlungsrestriktionen für ihren Waren- und Kapitalexport. Die Sozialimperialisten bliesen ins gleiche Horn. Gegen die Absichten der Imperialisten verabschiedete die Konferenz eine Erklärung und ein Aktionsprogramm für die Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung, die das unveräußerliche Recht der Länder der Dritten Welt auf Schutz ihrer Naturreichtümer und auf Enteignung des ausländischen Kapitals bestätigen.

Vom 10.-21.2.1975 fand in Genf die 8. Tagung der Rohstoffkommission der UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development) statt. Ihr vorausgegangen war Anfang Februar eine Konferenz von 67 Ländern der Dritten Welt in der senegalesischen Hauptstadt Dakar. Die Teilnehmerstaaten forderten die Einrichtung eines integrierten Systems zur Lösung von Rohstoffragen und der Preisstabilisierung. Auf der UNCTAD-Konferenz wurde mehrheitlich die Schaffung des integrierten Rohstoffprogramms und die Anlegung von Ausgleichslagern beschlossen.

Vom 5.-31.5.1976 fand in Nairobi die 4. Konferenz der UNCTAD statt. Die Länder der Dritten Welt hatten sich auf der Konferenz der „Gruppe der 77" in Manila auf ein gemeinsames Programm vereinheitlicht, das sie zur Annahme empfahlen. Die Front der Imperialisten war zersetzt. Die USA, BRD, Großbritannien und Japan meldeten „Vorbehaltserklärung" an, die sie jedoch, mit Ausnahme der BRD, wieder zurückzogen. 16 Länder, darunter Italien, Kanada, Schweden und die Niederlande sprachen sich für die Errichtung des Gemeinsamen Rohstoffonds aus. Indonesien, Indien, die Philippinen, Norwegen, Jugoslawien und Kenia stellten als erste 156 Mio. $ für die Einrichtung des Fonds bereit.

„Des freien Marktes Grabgesang" hörte die „Welt" am 31.5.1976, als die Einrichtung des Gemeinsamen Fonds beschlossen wurde.

Über den Gemeinsamen Fonds sollen für 18 Rohstoffe, deren Erzeugerpreise besonders durch imperialistische Spekulation, Plünderung und Erpressung gedrückt wurden, Ausgleichslager angelegt werden. Sie haben eine feste Preisspanne zwischen Niedrigst- und Höchstpreis. Unterschreitet der Weltmarktpreis einer dieser Waren den Niedrigstpreis der Spanne, werden so lange Waren aufgekauft, bis das Preisniveau wiederhergestellt ist. Überschreitet er ihn, werden Waren aus dem Ausgleichslager verkauft. Der imperialistischen Spekulation wäre damit weitgehend der Boden entzogen.

Anteil der Dritten Welt am Weltexport der Waren des Rohstoffonds

Produkt	in Prozent
Naturkautschuk	100
Kakao	98
Hartfasern	97
Kaffee	94
Bananen	93
Jute	88
Zinn	87
Tee	82
Öl und Ölsaaten	77
Zucker	73
Bauxit	72
Baumwolle	66
Phosphat	61
Kupfer	59
Manganerz	59
Eisenerz	38
Fleisch	26
Holz	26

Gleichzeitig soll über den Fonds der Aufbau der weiterverarbeitenden Industrie in den rohstoffproduzierenden Ländern gefördert werden. Die Unterdrückung des Aufbaus der nationalen Wirtschaft ist für die Imperialisten Mittel, die Rohstoffreichtümer der Länder der Dritten Welt weiter zu plündern und die Abhängigkeit zu vertiefen. Mußte z.B. Costa Rica noch 1960 3 t Bananen exportieren, um für den Gegenwert einen Traktor zu kaufen, waren es 1970 schon 11 t Bananen. Wachsende Schuldknechtschaft ist die Folge.

Die Imperialisten wollen diesen Zustand beibehalten. Können sie zwar den wachsenden Zusammenschluß der den wachsenden Zusammenschluß der Länder der Dritten Welt und seinen Ausdruck in den Beschlußfassungen der UNO nicht mehr verhindern, versuchen sie eisern, die Ausführung dieser Beschlüsse zu sabotieren. 1976 wurde auf der UNCTAD-Konferenz beschlossen, daß bis *Ende 1978* die Verhandlungen über die Schaffung des Rohstoffonds abgeschlossen und mit der Errichtung begonnen wird.

Auf den Verhandlungskonferenzen im *März und November 1977* forderten insbesondere die BRD- und US-Imperialisten statt der Errichtung des Gemeinsamen Fonds die Schließung von Abkommen über *einzelne* Rohstoffe, um sich so den Zugriff zu sichern. Die von den Ländern der Dritten Welt für die Errichtung des Gemeinsamen Fonds veranschlagten 6 Mrd. $ bezeichnen sie als „Geldverschwendung" und sabotieren eine Einigung über die Finanzierung.

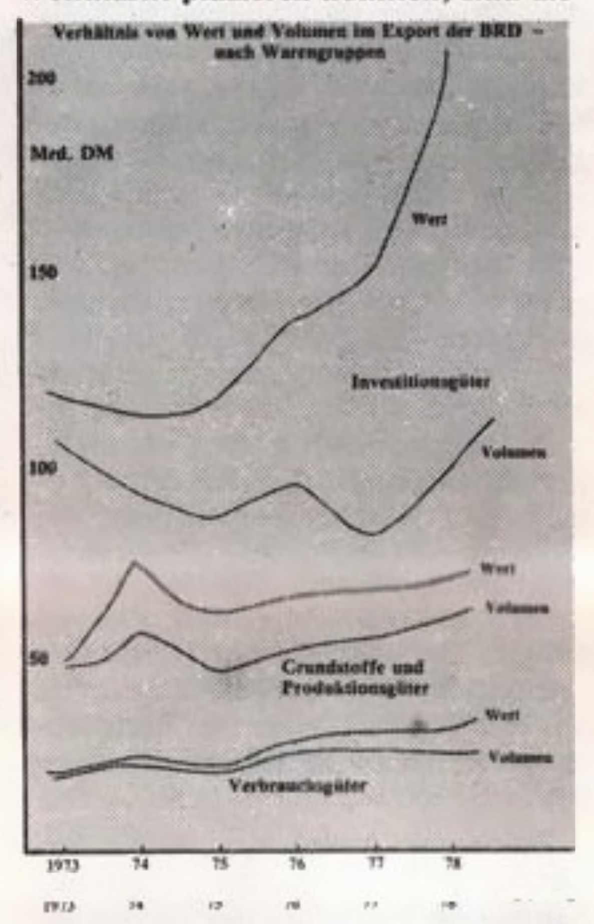
Auf der 3. Verhandlungskonferenz vom *13.11.-12.12.1978* verlangen die EG-Imperialisten die Schaffung eines Fonds für lediglich sechs der beschlossenen 18 Rohstoffe. Die Finanzierung des Fonds veranschlagen sie auf höchstens 1,5 Mrd. $, von denen die imperialistischen Staaten höchstens 250 Mio. $ tragen sollten. Die Sozialimperialisten erklären, daß sie dem Fonds sowieso erst beitreten würden, wenn alle Modalitäten geklärt sind. Die Länder der Dritten Welt halten daran fest, daß die Imperialisten als Verantwortliche für die Plünderung und Senkung der Rohstoffpreise den Hauptteil der Finanzierung des Fonds zu tragen haben. Am 2.12. wird die Verhandlung ergebnislos abgebrochen. Für das Frühjahr 1979, vor der 5. UNCTAD-Konferenz in Manila, wird eine neue Verhandlungsrunde angesetzt. Die Imperialisten konnten zwar die termingemäße Inbetriebnahme des Fonds verhindern. Die Tatsache, daß er eingerichtet werden wird, und daß die Länder der Dritten Welt darum einen zähen Kampf führen, können sie nicht mehr aus der Welt schaffen.

Schmidt will „Entwicklungshilfe" aufstocken: im Sinne der „internationalen Arbeitsteilung"

z.anb. Die Bundesregierung, erklärte Schmidt vor wenigen Tagen, sei bereit, „im Interesse unserer Glaubwürdigkeit im Nord-Süd-Dialog" die „öffentliche Entwicklungshilfe" auszuweiten. Damit werde Westdeutschland der Forderung der Dritten Welt nachkommen, wie sie in der UNO mehrfach erhoben worden sei, daß die Industriestaaten jährlich 0,7% ihres Bruttosozialprodukts an öffentlichen Mitteln zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der Länder der Dritten Welt bereitstellen.

Erst wenige Wochen zuvor hat er anders gesprochen. Das war, als im Bundestag das Entwicklungsländersteuergesetz verhandelt wurde, als die „privaten Investitionen" der westdeutschen Finanzbourgeoisie zum Garanten des „Wohlergehens" der Dritten Welt erklärt wurden und die Banknachrichten just die Weltmeisterschaft der BRD im Warenexport verkündeten mit der stolzen Bilanz von 139,8 Mrd. DM Exportüberschuß im ersten Halbjahr 1978.

Bei Schmidt handelt es sich nicht etwa um Sinneswandel. Für die westdeutschen Finanzbourgeois hat sich im vorigen Jahr der Betrug in den internationalen Handelsbeziehungen doppelt und dreifach ausgezahlt. Ihre Exportrekorde, die sie trotz der Aufwertung der DM gegenüber dem Dollar auf dem Weltmarkt plazieren konnten, sind die

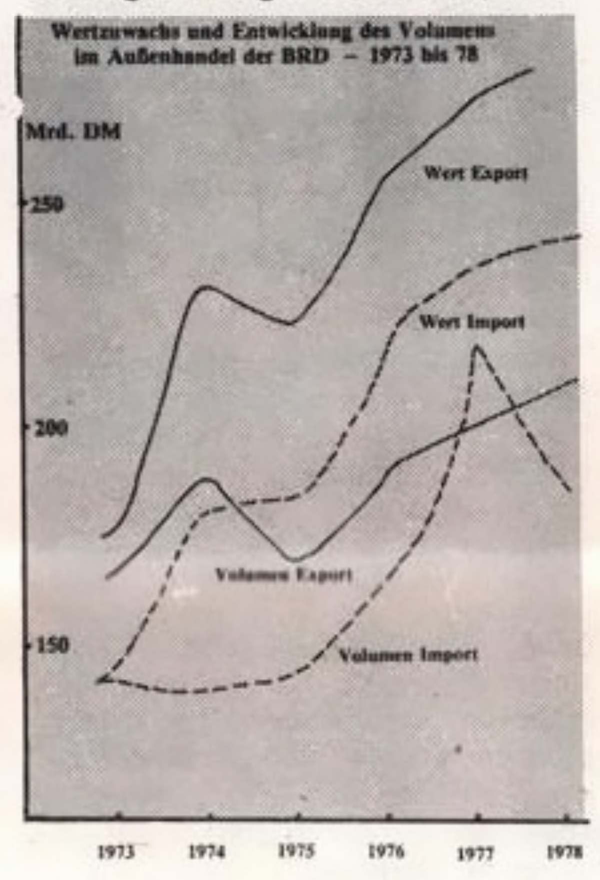


Ernte, die sie aus der enorm verschärften Ausbeutung der westdeutschen Arbeiterklasse einbringen. Zugleich sind sie auf räuberische Plünderung an den Reichtümern der Länder der Dritten Welt gegründet. Diese mußten ihre Rohstoffe und landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu Preisen abliefern, die durchschnittlich unter dem Niveau von 1977 lagen – wobei bedacht werden muß, daß selbst gleichbleibende Preise in ihren DM-Ausdrücken durch den Dollarschacher der US-Imperialisten um nahezu 15% gedrückt wurden.

So betrachtet, ist für den Verbündeten der US-Supermacht ein fetter Brocken abgefallen, der „Gemeinsamkeiten" in der imperialistischen Expansion, der Unterjochung der Dritten Welt und der Entscheidungsschlacht mit der anderen Supermacht nahelegt.

Übrigens war Carter schneller in bezug auf die „Einsicht" in die Notwendigkeit, den „Entwicklungsländern verstärkt zu helfen". Schmidt darf dafür die gemeinsamen „Grundsätze" formulieren: „Nach den Vorstellungen Schmidts soll nach einem festgelegten Mechanismus Entwicklungsländern, die durch Absinken von Rohstoffpreisen in Zahlungsbilanzschwierigkeiten geraten, Hilfe zu sehr günstigen Konditionen zum Ausgleich ihrer Defizite gewährt werden." (Süddeutsche Zeitung, 28.12.78) Sinkende Rohstoffpreise, die erste Prämisse dieser mildtätigen Hinwendung zur Dritten Welt, sind für den Kanzler „natürliche", denn durch Rohstoffabkommen z.B. würden sie nur „*künstlich* hochgehalten", weshalb er strikt dagegen ist. Ihm liegt der ungleiche Tausch am Herzen, Rohstoffe, und zwar viel und billig, für die Profitschlacht auf dem Weltmarkt, gegen teure und immer teurere Industrie- und Investitionsgüter, für die die Länder der Dritten Welt zu ständig wachsenden Tributen verpflichtet werden. Können sie die Devisen für ihre Importe nicht aufbringen, aufgrund der sinkenden Einnahmen aus dem Verkauf ihrer natürlichen Ressourcen wichtige Maßnahmen zum Aufbau der nationalen Wirtschaft und zur Stärkung der Selbstständigkeit nicht durchführen, so melden sich die Imperialisten mit „sehr günstigen Konditionen", versprechen zu liefern, was benötigt wird: Bau von Straßen, Eisenbahnlinien, Energieversorgungsanlagen, Ausbau von Häfen, der Schiffahrtsflotte.

All dies sind Maßnahmen, die die Länder der Dritten Welt planvoll betreiben, um die Infrastruktur des Landes zu entwickeln, und zwar als Bedingung für den Aufbau der Landwirtschaft wie der Industrie. Die wachsende Zusammenarbeit und Unterstützung der afrikanischen Staaten untereinander bei der Planung und Durchführung solcher Projekte ist das entscheidende Hindernis gegen den neuerlichen Feldzug der Imperialisten, die versuchen, sich Zugriff auf solche strategisch wichtigen Produktionsmittel wie das Transportwesen und die Energieversorgung zu verschaffen. Schmidt weiß um deren Bedeutung und mobilisiert die „öffentliche Entwicklungshilfe" als fixen Kapitalstock, über den sich die westdeutschen Imperialisten strategisch beträchtlichen Vorteil für die Unterjochung unabhängiger Staaten versprechen. Daß dieser Kapitalstock über den Staatsapparat organisiert wird, ist für sie deshalb günstig, weil er sich wesentlich langsamer verwertet als das direkt in die Ausbeutung lebendiger Arbeitskraft inve-



stierte Kapital, er muß aber aufgebracht werden, um den Profit aus dem Ausbeutungsgeschäft auch tatsächlich realisieren zu können.

1977 haben die westdeutschen Kapitalisten 3 Mrd. DM an von der westdeutschen Arbeiterklasse produziertem Kapital in die Länder Afrikas exportiert. Die 3 Mrd. DM erneut durch Anwendung lebendiger Arbeitskraft zu verwerten, stößt hingegen auf Schwierigkeiten, die Lage sei „nicht dramatisch", schreibt die Commerzbank. Die unterkühlte Stimmung der Kapitalistenklasse ist die Reaktion auf den Fortschritt im politischen Zusammenschluß der afrikanischen Staaten.

In den Handelsbeziehungen bleiben diese Fortschritte verborgen, solange man nur die geldliche Seite betrachtet, unter der diese Beziehungen abgewickelt werden. Sie enthüllt lediglich das Prinzip des ungleichen Tausches, über den sich die Imperialisten einen stetig wachsenden Teil an Werten dieser Länder, repräsentiert in Rohstoffen und landwirtschaftlichen Produkten, ohne Gegenlieferung aneignen. Ihr Handel mit Afrika sei „traditionell defizitär", nennen die westdeutschen Finanzbourgeois das. Bauxit, Eisenerz, Kupfer, Gold, Erdöl, Wolle, Kaffee, Kakao, Südfrüchte ... für mehr als 2 Mrd. DM haben sie 1977 Werte in ihren Besitz überführt. Aus dem Handel mit Rohstoffen und Halbwaren, deren Import 1977 70,57 Mrd. DM ausmachte, realisierten sie einen Extraprofit von 5,23 Mrd. DM.

Die Herstellungskosten bei Mineralölerzeugnissen verbuchen sie befriedigt als „rückläufig", und zwar um 5% innerhalb eines einzigen Jahres. Den erdölproduzierenden Ländern haben sie in diesem Zeitraum (September 1977 bis September 1978) 9,8 Mrd. DM oder 12 Mio. t Rohöl gestohlen.

Gleichzeitig sind die Nahrungsmittelimporte der westdeutschen Finanzbourgeoisie aus den Ländern der Dritten Welt um 36% gestiegen. Ihr Raubmethoden durchkreuzen sie die Anstrengungen der Dritten Welt, die die Landwirtschaft als Grundlage für die Nahrungsmittelselbstversorgung aufbaut und die die Imperialisten in neuerliche Unterjochung verwandeln wollen; die landwirtschaftliche Produktion soll in Zulieferarbeit für die Schuldendienstzahlung an die Blutsauger degradiert werden.

In ihrem Geschäftsbericht hat die „Deutsche Entwicklungsgesellschaft" (DEG) im September eine „Neubestimmung der Außenwirtschaftsstruktur" der BRD propagiert. Nach den USA habe sich die BRD zum zweitgrößten Absatzmarkt für Halb- und Fertigwaren aus der Dritten Welt „entwickelt". Man betont, „daß diese Produkte auch aus deutschen oder mit deutschem Kapital finanzierten Fabriken stammen". (Commerzbank, Außenhandelsblätter, 9/78)

„Auch" meint den Stachel der imperialistischen Konkurrenz, der die Produktion, organisiert über Kapitalexport in „Niedriglohnländer" zum „Hauptmotiv deutscher Unternehmer" macht. So singt die DEG das Hohelied der „liberalen Handelspolitik" der BRD, die auf ständig steigende Importe an Fertigwaren aus der Dritten Welt verweisen könne. In wachsendem Umfang eignet sich die Finanzbourgeoisie „auch" die von der Arbeiterklasse in den Ländern der Dritten Welt produzierten Industriegüter an, im „Ausgleich" für die Unterbezahlung der Rohstoffe.

Diese Entwicklung, so die DEG, definiere die Position der Westdeutschen Imperialisten „in der internationalen Arbeitsteilung" neu. Daß der Dollarschacher der US-Supermacht den westdeutschen Kapitalexport mit frischem Wind versorgt hat, ist zwar kein Anlaß, dem Konkurrenten USA auf dem Weltmarkt Freundlichkeiten zukommen zu lassen. Immerhin soll man diesen Tatbestand bei den politischen Entscheidungen im Kampf um die Weltherrschaft entsprechend würdigen, denken sich die westdeutschen Imperialisten und marschieren an der Seite der „Schutzmacht des Westens". Schließlich hat sich's rentiert.

Immerhin, zu welcher Größe der BRD-Imperialismus im Grunde berufen ist, muß einmal gesagt werden, und zwar von der Commerzbank: „Die Bundesrepublik Deutschland ist berufen, ihre Position in der internationalen Arbeitsteilung neu zu bestimmen. Ihre Produktionsstruktur war nicht zuletzt durch die jahrelange Unterbewertung des DM-Wechselkurses teilweise falsch programmiert ... Wachsende Auslandsinvestitionen, vor allem in der Dritten Welt liegen in der Logik der Fortentwicklung der deutschen Wirtschaft."

In verstärktem Maße wolle sich die DEG daher um die Beseitigung von Faktoren bemühen, die für diese „logische Fortentwicklung" hinderlich sind. Das wären „mangelnde Arbeitsproduktivität" – sprich: zu hohe Lohnkosten – „unzureichende Infrastruktur" – sprich: Bau von Straßen, Eisenbahnen, Schiffahrtswegen, Kontrolle über die Transportwege der Warenströme – „unsicheres Investitionsklima" – sprich: Einmischung gegen den Kampf der Dritten Welt um den Aufbau der nationalen Wirtschaft und Zerschlagung der Speerspitze dieses Kampfes, des bewaffneten Volkskrieges.

Wie empfindlich die Imperialisten in ihrem Konkurrenzkampf um die ökonomische Neuaufteilung der Welt durch den politischen Kampf der Völker gestört werden, beweist folgende Bemerkung aus den Banknachrichten: „Unsicheres Investitionsklima führt zu einer gleichsam automatischen Dosierung der Kapitalströme in die Dritte Welt." (Commerzbank)

Die revolutionäre Erhebung des iranischen Volkes gegen den Imperialismus hat bereits Schranken gegen die Plünderung der natürlichen Ressourcen der Dritten Welt errichtet. Sie hat die Front der OPEC-Länder in einer wichtigen Schlacht gestärkt. Das iranische Volk ist der eigentliche Garant der politischen *und* wirtschaftlichen Befreiung des Iran vom Joch des Imperialismus.

Thailands Bauern erheben sich gegen die imperialistischen Ausbeuter und einheimischen Grundherren

z.wom. 19.12. In einem Ende November veröffentlichten Bericht hat die Weltbank sich der thailändischen Landwirtschaft angenommen. Ihre Hauptempfehlung an die bei ihr hoch verschuldete thailändische Regierung: „Die Entwicklung der Landwirtschaft muß weiterhin hauptsächlich auf der Privatinitiative basieren." Die Landwirtschaft soll noch mehr zum Tummelplatz amerikanischer und japanischer Investoren und ihrer thailändischen Kompradoren werden und die imperialistischen Agrarmonopole mit Tapioka, Zucker, Mais, Gummi und Ananas zu Niedrigstpreisen versorgen, während gleichzeitig billige Arbeitskräfte freigesetzt werden sollen.

Eindrucksvolle Bilanz des Bauernlegens

Thailand gilt wegen seiner günstigen natürlichen Bedingungen in vielen Landesteilen als Reisschüssel Südostasiens. Bis vor wenigen Jahrzehnten waren die Bauern meist Herren des Landes, das sie bebauten; feudaler Grundbesitz war nur wenig verbreitet. Die bäuerliche Subsistenzwirtschaft bot eine ausreichende Reproduktionsbasis; davon zeugt ein altes Bauernlied mit dem Refrain „Im Wasser gibt es Fische, und auf den Feldern wächst der Reis". Die ökonomische Selbständigkeit und Stärke der Bauernschaft war auch einer der Gründe, warum es den Imperialisten niemals gelang, Thailand direkt zur Kolonie zu machen.

Nach offiziellen Angaben sind heute jedoch über 50% der Bauern zu Pächtern in Abhängigkeit von Landlords geworden, in den sieben zentralen Provinzen um Bangkok, die die fruchtbarsten Böden aufweisen und am besten erschlossen sind, sogar über 80%. Teilweise müssen die Bauern ihren Reis zu einem Viertel oder zur Hälfte des Marktpreises an die Grundbesitzer verkaufen. Aber auch in den Gebieten, wo noch nicht die überwiegende Mehrheit der Bauern zu Pächtern oder gar Landarbeitern herabgesunken ist, haben die Bauern keinerlei formellen Besitztitel über ihr Land, das sie bebauen. Gang und gäbe ist die Methode der Grundherrn und der imperialistischen Agrarmonopole, unter Ausnutzung entsprechender Gesetze und Gesetzeslücken und unter Einsatz der Staatsmacht den Bauern ihr Land streitig zu machen und es ihnen wegzunehmen. Diese Wildwestmethoden und dazu der Kredithebel mit Wucherzinsen über 60% haben in den letzten 15 Jahren die Bauern in Zentralthailand fast vollständig in Pächter oder Landarbeiter verwandelt.

Vor 20 Jahren gab es in Thailand so verwandelt.

Vor 20 Jahren gab es in Thailand so gut wie keine Landarbeiter. Inzwischen hat die Kapitalisierung der Landwirtschaft über 30% der Landbevölkerung, über 10 Millionen Menschen, zu Landarbeiterfamilien gemacht. Dieser ärmste Teil der thailändischen Arbeiterklasse, meistens Tagelöhner, wächst jährlich um 8% und drückt insgesamt auf das Lohnniveau der thailändischen Arbeiterklasse.

Auf fast dem gleichen Elendsniveau wie die Landarbeiter lebt auch die Masse der Bauern. Nach einem Regierungsbericht von 1969 lebt über die Hälfte aller Bauern- und Landarbeiterfamilien im Norden, Nordosten und in den Südprovinzen unter der Armutsgrenze. Die Weltbank stellte fest, daß sich ihr Einkommen in den letzten 15 Jahren absolut vermindert hat. Im Norden und Nordosten, der an Burma, Laos und Kampuchea angrenzt, liegt die Durchschnittsgröße eines bäuerlichen Betriebs zwischen drei und fünf Hektar, manchmal sogar bei zwei Hektar; aber um überhaupt einen kleinen Überschuß erwirtschaften zu können, braucht der Bauer mindestens 10 bis 12 Hektar; nach Regierungsangaben. Nur eine schmale Schicht von Bauern in Zentralthailand – etwa 10% – ist, gefördert durch landwirtschaftliche „Entwicklungsprogramme" der Regierung und des US-Imperialismus, zu kapitalistisch wirtschaftenden Bauern geworden, die ihrerseits von der Ausbeutung fremder Arbeitskraft leben und mit den imperialistischen Agrarmonopolen und den zur Kompradorenklasse gehörenden Agrarhändlern chinesischer Abstammung zusammenarbeiten. Für diese Schicht kapitalistisch wirtschaftender Bauern registriert die Regierung eine Einkommensverdoppelung in den letzten 15 Jahren.

Trotz hoher Agrarexporte Verfall der Landwirtschaft

Thailand hat innerhalb von 15 Jahren seine Reisproduktion verdreifacht und die Zucker- und Tapiokaproduktion fast verfünffacht. Bei diesen Produkten ist Thailand einer der Hauptexporteure in der Welt.

Aber diese Entwicklung geht allein auf das Konto einer raschen kapitalistischen Durchdringung der Landwirtschaft in Zentralthailand um Bangkok. In diesem Gebiet haben die Imperialisten und die thailändische Regierung investiert, Straßen angelegt und Bewässerungskanäle gebaut (60% des Landes werden hier bewässert); hier haben die Agrarmonopole und die thailändischen Grundherrn das Land fast vollständig an sich gerissen. Die Kehrseite davon ist das Bauernlegen und die Stagnation in der Landwirtschaftlichen Produktivität, sofern nicht kapitalistische Plantagenwirtschaft getrieben wird: In diesem Gebiet sind die zu Pächtern gewordenen kleinen Bauern trotz günstiger klimatischer Bedingungen nicht in der Lage, zwei Ernten im Jahr einzubringen, weil die Pachtverhältnisse zu unsicher sind und weil sie zweitens nicht die nötigen Mittel für Saatgut, Dünger usw. haben.

Gleichzeitig ist die Landwirtschaft in den anderen Landesteilen weit zurückgeblieben: in den Nordprovinzen können nur 10% des kultivierten Landes bewässert werden, und die Bodenqualität verschlechtert sich aufgrund extensiver Bodennutzung und fehlenden Düngers ständig. Nach Feststellungen der Regierung breitet sich die Brandrodung wieder aus. Die US-Imperialisten im Verbund mit der einheimischen Kompradorenschicht nutzen das Elend der Bauern aus und haben diese Gegend zum wichtigsten Opium-Anbaugebiet in der Welt gemacht; natürlich bietet das den Imperialisten zig willkommene Anlässe zu Strafexpeditionen gegen die Bauern, zur Verletzung der Souveränität des thailändischen Volkes und zur Verfolgung der Befreiungskämpfer der Kommunistischen Partei Thailands, die auch in diesem Gebiet operiert. Die Produktivität von Thailands Landwirtschaft ist mit die niedrigste in Asien. So müssen auch die Geier von der Weltbank feststellen: „Die Reiserträge stagnieren, und die Gummiausbeute ist nach wie vor extrem niedrig." Die Produktionssteigerungen bei bestimmten Kulturen und die steigende Agrarausfuhr sind nur Zeichen einer Scheinblüte, erkauft mit dem Verfall der Landwirtschaft, der Ruinierung der bäuerlichen Produzenten und der Verelendung ganzer Landesteile. Erkauft auch mit wachsender Abhängigkeit von den imperialistischen Abnehmern wie bei dem zu Viehfutter verarbeiteten Tapioka; es wird meist in die EG-Länder exportiert, die in diesem Jahr die Tapioka-Preise kräftig gedrückt haben und Thailand mit Einfuhrschranken drohen.

Die Imperialisten wollen alle Selbständigkeitsbemühungen zunichtemachen

Die Vorstellung, Thailand angesichts stagnierender Landwirtschaft und sinkender Ausfuhrerträge (wertmäßig drei Viertel der Ausfuhren sind Agrarprodukte, die hauptsächlich nach Japan und in die USA exportiert werden) noch fester in die Klauen zu bekommen, läßt die Weltbank frohlocken. Die Weltbank schlägt der thailändischen Regierung vor, das ins Haus stehende vergrößerte Zahlungsbilanzdefizit durch vergrößerte Auslandsverschuldung bei der Weltbank zu decken. Gegenwärtig hat der thailändische Staat erst 40% seiner Kredite von den imperialistischen Mächten wie den USA und Japan und von der Weltbank bezogen. Dieser Anteil der Auslandsverschuldung soll nach den Vorstellungen der Weltbank auf 60% steigen. Die Forderung an die thailändische Regierung: Infrastrukturmaßnahmen in der Landwirtschaft wie Straßenbau usw.; Propagierung moderner Anbaumethoden und Ausweitung der Wirtschaftskulturen. Ohne die demokratische Bodenreform in der Landwirtschaft und ohne den genossenschaftlichen Zusammenschluß der Bauern werden diese Maßnahmen die Kapitalisierung der Landwirtschaft und das Bauernlegen nur beschleunigen. Gleichzeitig verlangt die Weltbank von der thailändischen Regierung, die Förderung der Schwerindustrie und den Schutz der eigenen Konsumgüterindustrie abzubauen; die Ansätze zur wirtschaftlichen Selbständigkeit Thailands sollen zerschlagen werden. Natürlich geht es für den US-Imperialismus auch darum, Thailand wieder als Brückenkopf gegen die Völker Südostasiens und gegen die andere Supermacht in die Hand zu bekommen.

Die Bauernbewegung verbindet sich mit dem bewaffneten Befreiungskampf

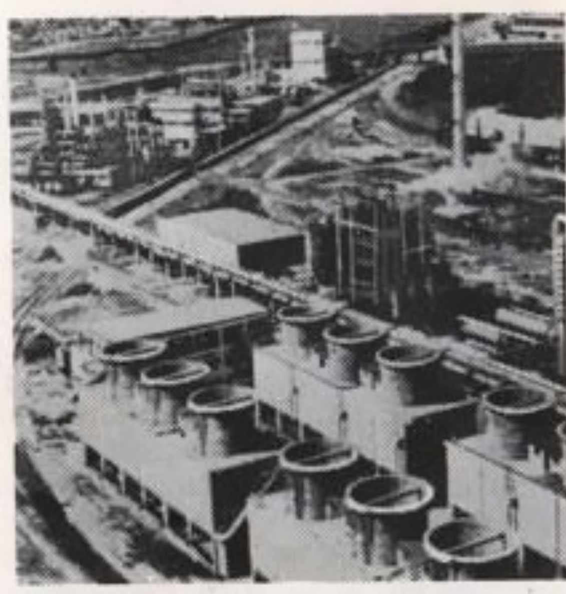
1974 fanden in Bangkok große Bauerndemonstrationen statt, auf denen die Bauern gegen die Enteignung und den Landraub durch Kreditgeber und Großgrundbesitzer demonstrierten. Sie forderten von der Regierung u.a. die Reduzierung der Pachtsätze und die Einstellung aller Gerichtsverfahren, die Großgrundbesitzer gegen sie angestrengt hatten. Im selben Jahr wurde die Bauernföderation von Thailand gegründet, der z.B. in nur einer Provinz bald über 100000 Bauern angehörten. Die Bauernföderation verband sich aufs engste mit der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung: Sie unterstützt die Streiks der thailändischen Arbeiter und verlangte die Aufhebung des Kriegsrechts, das die Lakaien des US-Imperialismus gegen den antiimperialistischen Kampf der thailändischen Volksmassen verhängt hatten. Gegen die selbständige Organisierung der Bauern setzten die Grundherren und Agrarmonopole faschistische Banden ein, die viele Bauernführer ermordeten. Aber weder das noch das Verbot der Bauernföderation nach dem faschistischen Militärputsch 1976 konnte die Organisation zerschlagen. 1977 schloß sich die Bauernföderation der Einheitsfront unter Führung der Kommunistischen Partei Thailands an, die alle Kräfte des Volkes zum Kampf gegen den Imperialismus und seine Lakaien zusammenfaßt.

(Alle Daten aus: Far Eastern Economic Review und aus dem Asia Yearbook 1978)



Nach dem Militärputsch im Oktober 1976 erklärten thailändische Studenten, daß nur im festen Bündnis von Bauern, Arbeitern und Volksmassen der Imperialismus geschlagen werden kann. Den Aufbau bewaffneter Streitkräfte des Volkes, ausgehend vom Land, werden sie unterstützen.

Die Länder des indischen Subkontinents entwickeln ihre Stahlproduktion





Das indische Stahlwerk Rourkela – unter Regie von Krupp 1961 in Betrieb genommen – wird heute noch in den Schulbüchern als erste Feuerprobe „deutscher Entwicklungspolitik" gefeiert. Krupp habe das Werk „den Indern zum Trotz aus dem Boden gestampft". Mit ihrer Arroganz waren die westdeutschen Imperialisten – Lübke vorneweg – schnell verhaßt im indischen Volk. Durch die Behandlung der indischen Arbeiter als koloniales Arbeitsvieh haben sie den Aufbau der indischen Stahlindustrie behindert. 1962 lieferte das Werk nur die Hälfte der möglichen Produktion.

z.hku. Eine Produktion von 75 Mio. t Rohstahl im Jahr 2000 gibt das Weißbuch des indischen Parlaments als Perspektivziel der indischen Stahlindustrie an. Diese Zielsetzung sei angesichts der Möglichkeiten und Notwendigkeiten des Landes weder „lächerlich" noch „überspannt". 1978 hat die Produktion von fertigem Stahl etwa 8,8 Mio. t betragen, 2 Mio. t mehr als im Vorjahr. Die indische Regierung geht davon aus, daß das Land spätestens 1982 gänzlich von Stahlimporten unabhängig sein wird. 1960 betrug der Importanteil noch 35,7%.

Erheblichen Anteil an der raschen Produktionssteigerung der letzten 18 Monate hatten die rund 100 „Mini-Stahlwerke" des Landes, die als „zweites Bein" der Stahlindustrie ihren Ausstoß auf 2 Mio. t verdoppelten. Dies entspricht der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik Indiens, die Kleinindustrie zu fördern, vor allem gegenüber den imperialistisch beherrschten Konzernen der Verbrauchsgüterindustrien.

Indien verfügt über gute natürliche Bedingungen zum Aufbau einer eigenen Stahlindustrie. Die Eisenerzlager des Landes werden auf 22 Mrd. t geschätzt, die Kohlevorkommen auf 60 Mrd. t. Für die britischen Imperialisten war das nur Stachel zur Plünderung des Landes. Zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit Indiens betrug die indische Stahlproduktion 1 Mio. Jahrestonnen (jato) und blieb während der ersten

(jato) und blieb während der ersten

Jahre weit hinter dem steigenden Bedarf zurück. Der Mangel an Stahl machte den Aufbau einer eigenen Schwerindustrie von vornherein illusorisch.

1953 wurde die staatliche Gesellschaft Hindustan Steel Ltd. gegründet. Unter ausländischer Beteiligung baute sie drei Werke mit je 1 Mio. jato Kapazität: Rourkela (BRD), Bhilai (Sowjetunion) und Durgapur (Großbritannien). Vor allem mit der westdeutschen „Hilfe" hat Indien bittere Erfahrungen imperialistischer Unverschämtheit und Unvermögens machen müssen.

Der inzwischen imperialistischen Sowjetunion hat das die Infiltration in die indische Wirtschaft erleichtert. Die Planung eines weiteren Werkes in Bokaro sowie der Ausbau der vorhandenen wurden der UdSSR übertragen.

Das Ergebnis: Stagnation. 1964 war die Stahlproduktion auf 6 Mio. t gestiegen, 1972 waren es immer noch 6,6 Mio. t. Die Sozialimperialisten liefern Schrott, und das langsam.

Erst nach Einleitung eines Kurses größerer Unabhängigkeit gegenüber allen Imperialisten wurde die Stagnation überwunden. Die Entwicklung der Stahlindustrie ist auch die Grundlage für den Aufbau der übrigen Schwerindustrie. Heute produziert Indien die überaus wichtigen Textilmaschinen selbst, die es vor 15 Jahren noch zu ⅔ importieren mußte.

Verglichen mit Indien sind die Nachbarstaaten Pakistan und Bangla Desh, früher zur Kolonie Indien gehörig, in der Stahlproduktion zurück. Pakistan produzierte 1977 280000 t Rohstahl, weit weniger als der Bedarf, das einzige Stahlwerk Bangla Deshs 120000 t. Dies Ungleichgewicht ist das Erbe kolonialer Beherrschung und Ausplünderung des Subkontinents, die leicht zugänglichen Reichtümer plünderte und Pakistan, vor allem den östlichen Teil, nur als Hinterland und Jutelieferanten ansah.



Stahlwerk in Chittagong, Bangla Desh

Stahlwerk in Chittagong, Bangla Desh

Nach der Zerschlagung des Kolonialjochs haben die Imperialisten alles getan, um Widersprüche zwischen den jungen Staaten zu schüren. Indien, Pakistan und Bangla Desh haben im letzten Jahr dagegen erfolgreiche Anstrengungen unternommen, untereinander und mit den benachbarten Staaten bestehende Differenzen beizulegen und ihre Einheit gegenüber den Imperialisten zu festigen. So haben Indien und Pakistan vor drei Monaten mit der Eröffnung von Konsulaten die Normalisierung ihrer Beziehungen fortgeführt.

Dabei geht der Kampf um politische Einheit und der Kampf um Lösung von der ökonomischen Abhängigkeit Hand in Hand.

Bangla Desh hat im vergangenen Jahr erstmals die Industrieproduktion um 10,4% erhöhen können, ebenso den Export. – Neben dem Stahlkomplex in Karachi, der mit sowjetischen Krediten 1981 vollendet werden soll, will Pakistan eine Reihe von kleineren Projekten zur Nutzung lokaler Ressourcen durchführen. Mit Hilfe der VR China wird ein Stahlwerk für 60000 jato gebaut, das neu entdeckte Eisenerzlager nutzen soll. Die staatliche Entwicklungsgesellschaft wird in Belutschistan ein ähnliches Werk errichten, in Lahore soll Eisenschwamm für den Export produziert werden.

Zwei Werke der Schwerindustrie hat die VR China 1977 geliefert, und im Juni des letzten Jahres wurde die Karakorumstraße zwischen Pakistan und China eröffnet, ein wichtiges Kettenglied im Ausbau des Verkehrsnetzes, um alle Ressourcen des weiten Landes nutzen zu können.

Standortprüfung KKW-Krümmel

r.reb. Am 22.12.78 verkündete das OVG Lüneburg seine Berufungsentscheidung zum Standortvorbescheid. Während die schriftlichen Urteilsgründe noch nicht vorliegen, hatte das Gericht es mit einer Presseerklärung eilig. Es habe der Klage teilweise stattgegeben, heißt es darin, was nur drüber hinwegtäuschen soll, daß die Klage im wesentlichen abgelehnt wurde. Auflagen bezüglich des Standortes habe das Gericht beschlossen, die ,,die Doppelbelastung der Einwohner dieser Stadt (Hamburg) durch chemische und radioaktive Schadstoffe berücksichtigt.'' Was sich dahinter verbirgt, zeigt die Reaktion der Kieler Regierung. Sie ist zufrieden, bewegen sich die Auflagen doch im Rahmen dessen, was die Landesregierung in späteren Bescheiden ohnehin festgelegt hat. So zurückhaltend das Gericht bei der Bekanntgabe der Auflage ist, so breit erklärt es in der Presseerklärung, daß ansonsten noch alles offen sei. Über die Betriebsgenehmigungen werde erst im nächsten Jahr entschieden und es würden auch die standortbedingten Konsequenzen genau geprüft. Gleichzeitig versichert das OVG gegenüber seinen Auftraggebern, es ,,will nicht zum Ausdruck bringen, daß das weitgehend fertiggestellte KKW in seiner Konzeption den sich aus dem Standort ergebenden Konzequenzen nicht genügt''.

Afrikabuch stößt bei Studenten auf Ablehnung

r.wal. ,,Afrika und Bonn – Versäumnisse und Zwänge deutscher Afrikapolitik'' heißt das unter der Federführung der Professoren Tetzlaff (Hamburg) und Bley (Hannover) eigens zur Spaltung der Solidaritätsbewegung mit den kämpfenden afrikanischen Völkern kürzlich auf den Markt geworfene Taschenbuch. Sie treten dafür ein, ,,möglichst ohne militärischen Einsatz'' im südlichen Afrika ,,stabile Verhältnisse zu schaffen und dort eine unseren legitimen Interessen günstige Umwelt zu bewirken''. *Möglichst ohne*, aber, wenn die Völker im bewaffneten Befreiungskrieg ,,uns'' rausschmeißen? ,,... solange jedoch die Sowjetunion und ihre Verbündeten weiterhin massive militärische Interventionen in Afrika betreiben, (scheine) es legitim zu sein, sich zumindest Optionen für begrenzte und befristete Gegeninterventionen (allerdings nur auf afrikanisches Ersuchen hin!) als ultima ratio offen zu halten.'' Diese Theorien werden in Tetzlaffs Seminar bekämpft. Die Semi-

Afrikabuch stößt bei Studenten auf Ablehnung

r.wal. ,,Afrika und Bonn – Versäumnisse und Zwänge deutscher Afrikapolitik'' heißt das unter der Federführung der Professoren Tetzlaff (Hamburg) und Bley (Hannover) eigens zur Spaltung der Solidaritätsbewegung mit den kämpfenden afrikanischen Völkern kürzlich auf den Markt geworfene Taschenbuch. Sie treten dafür ein, ,,möglichst ohne militärischen Einsatz'' im südlichen Afrika ,,stabile Verhältnisse zu schaffen und dort eine unseren legitimen Interessen günstige Umwelt zu bewirken''. Möglichst ohne, aber, wenn die Völker im bewaffneten Befreiungskrieg ,,uns'' rausschmeißen? ,,... solange jedoch die Sowjetunion und ihre Verbündeten weiterhin massive militärische Interventionen in Afrika betreiben, (scheine) es legitim zu sein, sich zumindest Optionen für begrenzte und befristete Gegeninterventionen (allerdings nur auf afrikanisches Ersuchen hin!) als ultima ratio offen zu halten.'' Diese Theorien werden in Tetzlaffs Seminar bekämpft. Die Semi-narteilnehmer spendeten 35 DM für die ZANU! Als die beiden ihr Machwerk der Studentenbewegung auf einer Veranstaltung nahe bringen wollten, wurden sie u.a. mit der Aufforderung angegriffen, die Bundesregierung aufzufordern, die Patriotische Front anzuerkennen. Sie weigerten sich. Die Antwort der anwesenden Studenten: 43,10 DM für die ZANU!

Polizeispitzel enttarnt

r.anh./gör. Zwei Polizeispitzel, die im Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie ,,mitgearbeitet'' hatten, wurden enttarnt. Auf einer Sitzung wurden die Polizeibeamten von den ca. 30 Anwesenden gestellt und verhört. Sie gaben es schnell auf, sich rumzuwinden. Der Chef ist der Polizeimeister Klaus Eggert aus der Abteilung 7 der Landeskriminalpolizei Hannover (Staatsschutz), wohnhaft in Ilten bei Hannover. Die Spitzel hatten sich eine Deckwohnung gemietet und als Stundenten ausgegeben. Z.B. wollten sie erfahren, von wem die Bürgerinitiative die Geheimdokumente über die Sicherheitsvorkehrungen in Gorleben habe. Sie hatten Namen und Fotos von den Mitgliedern der Bürgerinitiative gemacht. – Inzwischen hat Waldemar Burkhardt, Leiter des Landeskriminalpolizeiamtes in Hannover, den Einsatz der Beamten bestätigt. Sein Spaltungsmanöver: Der Einsatz habe sich auf den Koordinierungsausschuß (KOA) konzentriert, der sei ,,Schwerpunkt der auch über Göttingen hinauswirkenden militanten Kräfte'', die anderen Mitglieder hätten ,,in keiner Weise interessiert'' (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 29.12.78) – Seinen Spitzeln hat dies schon nichts mehr genützt. Sie wurden bis 3 Uhr in der Nacht verhört, man nahm die Autoschlüssel, überprüfte die gefälschten Papiere. Fotoaufnahmen der Spitzel werden ihr Unwesen vorerst unmöglich machen.

BKB: Am liebsten dreimal profitieren an Strom aus Braunkohle

IG Bergbau fordert 6,5% / Kapitalisten wollen Filteranlage für Salzkohlekraftwerk sparen

r.bel. Am 27. November hat der Aufsichtsrat der Braunschweigischen Kohlenbergwerke (BKB) Helmstedt den Beginn des Abbaus der sogenannten Salzkohle (Kohle mit mehr als 2% Alkalisalzgehalt) nordöstlich von Schöningen beschlossen, ebenso den Bau eines neuen Kraftwerkes bei Schöningen mit entsprechend zur Verbrennung geeigneten Kesseln. Die Standortvorbescheide sind erteilt, Bebauungspläne durch den Stadtrat Schöningen genehmigt, den größten Teil des Landes für den 5,5 km mal 800 m großen Tagebau, der bis in die Stadt Schöningen hineinreichen soll, haben sich die BKB Kapitalisten auch unter den Nagel reißen können. Die Kapitalisten sehen ihr hauptsächlichstes Energiestandbein im östlichen Niedersachsen gesichert bis zum Jahr 2005, solange soll die Salzkohle zur Befeuerung des 350 Megawatt-Kraftwerks reichen, die derzeit geförderten Braunkohlevorräte sind 1992 erschöpft.

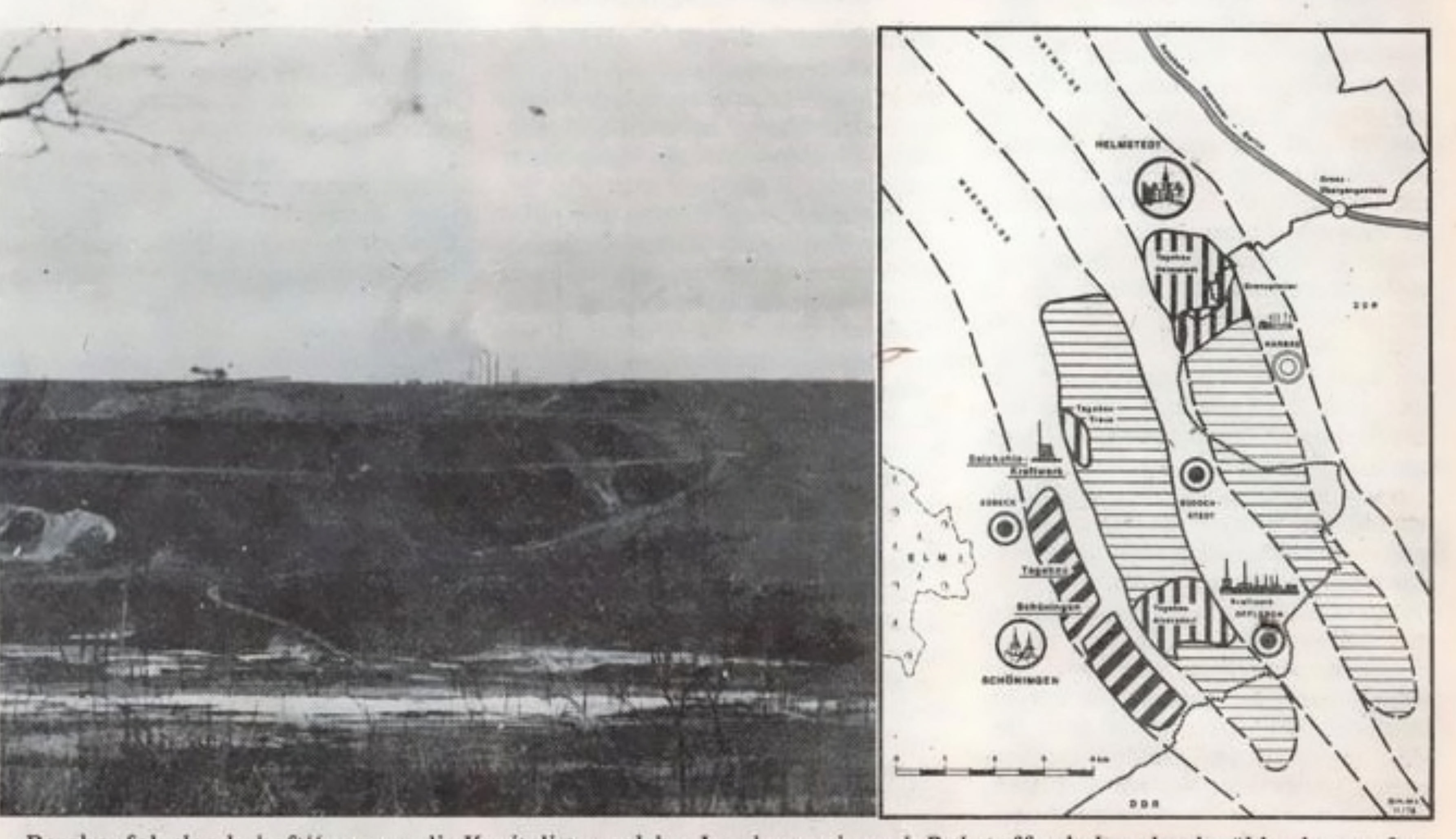
Die notwendigen Investitionen von rund 700 Mio. DM wollen die BKB Kapitalisten ,,im wesentlichen aus Eigenmitteln mit geringer Bankunterstützung'' aufbringen, 50 Mio. DM bringt die Einbeziehung des Projekts in das 3. Kohleverstromungsgesetz, weitere 50 Mio. sollen eingespart werden durch den bei der Landesregierung beantragten Verzicht auf zusätzliche Filteranlagen im Kraftwerk.

Dasselbe Manöver, mit dem auf mehreren IG Bergbau Versammlungen die Zustimmung zu dem Projekt erpresst wurde und mit dem ein Spaltkeil zwischen die BKB Arbeiter und die gegen die Vernichtung des fruchtbaren Löß- und Schwarzerdebodens kämpfenden Bauern getrieben wurde, soll jetzt dafür herhalten, stündlich 18,5 Tonnen Schwefeldioxid ungefiltert in die Luft jagen zu können: ,,Sollten zusätzliche Auflagen gemacht werden, ist das Projekt in Gefahr'' und weitere 1500 Arbeiter werden auf die Straße gesetzt. Auflagen sind allerdings eh kaum zu erwarten, die BKB ist über die Konzerne VIAG und VEBA, die je 49% der Aktien halten, zu 98% Bundesbesitz, der CDU Landesregierung wurde für Sozialminister Schnipkoweit der von Ehrenberg vorgewärmte Aufsichtsratssessel auf der letzten Hauptversammlung zur Verfügung gestellt.

Dreifach wollen die Imperialisten auf erhöhter Stufenleiter an der von den BKB Arbeitern produzierten Energie profitieren: durch die Ausbeutung der BKB Arbeiter, die Ausplünderung der Massen über die Strompreise und durch die Lieferung von Billigernergie an die Kapitalisten. 93 Mio. DM Bilanzgewinn weisen die Geschäftsberichte der BKB in den letzten 5 Jahren aus, für 1977 wurde eine Rekorddividende von 18,8% einschließlich Steuergutschrift ausgeschüttet, im gleichen Zeitraum wurden über 350 Arbeiter überflüssig gemacht. Die Erhöhung des Pro-Kopf-Umsatzes von 63,8 auf 88,6 Mio. DM jährlich und die Steigerung der Pro-Kopf-Stromproduktion von 1,3 auf 1,5 Mio Kwh drücken die verschärfte Auspressung von Mehrarbeit aus. 9,5% war 1977 der Krankenstand in den Tagebaubetrieben, 7,1% in den Hauptwerkstätten, 8,6% im Hauptlager.

Etwa 90% der Energie im Raum Braunschweig/östliches Niedersachsen liefert derzeit das BKB-Kraftwerk Offleben (709 Megawatt). Von den 1977 produzierten 4690 Mio. kWh wurden 519 direkt oder über die Überlandzentrale Helmstedt, 100% im BKB Besitz, an Sonderabnehmer geliefert, 1319 gingen über die ÜZH an Weiterverteiler, 1770 wurden in das Verbundnetz der Preußenelektra eingespeist, lediglich 375 Mio. kWh lieferte die ÜZH an über 100000 Tarifabnehmer. Seit 1.1.78 ist der Strompreis für die Massen um 5,3% erhöht, am 1.1.79 tritt eine neuerliche Erhöhung durch die Anhebung des Kohlepfennigs in Kraft.

Zum 31.12.hat die IG Bergbau die Tarife für die 3062 Arbeiter und Angestellte gekündigt. 6,5% mehr Lohn, 2 Tage Urlaub und Erhöhung der Schichtzulagen, die Forderungen sind schwach, weil rein prozentig und zu wenig beim Urlaub. Auf die Gesamtlohnsumme 1977 würden 6,5% aber als Festgeld gezahlt (gerechnet mit 13 Monatslöhnen) 167 DM ausmachen. Und erstmals seit Jahren haben die BKB Kapitalisten keinen fertigen Tarifvertrag in der Tasche bevor der alte ausgelaufen war. Den letzten 5,3% Lohnraubabschluß haben sie auch nur durch Zahlung einer Sonderzulage von 300 DM durchkriegen können. Dem imperialistischen Energiemonopol kann das Lachen über den Beginn des Salzkohleprojekts ähnlich schnell wie derzeit den Stahlbaronen vergehen.



,,Bergbaufolgelandschaft'' nennen die Kapitalisten solches Land, was sie nach Rohstoffen haben durchwühlen lassen. Lediglich 100 der über 2000 ha großen Tagebauflächen der Braunschweigischen Kohlenbergwerke (BKB) wurden bisher rekultiviert, der fast ausgekohlte Tagebau Treue (Bild) ist ein 6 km langes bis 150 m tiefes Loch in der Landschaft. Der Abraum reicht nicht, um die Tagebaue zu füllen, teilweise wird Boden von unterst nach oberst gefördert, der wegen mineralischer Giftstoffe jahrelang für Pflanzenwuchs nicht geeignet ist.

Die Dörfer und Siedlungen Büddenstedt, Wulfersdorf, Runstedt, Buschhaus, Trendelbusch und Alversdorf wurden vernichtet, lediglich Büddenstedt bis Anfang der 50ger Jahre wieder neu aufgebaut. Die BKB weigerte sich, die neue Siedlung selbst zu bauen und entschädigte unter Drohung von Zwangsenteignung mit Geld, ein großer Teil der 1100 umgesiedelten Einwohner ist durch die Währungsreform um die Entschädigungsbeträge vollständig betrogen worden. Für den Abbau der Salzkohle werden erneut 104 Häuser der Stadt Schöningen abgerissen.

Für die Kriegsproduktion ließen die Imperialisten 1935 auf dem Tagebaugelände ein Schwelwerk zur Braunkohleverflüssigung bauen. In dem Werk, das bis 1967 in Betrieb war, wurden 47 Mio.t Kohle verschwelt zu 16,7 Mio.t Koks, 2,0 Mio.t Schwelteer, 0,5 Mio.t Rohbenzin und 0,4 Mio.t Heizöl.

ten Verzicht auf zusätzliche Filteranlagen im Kraftwerk.

Dasselbe Manöver, mit dem auf mehreren IG Bergbau Versammlungen die Zustimmung zu dem Projekt erpresst wurde und mit dem ein Spaltkeil zwischen die BKB Arbeiter und die gegen die Vernichtung des fruchtbaren Löß- und Schwarzerdebodens kämpfenden Bauern getrieben wurde, soll jetzt dafür herhalten, stündlich 18,5 Tonnen Schwefeldioxid ungefiltert in die Luft jagen zu können: ,,Sollten zusätzliche Auflagen gemacht werden, ist das Projekt in Gefahr'' und weitere 1500 Arbeiter werden auf die Straße gesetzt. Auflagen sind allerdings eh kaum zu erwarten, die BKB ist über die Konzerne VIAG und VEBA, die je 49% der Aktien halten, zu 98% Bundesbesitz, der CDU Landesregierung wurde für Sozialminister Schnipkoweit der von Ehrenberg vorgewärmte Aufsichtsratssessel auf der letzten Hauptversammlung zur Verfügung gestellt.

Dreifach wollen die Imperialisten auf erhöhter Stufenleiter an der von den BKB Arbeitern produzierten Ener-





,,Bergbaufolgelandschaft'' nennen die Kapitalisten solches Land, was sie nach Rohstoffen haben durchwühlen lassen. Lediglich 100 der über 2000 ha großen Tagebauflächen der Braunschweigischen Kohlenbergwerke (BKB) wurden bisher rekultiviert, der fast ausgekohlte Tagebau Treue (Bild) ist ein 6 km langes bis 150 m tiefes Loch in der Landschaft. Der Abraum reicht nicht, um die Tagebaue zu füllen, teilweise wird Boden von unterst nach oberst gefördert, der wegen mineralischer Giftstoffe jahrelang für Pflanzenwuchs nicht geeignet ist.

Die Dörfer und Siedlungen Büddenstedt, Wulfersdorf, Runstedt, Buschhaus, Trendelbusch und Alversdorf wurden vernichtet, lediglich Büddenstedt bis Anfang der 50ger Jahre wieder neu aufgebaut. Die BKB weigerte sich, die neue Siedlung selbst zu bauen und entschädigte unter Drohung von Zwangsenteignung mit Geld, ein großer Teil der 1100 umgesiedelten Einwohner ist durch die Währungsreform um die Entschädigungsbeträge vollständig betrogen worden. Für den Abbau der Salzkohle werden erneut 104 Häuser der Stadt Schöningen abgerissen.

Für die Kriegsproduktion ließen die Imperialisten 1935 auf dem Tagebaugelände ein Schwelwerk zur Braunkohleverflüssigung bauen. In dem Werk, das bis 1967 in Betrieb war, wurden 47 Mio.t Kohle verschwelt zu 16,7 Mio.t Koks, 2,0 Mio.t Schwelteer, 0,5 Mio.t Rohbenzin und 0,4 Mio.t Heizöl.

Die Tarife sind gekündigt – die Arbeiter sind kampfbereit

Metallkapitalisten drohen mit Entlassungen / Auswirkungen der Kämpfe der Stahlarbeiter

r.pel. In der Metallindustrie ist ab dem 1. Januar 1979 tarifloser Zustand. Die Stahlarbeiter stehen fest und geschlossen weiterhin im Streik, *trotz* der unvernünftigen Taktik der IG Metall-Führung, und *können* diesen Kampf für sich entscheiden. Für die Betriebsversammlungen, die kurz vor Weihnachten in vielen Metallbetrieben stattgefunden haben, hatten sich die Kapitalisten auf einen harten Kurs gegen die Arbeiter verständigt. In einer Reihe von Betrieben sind Entlassungen angekündigt worden, so z.B. bei MAK in Kiel 170, bei DIAG 450 und im Gildemeisterkonzern 350. AEG hat für die Großmaschinenfabrik in Westberlin Kurzarbeit beantragt und mit Stillegung gedroht. Im November sind noch Sonntagsschichten gefahren worden.

,,Japanische Verhältnisse'' hat der Betriebsführer bei Max Müller (Gildemeister) in Hannover gefordert. Um 220% haben die japanischen Maschinenbaukapitalisten in den letzten sieben Jahren ihren Export steigern können, gegenüber ,,nur 100% der BRD. Den westdeutschen Kapitalisten schwant, im Kampf um das Monopol ins Hintertreffen zu geraten, ,,wo doch der Maschinenbauer die gesamte Welt als Absatzgebiet braucht. ,,Der Aufsichtsratsvorsitzende der Voith GmbH, Rupf, ruft so zur Eroberung der ausländischen Märkte auf und teilt den Arbeitern bedauernd mit, ,,daß nichts dafür spricht, daß das frühere Niveau der Beschäftigung wieder erreicht werden kann.'' (Handelsblatt, 29.12.) 150000 Arbeiter haben die westdeutschen Maschinenbaukapitalisten seit 1970 auf die Straße geworfen und gleichzeitig den Umsatz pro Beschäftigtem von 58208 DM auf 93197 gesteigert. Nur, der Anteil des Auslandsumsatzes ist gefallen von 44,4% 1976 auf 42,4% 1977. ,,Japanische Verhältnisse'', damit meint der saubere Gildemeister-Manager Niedrigstlöhne und 60% Tagelöhner wie bei Toyota. Ein erster Schritt in diese Richtung soll die Reduzierung der Facharbeiter und ihre ,,Ersetzung'' durch Hilfsarbeiter bzw. durch Prüfcomputer sein.

Frech sind sie aufgetreten, die Kapitalisten. Der Betriebsleiter von Lumoprint in Hamburg bietet den Arbeitern bei der Verwirklichung der Programme noch dreist Zusammenarbeit an: ,,Wir – Sie und ich – sitzen da in einem Boot. Man kann alles erreichen, wenn man hart genug arbeitet. Was mich betrifft: Ich bin dazu bereit!''

Die Arbeiter haben nichts gehalten von solchen Angeboten. Der Betriebsrat bei Max Müller hat angekündigt, Überstunden nicht mehr zuzustimmen, der Betriebsrat von VW Salzgitter will ebenso verfahren. Bei VW Braunschweig ist der Versuch, einen Arbeiter aus der Transportervorderachsmontage abzuziehen, zurückgeschlagen worden, und in Wolfsburg hat der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Ehlers auf der Betriebsversammlung einen 12-Punkte-Katalog gegen Akkordverschärfungen und die Auswirkungen der Schichtarbeit verkündet. Die Arbeiter der Werkzeugmaschinenfabrik Droop und Rhein in Bielefeld haben im November erfolgreich die angesetzten Überstunden boykottiert und eine einmalige Zahlung von 100 DM für alle erkämpft.

Wo die Kapitalisten versucht haben, die Lohnfrage aus der Debatte herauszuhalten, haben Arbeiter auf den verschiedenen Versammlungen die Tarifforderungen der IG-Metall bekräftigt und darauf hingewiesen, daß es wohl bald an der Zeit sei, zu Aktionen überzugehen. Überall sind Mindestforderungen propagiert worden und haben überwiegend Zustimmung gefunden. Es ist unzweifelhaft, daß der kluge Kampf der Stahlarbeiter eine große Solidarität bewirkt hat und daß er direkte Auswirkungen schon jetzt auf den Lohnkampf in der Metallindustrie hat. Der Kampf der Stahlarbeiter wird begriffen als *politische* Anstrengung der *gesamten* Klasse gegen die Ausbeutung durch die Kapitalisten. Wenn die Zustimmung zu Überstunden durch den Miele-Betriebsrat innerhalb weniger Wochen von einstimmig bei vier Enthaltungen auf sechs zu fünf Stimmen reduziert wird, so schafft das bessere Bedingungen für alle weiteren Kämpfe, und wenn der Gesamtbetriebsratvorsitzende bei VW, der Sozialdemokrat Ehlers, gegen die Hetze der Kapitalisten gegen die Länder der Dritten Welt den Aufbau nationaler Industrien und die Verbindung mit den Arbeitern dort propagiert, ist das nützlich. All diese Entwicklungen zeigen: die Kapitalisten müssen nicht durchkommen.

100 DM mindestens, 1500 DM Steuerfreibetrag!

Kolleginnen und Kollegen,
...Der Streik unserer Kollegen und Kolleginnen in der Stahlindustrie, die unsere volle Solidarität haben, zeigt, daß die Tarifauseinandersetzungen äußerst hart sein werden, auch in der metallverarbeitenden Industrie... Unsere Vertreterversammlung hat für den Tarifbezirk NRW 6% als Lohnforderung vorgeschlagen. Von der Höhe her... ist diese Forderung unserer Meinung nach in etwa richtig... Wir meinen aber, daß wenigstens eine Mindestforderung von 100 DM zusätzlich zur Forderung nach 6% aufgestellt werden muß, und zwar auf den Tarifgrundlohn, um mit den dauernden Lohnsenkungen Schluß zu machen, die die niederen Lohngruppen ja besonders treffen.... Allein seit 1970 sind die Steuern auf den durchschnittlichen Lohn eines Metallarbeiters von 11,2% auf 13,3% gestiegen. Bei der jetzigen Steuerreform sollen bis 1700 DM brutto in die Steuerklasse I und IV ab 1. Januar gerade 7 DM weniger gezahlt werden, in Steuerklasse III/ 2 Kinder 14 DM. Einiges mehr wird uns durch die Mehrwertsteuererhöhung ab 1.7. wieder aus der Tasche gezogen. Je höher der Lohn bzw. das Gehalt, desto größer ist der Betrag, der an Lohnsteuer weniger gezahlt werden muß. Dadurch soll diese Steuerreform spaltend wirken und die niedrigen Lohngruppen im Verhältnis zu den höheren weiter hinabdrücken.... Das ist ein weiterer Grund, wenigstens einen Mindestbetrag als Forderung aufzustellen, wenigstens 100,-. Das reicht aber nicht. 1500 DM monatlich müssen unserer Meinung nach monatlich steuerfrei sein und die indirekten Steuern müssen abgeschafft werden, um dieser Art Lohnsenkung eine Schranke zu ziehen...

11 Arbeiterinnen und Arbeiter der Hauptmontage Geschirrspüler des Werkes Bielefeld von Miele in einem Brief an die Große Tarifkommission

Schmidt Geburtstag - die Pressemeute jault ihm ein Ständchen

b.uwh. Helmut Schmidt, unser Kanzler hatte seinen sechzigsten. Zeit und Gelegenheit für die Bourgeoisie, ihre ranghöchste Marionette gehörig rauszuputzen. Nicht mehr als Macher, oder Schmidt-Schnauze will ihn die Finanzbourgeoisie ihn. Jetzt solls der Opi sein. Rührselig, herallerliebst wird er neuerdings abgelichtet, die bleckenden Zähne zurückgehalten hinter dünnlippigen faltenumsäumten Lefzen. Mitleiderregender Tiefenblick und graue Haarpracht. (Bild in FAZ, 23.12.). Angefangen hatte die Masche schon mit dem dezenten Augenkläppchen, daß die Pressemeute gar nicht genug einfangen konnte.

Angeschlagen ist die Schmidtregierung. Schon Modell Deutschland ging in die Binsen. Der Klassenkampf hat eine härtere Gangart. Rentensanierung, Steuerausplünderung, Kostendämpfung — alles tut seine Wirkung und läßt den Haß der Volksmassen wachsen.Die Arbeiterklasse will endlich Schluß machen mit den Lohnsenkungen.

Trotzdem, ohne sozialdemokratisches Betrugsmanöver spielt sich fürs Finanzkapital gar nichts ab. Deshalb muß die Erscheinung der sozialdemokratischen Gallionsfigur restauriert werden. Der verkrampft zähnezeigende Macher mit dem gefühlskalten, hanseatischen Ungestüm ist verschlissen. ,,Ihn bewegen in hohem Maße Gefühle. (...) Ist nicht seine Erregung zu spüren, wenn er ohne Konjunktiv darüber spricht, daß die Terroristen gejagt werden, bis sie alle hinter Schloß und Riegel sind?''(FAZ) Freilich, denn natürlich gelingt es nicht, die Revolutionäre aus der Welt zu schaffen, obwohl binnen seiner Amtszeit immense Anstrengungen in diese Richtung gemacht worden sind. Weil ihn die Massen für seine Taten hassen, soll er nun aus der Schußlinie genommen werden, so als Mensch wie du und ich, keineswegs hölzerne Marionette: ,,Doch kann ihn dabei (Entscheidungen) der nagende Zweifel in die Quere kommen, ob denn richtig entschieden, ob nicht etwas wichtiges übersehen worden ist; gelegentlich überfällt ihn dann eine ganz unökonomische Lust zu Kleinigkeiten (...) Kommt zum Vorschein, wie schwer Schmidt es mit sich hat im Widerstreit der Gründe und Gegengründe (...) Von Lebensfreude spricht er manchmal mit ernster Miene und in energischem Ton. Ob er sie nicht am meisten wiederum in seiner Pflichterfüllung findet? (...) Schmidts Ethik hat 2 Wurzeln: Protestantismus und Sozialdemokrtie.'' (Alle Zitate FAZ 23.12.) Er ist wirklich zu bedauern der arme Kerl, ist gar nicht wie ein Kettenhund. Das soll man denken. Das Zentralorgan der westdeutschen Finanzbourgeoisie, die FAZ gibts als Linie

bourgeoisie, die FAZ gibts als Linie raus, das neue Schmidt Bild. Es soll die Fronten verzerren. Schließlich muß man die Arbeiterklasse noch zu Grossem mobilisieren : Europa, in nicht allzu weiter Ferne die Bundestagswahlen, Lohnverzicht und imperialistischer Krieg. Einem gefühlsduseligen, innerlich von Sorgen zerfetzten Halbgreis soll man nun besser auf den Leim gehen. Die anderen Hunde der Pressemeute jaulen mit: ,,Umstände und das charakterliche Vermögen Schmidts trafen zusammen. Das erklärt warum dieser Bundeskanzler an seinem 60zigsten Geburtstag verzeichnen kann, daß er in weit über die Grenzen der SPD hinausreichenden Schichten im deutschen Volk Respekt und Anerkennung genießt wie kein anderer (...) seit Adenauer. (...) Ein Mann ohne Fehler und Schwächen also? Wo gäbe es das? Wie hätte er dann nach dem Wahlsieg von 76 mit dem ,Rentnerbetrug' in die für ihn schwierigste innere Krise geraten können? (Welt, 22.12.) Wirklich ergreifend, wie das den Kanzler so quält innerlich, der Rentnermord. Das muß ja schrecklich sein!

Die Bild-Meute mit der gewohnten Würze rundet das Bild: ,,Das Geburtstagskind selbst hat sich Sekt und Galadiner, wie es sonst hohen Staatsmännern vom Senat präsentiert wird, verbeten.'' (21.12.) Völkisch, bescheiden, zum Jubeltag extra in seine Heimatstadt eingeflogen — weitere edle Charakterzüge, wie man unschwer erkennt. Daß er vorher ordentlich beim Kapitalisten Körber gefuttert hat mit Theatereinlage auf Platt und so, wie die Geschenke im Wert von 250000 DM — das gehört nun mal dazu.

Ob die neue Marionette ,Opa-Bundeskanzler' mit Gefühls-, Psycho- und Folkloreeinlagen mehr Beifall findet? Ein bißchen lächerlich ist dieses Medientheater schon, auch wenn das Drehbuch vom Finanzkapital selbst ist.

Seeleute Verhandlungen geplatzt

Die Forderung nach 240 DM steht

b.ruo. Am 22. Dezember hat die ÖTV-Abteilung Seeschiffahrt das Scheitern der Tarifverhandlungen mit dem Verband Deutscher Reeder erklärt.

In drei Verhandlungsrunden hatten die Kapitalisten es nicht für nötig gehalten, ein Angebot vorzulegen. Nur soviel haben sie herausgelassen: sie seien bereit einen Ausgleich für die Teuerungsrate zu bezahlen. In Zahlen gefaßt also rund 2,5% . Denn das ist ja bekanntlich die offiziell verbreitete Preissteigerungsrate.

Bis zuletzt hatten die Reederkapitalisten augenscheinlich auf eine Wirkung ihrer ,,Bankrott''-Propaganda unter den Seeleuten gehofft.

Die Stillegung der Santa Rosa, der Verkauf der Bananenflotte an einen US-Konzern, all das sollte die Unsicherheit unter den westdeutschen Seeleuten schüren. Nikolaus Schües, Vorsitzender im Verband Deutscher Reeder (VDR) ließ verbreiten, ,,1978 ist für die deutsche Handelsflotte das schlechteste Schiffahrtsjahr dieses Jahrzehnts''. Und John Henry de la Trobe, Vorstandsvorsitzender und Verhandlungsführer im VDR, gab das Ziel an, wie die Reederkapitalisten denken, voran zu kommen: Unvermeidliche Voraussetzung für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit sei der Versuch, den extrem steilen Anstieg der Lohnkosten durch eine verbesserte Schiffsbetriebstechnik abzufangen.

Zu hohe Lohnkosten und Kursverfall des Dollars sollen also die Hauptursachen für die ,,Ertragsausfälle'' der Reederkapitalisten sein. Und das, wo gerade der letzte Lohnabschluß den Seeleuten durch Senkung der Überstunden und anderer Zuschläge einen Heuerabbau um durchschnittlich etwa 200 DM gebracht hat. Um den Lohnabbau fortsetzen zu können, drohen die Reederkapitalisten jetzt mit weiteren Ausflaggungen ihrer Flotten. Freiwilligen Heuerverzicht wollen sie damit erpressen. Aber das zieht längst nicht mehr, hat doch die zweite große Ausflaggwelle des westdeutschen Reederkapitals gerade im Frühjahr 1978 stattgefunden, unmittelbar nach der Heuerabbaulohnrunde. Im Gegenteil: die Reeder handeln sich international immer zahlreichere Streiks ein gegen die Lohn- und Arbeitsbedingungen unter Billigflagge. Und die westdeutschen Seeleute können den internationalen Zusammenschluß der Seeleute, ihre Aktion in der International Transport Workers Federation (ITF) garnicht besser unterstützen als durch die Erkämpfung eines ausreichenden Lohnnivaus für Seeleute unter westdeutscher Flagge.

Richtig ist, daß die Dollaraggression der US-Imperialisten die Profite der Reeder empfindlich getroffen hat. Bis zu 80 % ihrer Einnahmen kassieren diese in Dollars. Getroffen wird damit aber vor allem der Plan der westdeutschen Reeder, mit dem ,,Schiff der Zukunft'' zu neuen Ufern des Profits aufzubrechen. ,,Verbesserte Schiffsbetriebstechnik'', ,,Schiff der Zukunft'', das heißt für die Seeleute drastische Reduzierung der Schiffsbesatzungen auf zwölf Mann für Seeschiffe. Schon 1976 lagen die BRD-Reeder im internationalen Vergleich mit an der Spitze der niedrigsten Besatzungsquoten. Da wollen sie Vorreiter bleiben. Und dazu allein dient auch das 660 Mio. DM starke Subventionsprogramm, das die Bundesregierung rückwirkend ab 1.12.78 den Werft- und Reederkapitalisten zuschießt.

Die Forderung der Seeleute nach 240 DM mehr steht, und die Erfahrungen der letzten Tarifrunde haben die Seeleute wachsam gemacht. Wenn sie in der vergangenen Tarifrunde dafür zahlen mußten, daß sich ihre Gewerkschaftsführung von den Kapitalisten hat in die Alternative zwingen lassen: entweder Lohnforderung oder Manteltarifforderung, und heraus kam eine 40-Stundenwoche, für die der Lohn vorn und hinten nicht reicht, so werden die Seeleute sich diesmal umso mehr darum sorgen, ihre Kampfstärke wirkungsvoll einzusetzen.

Schlechte Zeiten für Schlichter. Der Bremer Finanzsenator a.D. Schulz kann da, eh er sich versieht, in die Fußstapfen eines Fahrtmann geraten. Sowieso, wenn sich die Seeleute seiner Rolle im letzten Lohnkampf erinnern. Zu einer durchschnittlichen Heueranhebung zwischen 6 und 7 % hätte die Tarifvereinbarung führen sollen, laut Schulz. Der Mann wird sich nicht das letzte Mal verrechnet haben. Dafür können die Seeleute sorgen.

Die Bedingungen für einen erfolgreichen Kampf der Seeleute sind gut. Anfang Februar läuft endlich die Friedenspflicht der sechswöchigen Schlichtung aus. Bis dahin können die Seeleute ihre Verhandlungsführung durch Versammlungen und Telegramme unterstützen, auf denen sie ihre Einheit um die Forderung stärken. Mit den 240 DM Festgeld und dem damit geschaffenen Zusammenhalt der Mannschaften brauchen sie nichts zu fürchten. Ist es soweit, wird auch die Unterstützung durch die Arbeiter an Land groß sein.



In 40 Städten der BRD wurden am letzten Samstag als Abschluß der Soldaten- und Reservistentage Kundgebungen zur Unterstützung des Befreiungskrieges in Zimbabwe durchgeführt. Mit einem Platzkonzert wurde die Kundgebung in der Hamburger Innenstadt beschlossen. Zuvor wurde in kleinen Trupps für die Druckausrüstung der ZANU gesammelt (Bild).

Studenten fordern Demonstration der VDS im Januar gegen Regierungsbeschlüsse zum BAföG

b.wal. In seiner letzten mündlichen Prüfung wurde der Student Walter Lambrecht vom Lehrerprüfungsamt unter Mitwirkung von Politik-Professor Raschke auf ,,5'' runterzensiert. Gefragt wurde einfach, was *nicht* abgesprochen war. Noch bevor aber beim Lehrerprüfungsamt die richtige Freude ausbrechen konnte, mußte es einen deftigen Schlag einstecken. Nach anderthalbjähriger Auseinandersetzung und mehrfacher offen politisch begründeter Runterzensierungen mußten sie bei der Studentin Ingrid Buttler das Examen als bestanden anerkennen, nachdem zuletzt Professor Sywottek aus Schiß vor der Studentenbewegung eine weitere Zensierung auf ,,5'' verweigerte.

Die nötigen und gewünschten Fortschritte hat die Bourgeosie bei ihren Anstrengungen, die imperialistische Hochschulreform durchzusetzen und sich die besitzlosen Studentenmassen zu unterwerfen und eigenen Zielen dienstbar zu machen, nicht erreicht; obgleich sie das Tempo beschleunigte.

Da ist was fällig. ,,Ich habe nichts gegen Konkurrenz, sie belebt das Geschäft'', sinniert Hochschulsenator Sinn bei seinem Vorschlag, wie die Effektivierung der Spaltung und Unterdrückung der besitzlosen Studentenmassen zu bewerkstelligen sei: ,,Das Konzept sieht ...eine Öffnung der... Bundeswehrhochschulen auch für zivile Studenten vor... Die Aufnahme auch ziviler Studenten an den Hochschulen der Bundeswehr ist... nach Sinns Auffassung wichtig, weil so die Vergleichbarkeit der Studiengänge und -Abschlüsse leichter glaubhaft gemacht werden könne.'' (Welt, 19.12.1978) Sinns Vorschlag für die ,,Entmilitarisierung'' der Bundeswehrhochschulen besteht allein darin, einiges an Fachunterricht für Zeitsoldaten in der Semesterferien zu legen. Einführung des Systems von Befehl und Gehorsam an den Hochschulen, um sie der Demokratie wegen mit den Bundeswehrhochschulen vergleichen zu können, so schwebt es dem Hochschulsenator vor. Die Bourgeois sind über diesen Vorschlag zumindest geteilter Meinung. ,,Spartacus ad portas'' lautet die Überschrift eines Artikels in der Welt vom 20.12., was soviel heißt wie ,,Die Kommunisten vor der Tür''. Die Furcht des Schreibers ist, daß ,,die akademische Ausbildung der Offiziere aus ihrem relativ ruhigen Fahrwasser in die stürmische See'' münden würde. Daß nicht freie Entfaltung der Professorenwillkür, sondern Zersetzung der Kaderschmieden der Bourgeoisie durch den Kampf der Studentenmassen am Ende der sinnhaften Reform steht, ist die Befürchtung.

Grundlegend für die Bewerkstelligung verschärfter Unterdrückung ist das Vorantreiben der Verelendung der besitzlosen Studentenmassen. Dieses Ziel verfolgt das 6. BAföG-Änderungsgesetz. *Absolute* Senkung der Bezüge für die nächsten drei Jahre ist beabsichtigt. Für wenige *nominelle* Steigerung, was nichts mit Anpassung an die Lebenshaltungskosten aber viel mit Spaltung der Studentenmassen zu tun hat. Neben der Vernutzung studentischer Arbeitskraft durch den bürgerlichen Staat soll immer ausgedehntere Verdingung der Studenten bei den Kapitalisten durchgesetzt und so der Zusammenschluß der Studentenmassen unterminiert werden.

Seitens der Hochschulorganisationen des KBW wird vorgeschlagen, durch eine Demonstration des VDS (Verband Deutscher Studentenschaften) im Januar in Bonn einen ersten Schritt gegen die Regierungsabsichten zu tun und damit einen Schritt, dem Staat umfassende Koalitionsrechte abzutrotzen. Dabei müssen sich die Studentenmassen gegen die Regierungspolitiker in den eigenen Reihen durchsetzen. Die Juso- und DKP-Studenten, die den Hamburger AStA stellen, haben verlauten lassen, so eine Demonstration würden sie nicht unterstützen, und wenn sich die Studenten auf den Kopf stellen. Also muß diese Demonstration erzwungen werden durch Zusammenschluß in den Seminaren.

In einem Brief an das Schmude-Ministerium mit Durchschlag an den VDS schreibt das Schulz-Seminar I vom Pädagogischen Institut bei 19 Fürstimmen, 4 Gegenstimmen und 10 Enthaltungen:

,,... Aus diesen Gründen sind wir gegen den Entwurf der Bundesregierung und fordern 100 DM mehr für alle BAföG-Bezieher, 1500 DM Elternfreibetrag, Abschaffung des Formblattes 9, des Anti-Streikparagraphen und der Darlehensregelung. Damit diese Forderungen durchgesetzt werden und die Regierung ein entsprechendes Angebot unserer Vertretung, dem VDS, vorlegt, treten wir dafür ein, daß im Januar eine bundesweite Demonstration durchgeführt wird, die der VDS organisiert.''

Veranstaltungskalender

Dienstag 2.Januar
Verkaufsorte der KVZ
und revolutionärer Literatur
Hamburg, 16.00 Uhr: Langenhorn, U-Bahn Langenhorn Markt. Barmbek, Barmbeker Bahnhof. Billstedt, im Einkaufszentrum. Wandsbek, vor Karstadt. Mitte, Gerhard-Hauptmann-Platz. Altona, Einkaufszentrum. Osdorfer Born, Einkaufszentrum. Bergedorf, im Sachsentor. Harburg, Bahnhof.
Stade, 16.30 Uhr: Pferdemarkt
Stade, 17.00 Uhr: Bützfleth, vor Vietz
Buxtehude, 16.30 Uhr: vor Stackmann
Lüneburg, 16.00 Uhr: in der Bäckerstraße

Buchholz, 16.00 Uhr: vor Woolworth

Mittwoch 3.Januar
Verkaufsorte der KVZ
und revolutionärer Literatur
Hamburg, 16.00 Uhr: Wie Dienstag. In Langenhorn, Langenhorner Markt. In Harburg, vor Karstadt Billstedt, U-Bahn Merkenstraße Ecke Steinbeker Marktstraße.
Stade 16.30 Uhr: Pferdemarkt
Buxtehude, 16.30 Uhr: vor Stackmann
Lüneburg, 16.30 Uhr: TG-Markt
Lüchow, 16.30 Uhr: am Bahnhof
Lüneburg, 16.30 Uhr: TG-Markt
Dannenberg, 16.00 Uhr: vor Spar

Freitag 5.Januar
Verkaufsorte der KVZ
und revolutionärer Literatur
Hamburg, 16.00 Uhr: Mitte, Gerhard-Hauptmann-platz

Uelzen, 14.00 Uhr: Fortsetzung des Prozesses gegen L.Dirksen wegen Treckerüberführung, Amtsgericht Uelzen, Veerßerstr.

4., 8. und 11. Januar, 9.00 Uhr: Berufungsverhandlung gegen Krohn und Krühler wegen Störung der Vietnam-Demonstration der Jungen Union 1974, Landgericht Hamburg, Max-Brauer-Allee 134

Montag, 8. Januar
Ehrenberg-Prozeß gegen Rainer Hans, Amtsgericht Altona, Raum 101, 9.00 Uhr

KBW Studienprogramm Winterhalbjahr 78/79 Lohnsummen und Lohnsummenverteilung
1. bis 3.Januar und 5.Januar 1979, 19.30 Uhr und 6.Januar, 16.00 Uhr.
Mitte: Ratsherrenstuben, Wohlwillstr.

Reihe zur Kritik

Reihe zur Kritik der christlichen Soziallehre
8. bis 12.Januar, 20.00 Uhr.
Bergedorf: Lichtwarkhaus

Stalin: Grundlagen des Leninismus
8. bis 12.Januar, 19.30 Uhr.
Altona: 8. und 11.1. Fachschule für Sozialpädagogik, Max Brauer allee 134
9., 10. und 12.1. Astra-Bierstuben, Thedestraße 51
Universität: 18.00 Uhr, Sitzungssaal Geomaticum, Bundestraße.
Lüneburg: an der Münze, Stucksaal

15. bis 19. Januar
Harburg: Unionhalle, Eddelbüttelstr. 24a

Mao Tse-Tung: Fünf philosophische Monographien
8. bis 12.Januar, 19.30 Uhr.
Eimsbüttel: Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer 6

,,Sozialpflegerische Einrichtung''

b.jüt. ,,Das Hafenkrankenhaus soll erhalten bleiben'', ließ die Gesundheitssenatorin Elstner das Fernsehen am 15.12.1978 verkünden. ,,Der Operationstrakt soll für 3,2 Mio. DM ausgebaut werden'', angeschlossen werden ,,sozialpflegerische'' Einrichtungen zur ,,Nachsorge'' bei dem besonderen Patientengut des Krankenhauses.

Als sie es schließen wollten, haben sich die Sozialdemokraten eine Niederlage eingefangen. Die Schließungsdrohung haben sie genutzt, um die Liegezeit um drei Tage zu senken, die Auslastung auf 83,9% hochzutreiben. Nachdem das durchgesetzt war, konnten sie 76 Betten schließen. Jetzt muß das ,,besondere Patientengut'' aussortiert werden, indem man ihm die normale chirurgische Behandlung verweigert und zwangsweise der Sozialpflege zuführt.

Brandverletzte sollen krepieren

b.jüt. Die Brandverletztenstation im Berufsgenossenschaftlichen Unfallkrankenhaus Hamburg ist – ein Jahr nach der Eröffnung – wieder geschlossen worden. Ärztemangel in der Anästhesieabteilung dient der Krankenhausleitung als Vorwand, die hohen Behandlungskosten sind es, die sich die Kapitalisten vom Hals schaffen wollen: 150000 bis 200000 DM kostet die Behandlung eines schwerbrandtverletzten Arbeiters, meistens muß er hinterher, falls er nicht stirbt, verrentet werden. Billiger ist es, ihm die Behandlung in Spezialeinrichtungen zu verweigern und ihn in einem Allgemeinen Krankenhaus verrotten zu lassen.

Schon im November 1977 hatte die Leitung die Schließung durch fristlose Kündigung von vier Schwestern vorbereitet. Damals hatten 13 Arbeiter der Hamburger Aluminiumwerke den Kampf der Beschäftigten gegen Entlassung und Schließung unterstützt.

Fischindustrie setzt auf Lohnraub

b.uwh. Nach Angaben des Bundesverbandes der Deutschen Fischindustrie und des Fischgroßhandels Hamburg gab es 1978 einen schlechten Verlauf für die Fischwirtschaft. Grund sei die mangelnde Versorgung der Industrie mit Frischfisch und die schwache Nachfrage der Verbraucher. Der Preisanstieg von 10 bis 15% in einzelnen Warenbereichen, verursacht durch die steigenden Importe, sei wohl der Grund. Jedoch, ,,hochpreisige Produkte'' haben davon nichts zu spüren bekommen. Der Absatzschwund habe

sich im Konsum und Massengut ergeben. Aber, wie man aus der Welt entnehmen kann, hätten die Massen die neuen Makrelen-, Sprotten- und Pilchard-Konserven (Heringsersatz) akzeptiert. Man will sich nun dem Markt, d.h. der durch Lohnraub geschwundenen Reproduktionsbasis anpassen. Die Marinaden für die Konservenbüchsen sollen weiterentwickelt werden. Die Fischkapitalisten setzen auf weiteren Lohnraub. Der Lohnkampf wird ihren frechen Optimismus bremsen.

anstieg von 10 bis 15% in einzelnen Warenbereichen, verursacht durch die steigenden Importe, sei wohl der Grund. Jedoch, ,,hochpreisige Produkte'' haben davon nichts zu spüren bekommen. Der Absatzschwund habe

sich im Konsum und Massengut ergeben. Aber, wie man aus der Welt entnehmen kann, hätten die Massen die neuen Makrelen-, Sprotten- und Pilchard-Konserven (Heringsersatz) akzeptiert. Man will sich nun dem Markt, d.h. der durch Lohnraub geschwundenen Reproduktionsbasis anpassen. Die Marinaden für die Konservenbüchsen sollen weiterentwickelt werden. Die Fischkapitalisten setzen auf weiteren Lohnraub. Der Lohnkampf wird ihren frechen Optimismus bremsen.

Prozeß wegen ZANU-Treckerüberführung: Staatsanwalt fordert 1320 DM

b.led. Am 8. Verhandlungstag hielten Staatsanwalt und Verteidigung die Paydoyers. Die Aussagen von 12 Zeugen nannte der Staatsanwalt unwahr, weil sie mit den Aussagen der Angeklagten übereinstimmen. Um eine Verurteilung zuwege zu bringen, kann er sich bloß stützen auf die Aussagen der drei Polizeikommissare. Diese Krücken halten nicht: die Verteidigung überführte den Hauptbelastungszeugen Quarder an 13 Punkten der Lüge!

Es ist dem Staatsapparat unmöglich, in diesem Prozeß sein politisches Interesse an der Unterdrückung der Unterstützung des gerechten Befreiungskrieges des Volkes von Zimbabwe noch unter den Tisch zu kehren. Die Verteidigung stellte Hilfsbeweisantrag auf Vernehmnung 13 weiterer Zeugen – dem mußte das Gericht zustimmen.

Nächster Prozeßtermin: Freitag, 5.1.79, 14.00 Uhr Amtsgericht Uelzen.

Verbot? Oder was nun?

b.uwh. Dreister wird die Bourgeosie. Angesichts härterer Gangart der Arbeiter im Klassenkampf und angesichts der Schlappen des Hamburger Senats in den ,,Auseinandersetzungen um die Anti-Schah-Demonstrationen'' will man einen neuen Vorstoß wagen in Richtung Verbot des KBW, um den Aufbau der Kommunistischen Partei zu bremsen. Oder doch nicht? Eine Anfrage der CDU hat es im Senat gegeben, ob es zu dulden sei, daß der KBW an Hamburgs Schulen Seminare anbietet, wo Gewalt gepredigt wird. Als ob das eine Frage für die Staatsschergen sei. Doch bisher gab es keine Antwort.

Die Sozialdemokraten wissen, daß sie mit den jüngsten Gewalttätigkeiten unserer Organisation in der Innenstadt keinen ideologischen Rückhalt für ein Verbot der Seminare in ihren Gemächern haben.

Staak bei der Erschließung von neuen Plünderungsquellen

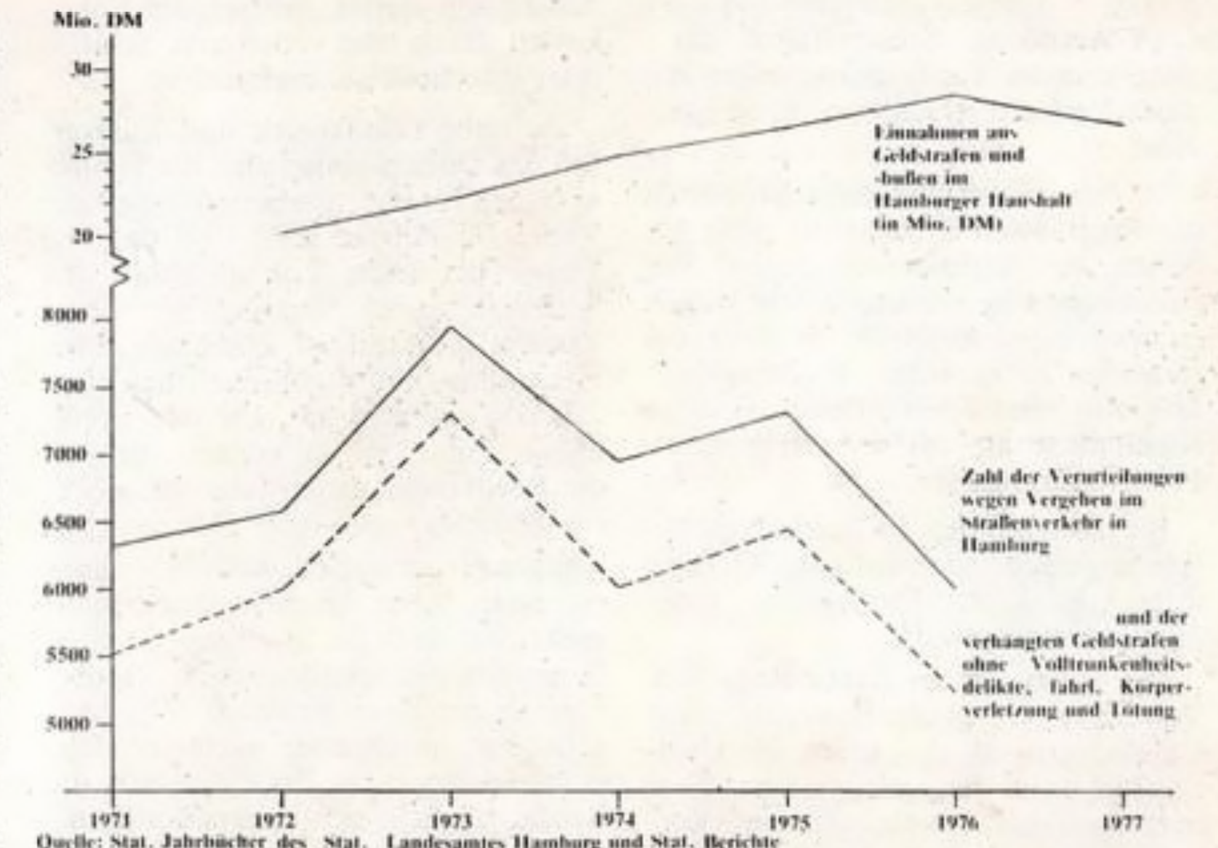
b.kum. Eine ,,Frohe Botschaft'' weiß BILD (21.12.1978) aus der Hamburger Innenbehörde zu vermelden: Das ,,tolle Geschenk'' an die Hamburger besteht aus 195 DM, die die ,,Verkehrssünder'' in die Staatskasse blechen dürfen, wenn sie drei Punkte aus der Flensburger Kartei der Verkehrsdelikte gestrichen haben wollen.

Allein in Hamburg gibt es laut Straßenverkehrsamt an die 200000 Autofahrer, die bereits in Flensburg registriert sind, 8000 droht direkt der Entzug des Führerscheins, weil 18 Punkte fast erreicht sind. Die Verkehrsregeln hat die Bourgeoisie zu einem schikanösen engmaschigen Netz zusammengestrickt, in dem die Massen, die auf das Auto angewiesen sind, sich verfangen sollen, um dann geplündert zu werden.

Schon seit Wochen läßt Senator Staak Radarfallen aufstellen, um den Autofahrern aufzulauern und dann Hunderten wegen ,,Geschwindigkeitsüberschreitung'' tief in die Tasche zu greifen. Dabei weiß jeder, daß die Arbeiter z.B. im frühen Berufsverkehr selber entscheiden, wie sie schnell und sicher zur Arbeit fahren. Diese Plünderungsüberfälle reichen dem Senator noch nicht.

Die Einnahmen aus den Geldstrafen und -bußen sind Jahr für Jahr gestiegen, 1977 leicht gesunken, jetzt will Staak aufholen mit dem neuen ,,Hamburger Modell'': ,,Nachsitzen und drei Punkte verschwinden'', jubelt die Welt vom 21.12.1978. In vier Sitzungen à 135 Minuten und einem praktischen Fahrtest möchte der Senat die Hamburger Führerscheinbesitzer zurechtstutzen lassen. Der Fahrlehrerverband will mitverdienen und stellt 17 ,,speziell geschulte'' Fahrlehrer: Sie sollen den ,,Sündern'' einreden, ihre eigenen Schwächen und Fehler seien der Grund für die Geldstrafen und Punkte. Ihre Schuld sei es, wenn es Verletzte und Tote im Verkehr gibt. Das soll in Diskussion und Gruppengespräch eingepaukt werden. Die Massen wissen aber, daß der niedrige Lohn für nötige Reparaturen oder gar das neue Auto nicht mehr reicht, daß Berufsfahrer von den Kapitalisten zu überlangen Fahrten gezwungen werden, daß junge Soldaten wegen schikanöser Ausdehnung der Dienstzeiten zu ihren Familien hetzen müssen und daß es ausschließlich der Umsicht und Erfahrung der Volksmassen zu verdanken ist, daß der Verkehr überhaupt fließt.

Staaks ,,Modell'', das bundesweit ausgedehnt werden soll, ist als Einnahmequelle schier unerschöpflich. Denn schnell sind die gerade abgedienten und -gezahlten drei Punkte wieder im Register drin. Dafür sorgen schon die Verkehrshüter. Der Bourgeois merkt die 195 DM nicht, er kann sich freikaufen, wenn er schon mal festgehalten wird. Von den Arbeitern und Angestellten ist das Geld nur durch die Drohung mit Führerscheinentzug zu erpressen. Und diese neue Erfindung des Innensenators Staak soll nicht seine letzte sein. Die Kurse seien lediglich ,,ein Glied einer Kette'' (Welt) verschiedener Maßnahmen, die er noch ergreifen wolle, um den Plünderungsfeldzug auf die Massen zu erweitern.



Quelle: Stat. Jahrbücher des Stat. Landesamtes Hamburg und Stat. Berichte

Die Kurve der Einnahmen an Geldstrafen aufgrund von Verkehrsvergehen ist seit 1973 absteigend. Das hemmt das Steigen der Einnahmen aus allen Geldstrafen und -bußen zusammen, die ebenfalls 1977 gesunken sind. Das soll jetzt anders werden.

Schneegestöber – Die Bourgeoisie ist unfähig mit den Naturgewalten fertig zu werden

b.hej. ,,Schnee-Chaos'' in Hamburg, ,,nichts ging mehr'' (MoPo 30.12.). In der Nacht von Donnerstag auf Freitag fielen in Hamburg bis zu 20 cm Schnee. Nicht etwa unerwartet für die Bourgeoisie. Der Wetterdienst hatte es angekündigt, aus dem Norden in Dänemark war man vorgewarnt worden. An Appellen an die Bevölkerung und vor allem an die Autofahrer hat es die Bourgeoisie dann auch nicht fehlen lassen. ,,Stehen Sie mindestens eine halbe Stunde eher auf...das Auto besser gleich zu Hause lassen'' (Bild 30.12.). Trotz ,,Warnungen'' brach der Verkehr im Hamburger Raum und vor allem in Schleswig-Holstein fast vollständig zusammen. Stundenlange Staus auf den Autobahnen von und nach Norden. Stromausfall in einigen Dörfern. Kleinere Straßen wurden erst gar nicht geräumt, ganze Dörfer wurden abgeschnitten. Für die Bevölkerung bedeutete das doppelte, oft sogar die dreifache Zeit für den Arbeitsweg. Vielen wird die Verspätung vom Lohn abgezogen.

Die Bourgeoisie ist nicht in der Lage, der Schneemassen Herr zu werden. Die Mieter in den Erdgeschoßwohnungen sind verpflichtet, bis 8.30 Uhr die Gehwege freizuhaben und bis zum Abend freizuhalten. Das bedeutet aber nicht, daß die Straßenreinigung verpflichtet wäre, die Straßen freizumachen. Die Kapitalisten brauchen die ungehinderte Zufahrt zu den Betrieben, damit die Produktion ungehindert weitergehen kann. Allein diese Aufgabe haben die Räumungsfahrzeuge. Aber noch nicht einmal dazu waren sie in der Lage. Von den 100 Streufahrzeugen waren morgens noch nicht einmal alle im Einsatz. Die Beschäftigten der Stadtreinigung müssen rund um die Uhr Einsatz machen, trotzdem sind die Straßen dicht. Die Bourgeoisie versucht, ihre Unfähigkeit mit Zeitungsartikeln über die ,,Machtlosigkeit gegenüber Naturgewalten'' zu vertuschen. ,,In dieser Nacht, als der Schnee kam, kam auch der Nordost. Beide zusammen zeigen die Grenzen menschlicher Macht...gegen Sturm und Schnee hilft Technik nur sehr bedingt'' (Welt 30.12.).
Der Kapitalismus hemmt die Entwicklung und Entfaltung der Produktivkräfte, er ist nicht in der Lage, gestützt auf die Volksmassen diese Schneemengen zu beseitigen. Jedes Gramm Salz, das auf die Straße kommt, schmerzt die Bourgeoisie. ,,Allein bis Freitag Mittag schon 250000 DM,'' so der Stadtreinigungschef Oppermann.

Versucht man wochentags die wichtigsten Verkehrsverbindungen zu den Betrieben freizubekommen. so wird an den Wochenenden und in den Wohngebieten nichts getan. Hauptsache die Leute kommen zur Arbeit. In den Dörfern und Gemeinden, die eingeschneit sind, wird gleichzeitig der ,,Notstand'' geübt. Die Bundeswehr hat Ausgangssperre, mit Panzern wird geübt, wie Straßen geräumt werden können.

Unberechenbar sind die Naturgewalten nur im Kapitalismus. Im Sozialismus, gestützt auf die Volksmassen und ihre Erfahrungen, können sie bezwungen werden.

Schneegestöber – Die Bourgeoisie ist unfähig mit den Naturgewalten fertig zu werden

b.hej. ,,Schnee-Chaos'' in Hamburg, ,,nichts ging mehr'' (MoPo 30.12.). In der Nacht von Donnerstag auf Freitag fielen in Hamburg bis zu 20 cm Schnee. Nicht etwa unerwartet für die Bourgeoisie. Der Wetterdienst hatte es angekündigt, aus dem Norden in Dänemark war man vorgewarnt worden. An Appellen an die Bevölkerung und vor allem an die Autofahrer hat es die Bourgeoisie dann auch nicht fehlen lassen. ,,Stehen Sie mindestens eine halbe Stunde eher auf...das Auto besser gleich zu Hause lassen'' (Bild 30.12.). Trotz ,,Warnungen'' brach der Verkehr im Hamburger Raum und vor al-

einmal dazu waren sie in der Lage. Von den 100 Streufahrzeugen waren morgens noch nicht einmal alle im Einsatz. Die Beschäftigten der Stadtreinigung müssen rund um die Uhr Einsatz machen, trotzdem sind die Straßen dicht. Die Bourgeoisie versucht, ihre Unfähigkeit mit Zeitungsartikeln über die ,,Machtlosigkeit gegenüber Naturgewalten'' zu vertuschen. ,,In dieser Nacht, als der Schnee kam, kam auch der Nordost. Beide zusammen zeigen die Grenzen menschlicher Macht...gegen Sturm und Schnee hilft Technik nur sehr bedingt'' (Welt 30.12.).
Der Kapitalismus hemmt die Entwick-

Die Ehrenbergprozesse müssen zerschlagen werden

b.chr. Am 8. Januar beginnt vor dem Amtsgericht Altona der Prozeß gegen den Sekretär der Kommunistischen Hochschulgruppe (KHG), Rainer Hans, wegen Beleidigung des Ministers Ehrenberg. Der Genosse Hans hat presserechtlich verantwortlich für einen Artikel gezeichnet, in dem der Minister in Zusammenhang mit Bezeichnungen wie Schreibtischmörder, Versicherungsschwindler u.a. gebracht wird.

Bekanntlich sind die bisherigen Hauptwerke dieses Ministers das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz und die Rentenanpassungsgesetze. Seit Inkrafttreten dieser Gesetze im Sommer 1977 ist er von Tausenden mit diesen Titeln bezeichnet worden, weil sie die praktischen Erfahrungen der Massen widerspiegeln.

Wie soll man auch einen Minister nennen, der für die Rentenkürzungen und die Leistungskürzungen der Krankenversicherung verantwortlich ist, wo vielen Rentnern mit einer Durchschnittsrente von 700 DM nur noch die Wahl zwischen Medikamenten oder warmem MIttagessen blieb. Wie soll man einen Minister nennen, der für die Bettenstreichungen verantwortlich ist und damit das Abschieben der alten Arbeiter in Siechenheime forciert, in denen es laut Hamburgs Sozialsenator Ehlers nicht ,,um die medizinische Rehabilitation'' geht.

Als im Sommer 1978 ein Sondergericht in Oldenburg den Genossen Steenken, Mitglied der Regionalleitung Nord des KBW, wegen derselben Bezeichnungen vergeblich versuchte, zu einer hohen Gefängnisstrafe abzuurteilen, haben Hunderte von Arbeitern, Krankenhausbeschäftigten, Rentnern, Schülern und Studenten in Briefen an das Gericht ihre vielfältigen Erfahrungen mit den verschiedensten Ehrenberggesetzen geschildert und damit die Richtigkeit der Bezeichnungen wie Schreibtischmörder, Dieb oder Zwangsarbeitsminister belegt. Jeder Bericht über die Auswirkungen der Ehrenberg-Gesetze ist eine Zeugenaussage gegen den Minister Ehrenberg.

Die Bourgeoisie hat vor, gerade in der Zeit der Lohnkämpfe den Kampf gegen die Ehrenbergmaßnahmen unter Strafe zu stellen, um so den Kampf der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst gegen kapitalistische Rationalisierung, Lohnabbau und politische Entrechtung zu lähmen. Die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst selbst sollen als die Verantwortlichen dastehen. Das ist die Linie, mit der die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst von der übrigen Arbeiterklasse abgespalten werden sollen.

Die Bedingungen sind aber günstig, diese Spaltungsabsichten zu vereiteln und den Prozeß für den Hamburger Senat zu einer gefährlichen Angelegenheit werden zu lassen. Der Hamburger Senat hat sich in seinen Ausführungen der Ehrenberggesetze als besonders eifrig erwiesen, der Widerstand dagegen war entsprechend. Warum sollte dieser Prozeß nicht ein Konzentrationspunkt dieser Kämpfe und Enthüllung gegen das Ehrenbergministerium und den Hamburger Senat werden?

Die Ehrenbergprozesse müssen zerschlagen werden

b.chr. Am 8. Januar beginnt vor dem Amtsgericht Altona der Prozeß gegen den Sekretär der Kommunistischen Hochschulgruppe (KHG), Rainer Hans, wegen Beleidigung des Ministers Ehrenberg. Der Genosse Hans hat presserechtlich verantwortlich für einen Artikel gezeichnet, in dem der Minister in Zusammenhang mit Bezeichnungen wie Schreibtischmörder, Versicherungsschwindler u.a. gebracht wird.

Bekanntlich sind die bisherigen Hauptwerke dieses Ministers das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz und die Rentenanpassungsgesetze.

zeichnungen vergeblich versuchte, zu einer hohen Gefängnisstrafe abzuurteilen, haben Hunderte von Arbeitern, Krankenhausbeschäftigten, Rentnern, Schülern und Studenten in Briefen an das Gericht ihre vielfältigen Erfahrungen mit den verschiedensten Ehrenberggesetzen geschildert und damit die Richtigkeit der Bezeichnungen wie Schreibtischmörder, Dieb oder Zwangsarbeitsminister belegt. Jeder Bericht über die Auswirkungen der Ehrenberg-Gesetze ist eine Zeugenaussage gegen den Minister Ehrenberg.

Die Bourgeoisie hat vor, gerade in der Zeit der Lohnkämpfe den Kampf

In der Druckindustrie wird ohne Streik nichts gehen

Jede Lohngruppenverteilung in der Druckindustrie zeigt eine tiefe Spaltung in die drei großen Gruppierungen der Hilfskräfte, Ecklöhner und Maschinensetzer. Die Bedeutung dieser Spaltung nimmt mit der Entwicklung der ,,neuen Technik'' und der Konzentration und Zentralisation des Kapitals in der Druckindustrie nicht ab, sondern zu. Die Kapitalisten betreiben die Ersetzung der Facharbeiter durch Angelernte und Auffüllung der unteren Lohngruppen bei Leerung der oberen, und haben zur Rechtfertigung extra die Theorie vom ,,Facharbeitermangel'' erfunden.

Welche Taktik sollen die Druckarbeiter und -angestellten angesichts dieser Lage einschlagen? Soll weitergemacht werden auf der Linie ,,Hauptsache, die Maschinensetzer kommen längs'', auf der die Sozialdemokraten und Revisionisten die IG Druck die letzten Jahre geführt haben? Daß dabei nicht einmal für die Maschinensetzer etwas herauskommt, ist mit den Händen greifbar. Notwendig ist eine Taktik, die gegen die Auffüllung der unteren Lohngruppen vorgeht, die Einheit von Hilfskräften, Facharbeitern, Maschinensetzern und Angestellten herstellt und günstige Bedingungen schafft für den Kampf um die 35-Stunden-Woche, nämlich Barrieren errichtet gegen den Zwang zu Überstunden und Schichtarbeit.

Unserer Meinung nach wird man nur mit einer relativ hohen Festgeldforderung der Lage gerecht, unter Einbeziehung der Forderung ,,Streichung der Lohngruppen 1 bis 3''. Das gleiche gilt für die Gehaltsgruppe K1 und K2 bei den Angestellten, die von der Höhe den Hilfsarbeitern gleich sind, und denen die Kapitalisten ebenfalls eine große Zukunft durch Auffüllung zusprechen. Daß sie weg müssen, ist ebenfalls eine alte Forderung in der Druckindustrie. Bisher waren die Argumente der Sozialdemokraten, diese Lohngruppen als heilige Kühe zu behandeln, stets damit begründet, daß bald sowieso Lohnrahmentarifverhandlungen seien, und jetzt an der Lohnstruktur überhaupt nichts verändert werden dürfe. ,,Die für das nächste Jahr anstehenden Verhandlungen über eine neue Lohnstruktur würden voraussichtlich durch zusätzliche strukturelle Verbesserungen im Rahmen der gegenwärtig anstehenden Lohnerhöhung erschwert werden'' (Druck und Papier 25/26/78, S. 6). Warum werden die Verhandlungen durch Tatsachen erschwert, die günstig sind für die Arbeiter? Das wahre Hindernis bei den Verhandlungen ist die Profitgier der Kapitalisten.

Die ganze Lohnstruktur der Druckindustrie ist sowieso keinesfalls einfach eine Widerspiegelung der Unterschiede in Ausbildung, Erfahrung und Ausnutzung der Arbeitskraft, sondern Ergebnis einer jahrzehntelangen Spaltungspolitik der Kapitalisten.

Wir haben errechnet, daß 1% Lohnerhöhung in der Druckindustrie ungefähr 23,23 DM im Monat entspricht. Ausgegangen sind wir von den Angaben der Statistik für 1977: 170000 Arbeiter und Angestellte erhalten eine Gesamtlohnsumme von 5,014 Mrd. DM. Plus 5% für die Erhöhung 1978 sind das 5,2647 Mrd. DM, im Monat 0,438725 Mrd. DM. Das sind ca. 20% mehr als der Tarifgrundlohn. Die Hälfte davon für tarifliche Zuschläge für Überstunden, Schichtarbeit u.ä. gerechnet, ergeben sich 0,394825 Mrd. DM, ein Durchschnittslohn von 2323 DM, entsprechend 1% = 23,23 DM.

Interessant an diesem ,,Durchschnittslohn'' ist, daß selbst die Maschinensetzer darunter liegen und bei Angestellten bei Zeitschriften erst die Gruppe IV/2 mit 2386 DM darüber kommt. Man sieht also, welche Summen die Kapitalisten ausgeben einzig zum Zwecke der Spaltung und Schmierung der Antreiber. Möglich wird ihnen das ohne Aufwand durch prozentuale Erhöhungen, die für die unterste Hilfsarbeiter-Lohngruppe bei angenommen 4% 9,16 DM in der Woche, für den Facharbeiter 17,09 DM, für die Spitze der tariflichen Angestellten aber 26,22 DM/Woche ausmachen. Wenn man die 8% des Springer-VK umrechnet auf Festgeld, dann erhält man mit 185,84 DM eine Forderung, die keinen Fatz höher ist, als das, was die Kapitalisten bei 8% sowieso zahlen müßten, aber den Vorteil hat, daß alle Lohngruppen und Gehaltsgruppen mehr davon haben als mit 8%, ausgenommen die Gehaltsgruppen 4 und 5 (bei 8% 190,88 DM bzw. 226,88 DM monatlich).

Arbeiter und Kleingewerbetreibende können sich gut zusammenschließen

Altstadtsanierung in Altona soll dem Finanzkapital Profite bringen

b.rad. Spätestens im Herbst 1979 will die Behörde die ,,Stadtteilsanierung in kleinen Schritten"(SIKS) im Gebiet zwischen Esmarchstraße, Hospitalstraße. Schomburgstraße und Thedestraße, eingeschlossen die Virchow- und die Billrothstraße in der Altona-Altstadt über die Bühne haben. Die ,,große Lösung", darüber wie es ,,zukünftig viel angenehmer ist, hier zu wohnen" (Broschüre der Behörde), ist dem Widerstand der Massen in diesem Gebiet schon zum Opfer gefallen. Sie sah das Einreißen der Hälfte aller Häuser vor. Nachdem in den letzten 20 Jahren nichts mehr für die Instandhaltung der Wohnungen und Häuser gemacht wurde, sind sich der bürgerliche Staat und ,,besonders auch die Saga als größter Hauseigentümer dieser Gegend, einig darin, daß dieses Viertel renoviert und zum Teil neu aufgebaut werden muß." (Abendblatt vom 6.7.78) Geschmerzt hat es die Saga, daß sie aus diesem city-nahen Gebiet nur eine so geringe Profitausbeute machen konnte. Deswegen muß jetzt ein wenig renoviert werden, um den Mietzins in die Höhe zu treiben.

Gut 1000 Menschen wohnen im Sanierungsbebiet. Von denen hat die Saga 366 interviewt, um herauszukriegen, wieviel sie sich leisten kann. Ein Drittel davon hat obwohl gesetzlich vorgeschrieben, die Antwort verweigert oder sich vor den Interviewern nicht sehen lassen.

Deutsche leben dort 74%, 26% sind Ausländer. Der Anteil der Arbeiter beträgt 67%, der der einfachen Angestellten und Beamten 22%, 7% sind kleine Gewerbetreibende. Im Schnitt müssen für die 2-3 Zimmerwohnungen zwischen 100 und 250 DM monatlich aufgebracht werden. In 71% der Wohnungen ist weder Bad noch Dusche, 26% müssen ein Gemeinschaftsklo benutzen, warmes Wasser gibt es in 46% der Haushaltungen. Nur 15% aller Befragten gaben an, daß es in ihrer Wohnung keine baulichen Mängel gäbe.

In einem öffentlichen Planfeststellungsverfahren im November haben Behörde und Saga deutlich erkennen lassen, daß ihnen die Sanierung nur Vehikel ist, um die Massen noch mehr zu schröpfen.

Dies soll vor allem über die Erhöhung des Mietzinses laufen. (s. Kasten) Damit noch nicht genug. Die Billrothstraße soll zur ,,Wohnstraße" gemacht werden. Für Parkplätze würden Garagen oder ein Hochaus gebaut werden.

,,Es gibt selbstverständlich keinen Anspruch auf kostenloses Parken." (Baudirektor Zimmermann). Die längeren Wege bei der Müllabfuhr hätten erhöhte Gebühren zur Folge. Die Innenhöfe sollen zusätzlich zur Plünderung aufbereitet werden. Neben Flächen zur öffentlichen Nutzung soll eine Pachtgartenzone entstehen, von der ein Teil den Parterre-Wohnungen als zusätzliche Mietausgabe zugeschoben werden soll.

Die Erneuerung der Innenhöfe ist vor allem eine Maßnahme gegen die dort schwerpunktmäßig angesiedelten Kleingewerbetreibenden. Die betroffenen 20 bis 30 Betriebe, die zumeist nur mit einem Beschäftigten, der meist auch Familienmitglied ist, schaffen, sollen gelegt werden. Sie genießen zwar ,,Standortschutz", sollen aber mit drei Ausnahmen nicht umgebaut oder renoviert werden dürfen; ebensowenig ist Erweiterung gestattet. Übergabe des Betriebes z.B. an den Sohn erlaubt es der Behörde, den Betrieb zu schließen und abzureißen. Für die Kleinbetriebe bedeutet das, daß sie, wenn sie bleiben, ständig Scherereien mit der Behörde haben und absehbar ruiniert werden. oder aber einem Standortwechsel zustimmen, was der Aufgabe gleich kommt.

Im Gebiet Altona-Altstadt sind den Wohnbaukapitalisten seit Jahren praktisch keine Kosten mehr entstanden. Die Häuser sind so alt, daß längst keine Bauschulden mehr auf ihnen lasteten, instandgesetzt wurde bekanntlich auch nichts. Die Mieteneinnahmen waren also reine Profite. Deshalb ist es richtig zu fordern, daß sämtliche Renovierungskosten von den Grundeigentümern getragen werden und nicht zur Erhöhung der Mieten genutzt werden.

Kosten für die Miete gehören zu den Kosten, denen kein Arbeiterhaushalt entgehen kann. 1975 betrugen die Einnahmen aus Wohnvermietungen in Westdeutschland insgesamt 72,94 Mrd. DM. Abzüglich aller Vorleistungen und der buchhalterischen Abschreibungen für Abnutzung (die in der Regel weit über der wirklichen Abnutzung liegen) sind an Profit und Grundrente 33,72 Mrd. DM verblieben.

Jahr	Mieterhöhung pro m²	Mehrkosten für Mieter	Staatliche Subvention	Monatliche Gesamtmehrkosten	Kumulierte Einahmen der Saga
1.- 3.	1,70 DM	85	90	175	6300 DM
4.- 6.	2,30 DM	115	60	175	12600 DM
7.- 6.	2,90 DM	145	30	175	18900 DM
10.-26.	3,50 DM	175		175	52500 DM

b.rad. Niedrig geschätzt liegen die Modernisierungsaufwendungen pro Wohnung (Bad, Heizung, Küche) bei 15000 DM. Die Saga kann gesetzlich 14% der Kosten auf die Jahresmiete umschlagen, das sind 2100 DM pro Jahr und 175 DM pro Monat. Durch staatliche Unterstützung wird der Modernisierungspreis erst nach und nach auf den Mietpreis draufgeschlagen. Wir haben uns dabei an die offiziellen Steigerungsraten der Behördenbroschüre gehalten (S.15). Bei einer angenommenen Haltbarbeit der Einbauten von 25 Jahren ergibt sich folgenden Bild:

Von den 52500 DM hat die Saga die 15000 DM an den Baukapitalisten zu decken. Diese Summe, die rasch beglichen werden muß, erbringt die Saga aus sagen wir ⅓ Eigenkapital und ⅔ Kredit. Bei einer achtjährigen Laufzeit und 8% Zinsen sowie 6% Tilgung entstehen der Saga 7000 DM Kosten. Der Saga entstehen so Gesamtausgaben von 22000 DM, verbleibt ein ansehnlicher Profit von 30500 DM pro Wohnung.

Die staatlichen Zuschüsse zur Mieterhöhung belaufen sich aus insgesamt 6480 DM, die aus den Steuergeldern der Werktätigen finanziert werden. Zur Finanzierung gibt der Staat Schuldverschreibungen aus, die die Banken aufkaufen. So werden bei Schatzbriefen mit 5 Jahren Laufzeit und 8% Zinsen auf die 6480 DM den Massen weitere 2592 DM abgepreßt. Insgesamt müssen also in den 25 Jahren 55092 DM aufgebracht werden.
Fett werden bei diesem Raubzug:
1. der Baukapitalist mit 15000 DM
2. die Finanzbourgeoisie mit 9592 DM
3. die Saga mit 30500 DM
Man sieht, warum die Saga so scharf auf Renovierung und Sanierung ist.

HWWA: ,,Bis auf Arbeitskämpfe..."

b.pew. HWWA legt Konjunkturbericht für 1979 vor: Bis auf Arbeitskämpfe und Außenhandelsprobleme wären die Aussichten gut.

,,Eine Fortsetzung der Expansion im Jahre 1979 erscheint als vorerst gesichert", versichert das HWWA der westdeutschen Bougeoisie. ,,Dafür sprechen allein schon ... die erneuten wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Stimulierung der wirtschaftlichen Expansion." Das Steuerbetrugspake' wird besonders gelobt.

In der kommenden Lohnrunde rechnen sie mit ,,ähnlichen Einkommenserhöhungen wie in diesem Jahr" und mit einem Anstieg der Renten um 4,5 %.

Also Fortsetzung der Lohnsenkungspolitik und Einschränkung der Reproduktion der Volksmassen. ,,Dabei wird sich die Nachfrage nach Personenkraftwagen sicherlich nicht mehr erhöhen sondern eher etwas verringern." Stattdessen werden ,,freizeitnahe Dienstleistungen aller Art", d.h. Besuch der öffentlichen Bäder oder S-Bahnfahrt an den Elbstrand, ,,weiter überdurchschnittlich zunehmen".

Dem Finanzkapital empfiehlt das HWWA, auf jeden Fall seine Plünderungsfeldzüge auszudehnen: Einen kräftigen Preisanstieg bei den Nahrungsmitteln sagt das Institut voraus. Die Fahrpreiserhöhungen für Hamburg sind schon in Arbeit.

Aber ob die Rechnung so aufgehen wird, darüber sind sich die Bourgeoisie-Ideologen unsicher: ,,Doch es gibt auch Risiken. Gegenwärtig gemahnt die Art des Arbeitskampfes in der Stahlindustrie an die Gefahr, daß eine Neuauflage harter Tarifkonflikte die wirtschaftliche Entwicklung zumindest vorübergehend empfindlich dämpfen kann ...'".

All ihre Voraussagen stehen und fallen mit den Kämpfen der Arbeiterklasse, aber auch den Kämpfen der Völker der Dritten Welt. Zwar versprechen sie einen Exportanstieg und Konkurrenzvorteile gegenüber der angeschlagenen Supermacht USA auf dem Weltmarkt, aber die Kämpfe des iranischen Volkes und der Völker Afrikas dämpfen ihre rosigen Erwartungen. ,,Eine weitere Unsicherheit liegt in der Einschätzung der außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen."

,,Bauernland in Bauernhand"



b.sts. Am 21.12.78 demonstrierten Bauern aus dem Landkreis Lüchow-Dannenberg mit über 50 Treckern vom Gildehaus zum Kreishaus quer durch Lüchow. Sie übergaben eine Resolution an Kreisoberrat Winterhoff – Oberkreisdirektor Poggendorf wäre gerade nicht da – in der es heißt: ,,Wir erwarten von unseren gewählten Politikern und Landvolkvertretern, daß sie die Interessen der Bauern und der Bevölkerung des Landkreises vertreten und nicht vertuschen, Geschäfte mit der Plutoniumindustrie zu machen. Steht die WAA erst einmal, werden wir unsere Produkte nicht mehr verkaufen können. Sollen wir Landwirte hier noch eine Chance haben, dann gehört ,Bauernland in Bauernhand'".

Die Aktion fand große Zustimmung. War aber die letzte Treckerdemonstration der Bauern gegen den Albrechtbesuch in Trebel noch vom Landvolk unterstützt worden, so hatte der Landvolkvorsitzende Voß diese Aktion abgelehnt. Marianne Fritzen aus BI-Vorstand und GLU bezeichnete die von den Bauern selbständig und sorgfältig vorbereitete Demonstration als ,,spontanen" Akt und deshalb ,,gut", weil sie ,,friedlich verlaufen" sei.

Ein Bauer erklärte uns, daß die Demonstration Signale setzen sollte für den weiteren Zusammenschluß unter den Bauern und für ihren Willen nie den Kampf gegen die WAA aufzugeben, erst recht nicht wenn Probebohrungen oder der Bau selbst im Gang seien.



Die Kämpfe der Völker der Dritten Welt werden weiter unterstützt

Bourgeoisie sucht Generalverkehrsklausel für Demonstrationsverbot

b.khg. ,,Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln. Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden".

So lautet Artikel 8 des Grundgesetzes.

Die gängigen Kommentatoren des Versammlungsgesetzes überschlagen sich förmlich bei dem Versuch, die Bedeutung der Versammlungsfreiheit zu unterstreichen. So schreiben *Dietel/Gintzel* in der Einleitung zu dem von ihnen geschriebenen Versammlungsgesetzkommentar: ,,Im Verständnis der Wertentscheidungen und politischen Zielsetzungen des Grundgesetzes ist die Ausübung des Versammlungs- und Demonstrationsrechts erwünschte Verlebendigung öffentlicher Diskussion in einer freien Gesellschaft. Daraus ergibt sich eine Ausgangsvermutung für die Zuverlässigkeit von Versammlungen und Demonstrationen." Wer's glaubt, wird selig.

Ist die Versammlungsfreiheit schon von vornherein auf ,,friedliche" und ,,unbewaffnete" Versammlungen beschränkt, so schreibt das Versammlungsgesetz als nächstes die Anmeldepflicht vor (§ 14) und ermächtigt weiter die zuständige Behörde, Versammlungen zu verbieten oder mit Auflagen zu versehen, wenn durch sie ,,die öffentliche Ordnung oder Sicherheit unmittelbar gefährdet ist" (§ 15).

An den letzten drei Sonnabenden vor Weihnachten hat die Polizei in Hamburg Demonstrationen zur Unterstützung der Volkskämpfe im Iran verboten oder durch Auflagen aus der Innenstadt herausverfügt. ,,Bei Durchführung des Aufzuges wäre nach den gegenwärtig erkennbaren Umständen die öffentliche Sicherheit unmittelbar gefährdet" war in allen drei Fällen die stereotype Begründung. Erkannt wurde die unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Sicherheit jedesmal an der angeblich befürchteten ,,Beeinträchtigung des Verkehrs und an erwarteten ,,Ausschreitungen" von Demonstranten. Sind ,,Verkehrsbehinderungen" für die in der Innenstadt ansässigen Kaufhauskapitalisten schon ärgerlich genug, so brennen zu erwartende ,,Ausschreitungen" der Bourgeoisie und ihrem Staatsapparat insgesamt unter den Nägeln, wissen sie doch, daß bei ihrem Sturz ,,Ausschreitungen" eine wichtige Rolle spielen werden. So das Verwaltungsgericht zu der Demonstration am 9.12.78: ,,Diese Gefahr (von Ausschreitungen) ist vor allem deshalb als fortbestehend anzusehen, weil die politische Krise im Iran, die Grund der Demonstration ist, sich verschärft hat und der Schluß berechtigt erscheint, die bereits zutagegetretene, zu Gewalttätigkeiten neigende politische Haltung eines Teiles des voraussichtlichen Teilnehmerkreises werde deshalb jetzt noch deutlicher hervortreten". Für die Demonstration am 23.12.78 sah das Verwaltungsgericht noch klarer: Aus der Anwesenheit vieler Menschen in der Innenstadt folgerte es, daß es zu ,,Ausschreitungen" kommen werde: ,,So ist doch immer noch mit einer derartig hohen Besucherdichte zu rechnen, daß schon geringfügige Anlässe zu unkontrollierbaren Reaktionen der Besucher und zu chaotischen Zuständen führen können." Der Zusammenschluß von Demonstranten und Innenstadtbesuchern ist es, was das Verwaltungsgericht fürchtet.

Die ,,Unfriedlichkeit" von Versammlungen, das ist die Generalklausel, mit der die Bourgeoisie in Zukunft gegen Demonstranten vorzugehen gedenkt. Entweder verbieten oder an solche Orte verlegen, daß der Zusammenschluß mit der Bevölkerung verhindert werden kann und die Polizei Gelegenheit zum Aufmarsch hat.

An den drei Sonnabenden vor Weihnachten fanden Demonstrationen und Kundgebungen in der Mönckebergstraße statt – trotz Verbot.

UELZENA-Milchwerke ganz ,,umwelbewußt"

b.her. Letzte Woche unterzeichneten die Stadtwerke Uelzen mit den Uelzena-Milchwerken einen Vertrag über Lieferung von 150 bis 170 Millionen Kilowattstunden Erdgas jährlich ab 30.9.79. Damit verbrauchen Uelzena mehr Gas als die gesamte Stadt Uelzen mit ca. 130 Millionen Kilowattstunden. Jubelnd hebt die ,,Allgemeine Zeitung" hervor, daß damit das Energieproblem der Stadt Uelzen gelöst wird und außerdem so umweltfreundlich, denn Erdgas verbrennt ja ,,abgaslos". Außerdem halten die Kesselanlagen länger und die Energieausnutzung ist besser als bei schwerem Heizöl. Das senkt natürlich die festen Kosten. Sowieso ist dieser Vertrag für die Uelzena jetzt genau das Richtige.

Die Tanks und die Kessel sind hinüber und müssen sowieso erneuert werden.

Für diesen Zweck stellen die Stadtwerke eine Versorgungsschiene für Industriegas mit einer Investition von ca. 500000 bis 600000 DM her.

Dicke Zuschüsse für die Kapitalisten von Seiten des Staates sollen denen die festen Kosten senken helfen. Gleich soll auch im nächsten Jahr der Gaspreis um 2 Pfennig gesenkt werden. Gleichzeitig soll den Bauern der Milchpreis gesenkt werden über Erzeugerabgaben und andere Mittel. Aus den Knochen der Arbeiter und Bauern soll der weitere Profit für die Molkereikapitalisten kommen. Zusätzlich sollen die Massen über die Steuergelder die Investitionen finanzieren. Im Kampf gegen Ausbeutung und Ausplünderung sind dies gute Bedingungen für den Zusammenschluß von Arbeitern und Bauern.

Die Arbeiter und Bauern haben Italien vom Faschismus befreit

z.ulg.Rom. Im März 1943 erhoben sich in den Industriezentren Norditaliens die Arbeiter zum Generalstreik gegen das faschistische Regime. Als in den folgenden Monaten die anglo-amerikanischen Truppen im Süden des Landes immer weiter vorrückten, setzte die italienische Monopolbourgeoisie am 25. Juli 1943 Mussolini ab, um ihre Herrschaft zu retten. Der in den Kolonialkriegen des Faschismus „bewährte" Marschall Badoglio wurde zum Regierungschef gemacht.

Um eine wirkliche antifaschistisch-demokratische Revolution zu unterdrücken, wies die neue Regierung die Armee an, auf Demonstrationen sofort und ohne Warnung zu schießen. Am 8. September schloß sie einen Waffenstillstand mit den Alliierten. König und Regierung flohen vor den auf Rom zurückenden deutschen Truppen hinter die alliierten Linien. In Mittel- und Norditalien errichteten die deutschen Imperialisten ihr brutales Besatzerregime, nur notdürftig hinter Mussolinis „Soziale Republik" getarnt.

Sofort begannen die Antifaschisten, an ihrer Spitze die Kommunisten, den bewaffneten Befreiungskampf zu organisieren. Als Vorbild für die entstehenden Partisaneneinheiten gründete die PCI die „Garibaldi-Sturmbrigaden". Vor allem Arbeiter und Bauern, aber auch Soldaten und Offiziere der versprengten Armee schlossen sich den Partisanen an. Nach einem Jahr standen 80000 Mann im bewaffneten Kampf, im Frühjahr 1945 mehr als 100000. Die deutschen Imperialisten mußten über die Hälfte ihrer in Italien eingesetzten Truppen zum Kampf gegen die Partisanen hinter der Front stationieren.

In den Großstädten wurden zur Führung der Stadtguerilla „Gruppen der proletarischen Aktion" GAP gebildet, daneben aus Kämpfern, die weiter ihrem Beruf nachgingen, „Proletarische Aktionseinheiten" SAP. Zur einheitlichen Leitung des Kampfes wurden überall „Nationale Befreiungskomitees" CLN gegründet, an denen sich auch die bürgerlichen antifaschistischen Parteien beteiligten.

Nach Kräften versuchten die italienischen Monopolbourgeois und die westlichen Imperialisten, den bewaffneten Befreiungskampf zu sabotieren. Im November 1944 rief der britische Oberbefehlshaber Alexander die Partisanen auf, nach Hause zu gehen. Stattdessen schlossen sich immer neue Kräfte dem Kampf an.

In den Tagen vom 24. bis 26. April 1945 gingen die Volksmassen in den Städten nach einem Generalstreik im Transportwesen zum allgemeinen bewaffneten Aufstand über. Mehr als 200 Städte wurden selbständig, vor dem Eintreffen der alliierten Truppen, befreit. Allein in Genua nahmen die Aufständischen nach zwei Tagen Kampf 15000 Mann Besatzungstruppen gefangen.

Es ist der italienischen Arbeiterklasse nicht gelungen, nach der Befreiung vom Faschismus die Revolution bis zur Errichtung ihrer Diktatur weiterzutreiben. Die italienische Monopolbourgeoisie konnte die politische Macht wieder an sich reißen, die US-Imperialisten ihre Oberherrschaft über das Land errichten. Verantwortlich für diese Niederlage waren opportunistische Fehler der PCI, die, statt die Revolution weiterzuführen, nach der Befreiung eine Politik der nationalen Einheit mit den bürgerlichen Parteien fortzuführen versuchte.

Vor allem Arbeiter und Bauern, aber auch Soldaten und Offiziere der versprengten Armee schlossen sich den Partisanen an. Nach einem Jahr standen 80000 Mann im bewaffneten Kampf, im Frühjahr 1945 mehr als 100000. Die deutschen Imperialisten mußten über die Hälfte ihrer in Italien eingesetzten Truppen zum Kampf gegen die Partisanen hinter der Front stationieren.

ben. Die italienische Monopolbourgeoisie konnte die politische Macht wieder an sich reißen, die US-Imperialisten ihre Oberherrschaft über das Land errichten. Verantwortlich für diese Niederlage waren opportunistische Fehler der PCI, die, statt die Revolution weiterzuführen, nach der Befreiung eine Politik der nationalen Einheit mit den bürgerlichen Parteien fortzuführen versuchte.

Lieder der italienischen Partisanen

G A7
Fa-te largo, ché pas-sa la Bri-ga-ta Ga-ri-bal-di, la più
G
bel-la, la più for-te, la più for-te che ci si-a. Fa-te
C
largo quando pas-sa il ne-mico fug-ge al-lor. Siam
G D7 G
fie-ri, siam for-ti per scac-cia-re l'in-va-sor. Abbiam la gio-vi-
D7
nez-za in cor, sim-bolo di vit-to-ri-a, an-diamo sem-pre
G
for-te e siamo pie-ni di glo-ri-a. La stel-la ros-sa in
D7
fron-te, la li-ber-tà por-tia-mo, ai po-po-li op-
G
pres-si la li-ber-tà noi por-te-rem.

Die Garibaldi-Brigade

Macht Platz da, denn hier kommt
die Brigata Garibaldi,
die schönste, die stärkste,
die stärkste, die es gibt.
Macht Platz da, wenn sie kommt,
dann flieht der Feind.

Wir sind stolz und wir sind stark,
und wir verjagen den Invasor.
Wir tragen die Jugend im Herzen,
Zeichen unseres Sieges.
Wir gehen kraftvoll voran,
wir sind voller Ruhm.
Voran den roten Stern!
Wir bringen die Freiheit
den unterdrückten Völkern,
die Freiheit bringen wir.

Macht Platz da, denn hier kommt ...
Mit dem schweren MG
und mit Handgranaten
zahlen wir's den Faschisten,
diesen Verrätern heim.
Wir kämpfen für Italien,
für das ideale Volk.
Für das italienische Volk
werden wir immer kämpfen.
Wir tragen die Jugend im Herzen ...

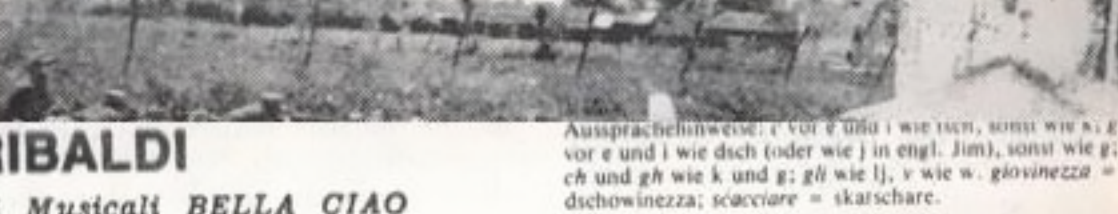
Aussprachehinweise: *c* vor e und i wie tsch, sonst wie k; *g* vor e und i wie dsch (oder wie j in engl. Jim), sonst wie g; *ch* und *gh* wie k und g; *gli* wie lj, *v* wie w. *giovinezza* = dschowinezza; *scacciare* = skatschare.

LA BRIGATA GARIBALDI

(rielab. Vitavisia) - Edizioni Musicali BELLA CIAO

Mit der Parabellum auf der Schulter

Mit der Parabellum auf der Schulter,
die Kugel geladen,
immer gut bewaffnet



Aussprachehinweise: *c* vor e und i wie tsch, sonst wie k; *g* vor e und i wie dsch (oder wie j in engl. Jim), sonst wie g; *ch* und *gh* wie k und g; *gli* wie lj, *v* wie w. *giovinezza* = dschowinezza; *scacciare* = skatschare.

LA BRIGATA GARIBALDI

(rielab. Vitavisia) - Edizioni Musicali BELLA CIAO

Mit der Parabellum auf der Schulter

Mit der Parabellum auf der Schulter,
die Kugel geladen,
immer gut bewaffnet,
Angst hab ich nicht.
Wenn ich gesiegt habe,
wenn ich gesiegt habe –

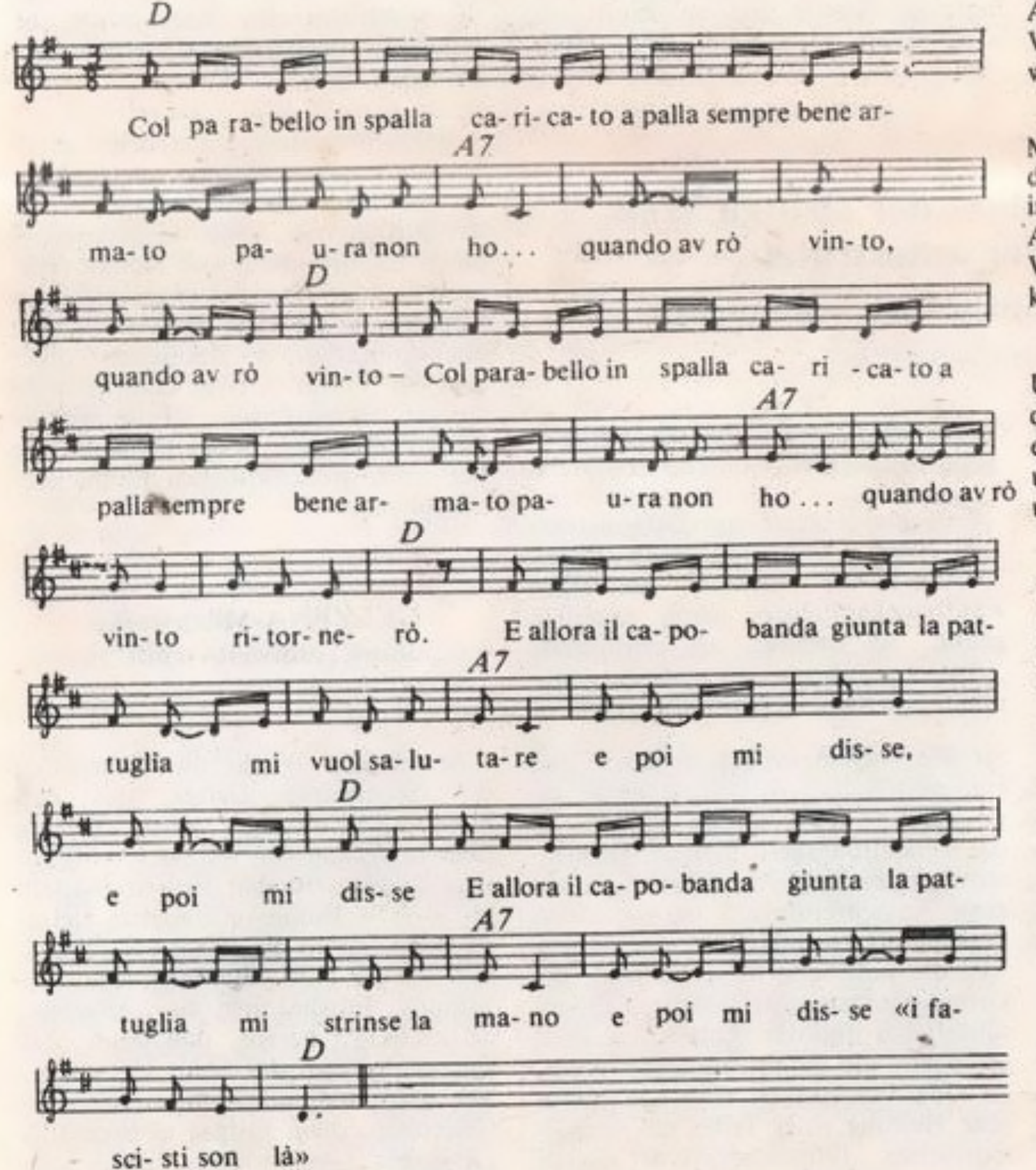
Mit der Parabellum auf der Schulter,
die Kugel geladen,
immer gut bewaffnet,
Angst hab ich nicht.
Wenn ich gesiegt habe,
kehr ich zurück.

Und damals, der Zugführer,
die Patrouille war gekommen,
er grüßte mich,
und dann sagte er mir,
und dann sagte er mir –

Und damals, der Zugführer,
die Patrouille war gekommen,
er gab mir die Hand
und dann sagte er mir:
„Die Faschisten sind da."

Und mit verzweifelten Schüssen,
halb massakriert
von den Granaten,
schossen die Faschisten
und schrien: Rebellen,
habt Erbarmen.

Aussprachehinweise: *ai, au und ie* getrennt sprechen: a-i, a-u, i-e; *sc vor i und e* wie sch. Vokale am Wortende werden mit folgendem Vokal zusammengezogen, z.B. *Col parabello in spalla:* Kol parabell°in spalla. *pattuglia* = pattulja.



COL PARABELLO IN SPALLA

(rielab. Omicron - Della Mea) - Edizioni Musicali BELLA CIAO



Straßenkampf in einem Dorf in der Po-Ebene.



Mailand, 26. April 1945. Partisanen ziehen in die vom Aufstand befreite Stadt ein.

Kommunistische Volkszeitung
Aus dem Inhalt: